

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



28. Juli 1984
Jg. 5 Nr. 15

G 7756 D Preis:
2,50



Arbeitsgesetze: Unternehmensrisiko-
überwälzungsgesetz – Blüms Entwurf
zu den Sozialplänen Seite 9



Klassenkämpfe in Großbritannien:
Bisher haben sich Regierung und
Kapitalisten noch nicht durchsetzen
können Seite 14



Westdeutsche Politiker zum 1. Welt-
krieg: Versuche, den aggressiven Cha-
rakter der Europa-Pläne der BRD-Im-
perialisten zu verbergen Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Arbeitslosenversicherung: DGB fordert mehr Geld für Arbeitslose – Aber warum weg vom Versicherungsprinzip?	4
Ausländergesetze: "Frankfurter Appell" bereitet Aktionen vor ..	7
RAF: Noch weniger Rechte auf Verteidigung	7
Aktionärsversammlungen: "Flexibilisierungs"absichten der Metallkapitalisten	8
Arbeitsgesetze: Blüms Entwurf zu den Sozialplänen	9
Bundeshaushalt 1985: Der "sparsame Hausvater" beraubt die Lohnabhängigen und steckt's in die Rüstung	10
Beamtenrecht: Zimmermann: Deutscher öffentlicher Dienst ist ein Stück deutscher Wertarbeit ... Dokumentiert: Entwicklung der Beamtenpolitik des DGB	11 12
Auslandsberichtserstattung	
Großbritannien: Bisher haben sich Regierung und Kapitalisten noch nicht durchsetzen können ... Fernfahrerlegenden	14 15
VR China: Weitere Förderung der Kapitalisierung	15
USA/Einwanderungsgesetz: Gegen gewerkschaftliche Organisation	16
USA/Fluglotsen: Wiederaufbau der Gewerkschaft	16
Italien: P2 – eine bürgerliche Verschwörung	17
Frankreich/Rechte: Ein Folterer wird "politikfähig" gemacht ...	17
Internationale Meldungen	18
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten	20
Haustarif: Jungheinrich-Geschäftsleitung macht Zugeständnisse, um Haustarif zu verhindern ..	20
Papierindustrie: 100 Jahre "Zellstoff Waldhof" – Das Ziel nie aus dem Aug' verloren	20
Betriebsaufkauf: Profithoffnungen nach Graubremse-Verkauf ..	22
Befristete Arbeitsverträge: MAN stellt für vier Wochen ein ...	23

PETER LE CARRE JAGT WODKASCHMUGGLER

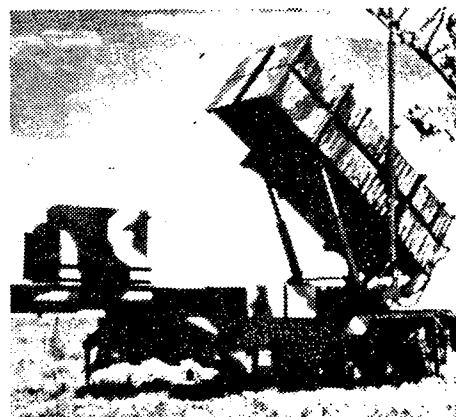
Die "FAZ" hat gleich Bescheid gewußt: "Über den Inhalt wurden in Bonn verschiedene Vermutungen angestellt. Eine davon war, es handele sich um einen illegalen Technologietransfer, mikroelektronische Teile etwa, die in der Rüstungsindustrie verwendet werden könnten." Auf jeden Fall: "Bonn besteht auf Klarheit und will Aufregung vermeiden". Die Rede ist vom "Russen-Lkw". Wer aber, um bei den FAZ-Erkenntnissen zu bleiben, wollte da was wohin transferieren? Offensichtlich "die Russen" irgendwas in die Schweiz! Aus der BRD jedenfalls, wo der LKW dann an der Helmstedter Grenze festgehalten wurde, konnte gar nichts transferiert werden: Der LKW war bei der Einreise aus der Schweiz in die BRD von westdeutschen Zöllnern verplombt worden. Inzwischen ist bekannt und unbestritten, was drin war: Diplomatisches Gepäck eben, wie es z.B. die westdeutsche Botschaft in Moskau schon lange hat: Sender, Chiffrieranlage, Büroschränke usw. Peter ("Le Carre") Boenisch hat sich dafür einen Rüffel aus der Schweiz eingehandelt, wegen Verbreitung offensichtlicher Unwahrheiten über den Fahrweg des Lkws in der Schweiz. Ein dreister Versuch des Bundeskanzleramts, die sowjetische Regierung zu provozieren, endete so trotz Aufgreifen der Sache durch die bürgerliche Presse mit der Lächerlichkeit der Provokateure. Andere Versuche werden folgen. –(rül)

SPD: WÖRNER'S RÜSTUNG IM "NATIONALEN INTERESSE"

Am 10. Juli hat Verteidigungsminister Wörner in den USA ein Abkommen über die Beschaffung von 28 Flugabwehrraketenbatterien "Patriot" (jedes System umfaßt 32 Raketen) und von 87 Einheiten des deutsch-französischen Flugabwehrraketensystems "Roland" unterzeichnet. Mit diesem Abkommen hat die Bundesregierung gleich mehrere "Erfolge" erzielt. Erstens werden 115 Flugabwehrraketen in der BRD neu installiert, von denen nur ein Teil die älteren Nike-Flugabwehrraketen ersetzt. "Die gesamte NATO-Luftverteidigung in Mitteleuropa", so das Verteidigungsministerium, werde so "erheblich verstärkt". 27 Roland-Systeme dienen dem Schutz von drei US-Basen in der BRD, alle übrigen sollen "deutsche Einsatzflughäfen" schützen, heißt es. Da sämtliche Systeme mobil sind, können sie jederzeit "nach vorne" für einen Angriff verlegt werden. Die Angriffsstärke der westdeutschen Truppen steigt dadurch erheblich. Zweitens werden sämtliche Systeme, auch die um die US-Basen, von westdeutschen Truppen bedient. Die US-Regierung bezahlt die Hälfte der Kosten für alle Systeme. Das gesamte Projekt

soll 14 Mrd. DM kosten. Womit auch schon der dritte Teil des Coups genannt wäre: Wörner hat ein Rüstungsprojekt von 14 Mrd. DM beschlossen, ohne daß dem in der bürgerlichen Presse sonderlich Beachtung geschenkt worden wäre.

In den USA ist das Abkommen von Senatoren und Kongreßabgeordneten kritisiert worden. Die BRD gebe zu wenig für die "gemeinsame Verteidigung" aus. Wörner hat diese Kritik lauthals als "unfaire Unterstellungen"



Luftabwehrraketen "Patriot": 32 Raketen können gleichzeitig abgefeuert werden. Die Offensivstärke der Bundeswehr wird erheblich verstärkt.

zurückgewiesen. Damit bereitet er die Bekanntgabe noch größerer Rüstungsprojekte vor. Die "Welt" berichtet, er habe auch alle Forderungen in den USA nach einem Abzug von US-Truppen aus der BRD zurückgewiesen. Der sicherheitspolitische Sprecher der SPD und frühere Jusos-Vorsitzende Voigt unterstützte diese Äußerungen Wörners ausdrücklich. Wörner habe "im nationalen Interesse" gehandelt. Unionsparteien, FDP und SPD vereinen sich so zwecks weiterem Ausbau der westdeutschen Militärmacht in Westeuropa. –(rül)

BILLIGERE LOHNSKLAVEN DURCH MEHR RASSISMUS

Bundesinnenminister Zimmermann betreibt rassistische Ausländerhetze. Auf der Mitgliederversammlung der Bayerischen Industrie am 4. Juli forderte er auf, "über eine Neugestaltung der Rahmenbedingungen (in der Ausländerpolitik, d. Red.) nachzudenken". In diesem Zusammenhang wies er auf die bevorstehende Neufassung des Ausländergesetzes hin. Zimmermann: "In bezug auf alle hier geborenen und aufgewachsenen Ausländer aus Nicht-EG-Staaten muß ... der Nachzug von Ehegatten künftig beschränkt werden, soweit es sich nicht um integrationspolitisch unproblematische Fälle (etwa Amerikaner, Österreicher, Schweizer, Japaner) handelt." Zimmermann umschrieb in der Rede, daß türkische Staatsangehörige minderwertig sind, indem er ein Bild von Unzivilisiertheit zeichnete: Er

sagte, daß sie "aus einem relativ fremden Kulturkreis" stammen; "sie neigen aufgrund ihrer Religion und ihrer weithin unterschiedlichen Mentalität zur Abkapselung"; "auf Betreiben der Eltern" müßten die jungen Türken Partner aus der Türkei heiraten; sie würden die deutsche Sprache nicht lernen und "auf nationalreligiöse Verhaltensweisen nicht verzichten" (s. Dokumentation in BWK-Nachrichtenheft 08, Woche 30). Zimmermann erklärte, daß ein spannungsfreies Zusammenleben mit den Türken nicht möglich ist. Er fordert die vollständige Unterwerfung der Türken. Die "Zukunftsperspektive" der Türken ist Arbeit. Haben sie keine Arbeit, "droht das Abgleiten in die Kriminalität". Die Überlegenheit der "Deutschen" gegenüber den "Türken", hebt Zimmermann hervor: Haben sich Türken untergeordnet und die "Voraussetzungen", sich "einbürgern zu lassen", für die Behörden erfüllt, bleiben Integrationsprobleme. "Sie werden dadurch erleichtert, daß in der betreffenden Familie durch die Einbürgerung eine deutliche Hinwendung zu Deutschland stattgefunden hat." — (jöd)

BRD: WEU IST "INNERE ANGELEGENHEIT"

Die Regierungen der UdSSR, der CSSR und der VR Polen haben gegenüber der Bundesregierung gegen die Beseitigung der letzten konventionellen Rüstungsbeschränkungen für die BRD durch die Westeuropäische Union (WEU) protestiert. Die UdSSR hat außerdem Frankreich, Großbritannien und die USA als alliierte Mächte und die anderen Staaten der WEU von ihrem Protest unterrichtet. Sie beruft sich auf die Verpflichtung der Siegermächte des zweiten Weltkrieges, ein erneutes Aufkommen des deutschen Militarismus zu verhindern:

"Somit hat die BRD entgegen inter-

nationalen Abkommen und Beschlüssen die Möglichkeit, eigene Angriffswaffen großer Reichweite zu bauen und zu stationieren, die die Sicherheit nicht nur der Nachbarn der BRD, sondern auch von weiter entfernt liegenden Staaten gefährden ... Es ist bekannt, daß die BRD jedesmal, wenn sie die Aufhebung der einen oder anderen Beschränkungen erzwingt, dies für eine Stärkung ihres Rüstungspotentials ausnutzt ... Der Kurs der BRD ... läßt berechtigterweise die Frage nach den Zielen aufkommen, die man dabei verfolgt, wie überhaupt nach der Ausrichtung der Politik der BRD. Diese Frage ist um so begründeter, als niemand die BRD bedroht oder irgendwelche territorialen Ansprüche an sie hat. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Bundesrepublik Deutschland als einem der Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches durch das Potsdamer Abkommen die Verpflichtung auferlegt ist, daß von deutschem Boden niemals wieder eine Gefahr für die Nachbarstaaten und die Welt insgesamt ausgehen darf."

Die drei Staaten verwiesen zu Recht auf den Zusammenhang zwischen den Rüstungsanstrengungen der BRD und der Forderung nach den "Grenzen von 1937", mit der die BRD Gebietsansprüche gegenüber den drei Staaten und der DDR erhebt. Die Bundesregierung hat alle Proteste zurückgewiesen und in einer Erklärung an die UdSSR behauptet, ihr Protest sei eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" der BRD. Die Bundesregierung bekräftigt damit die seit Gründung der BRD erhobene Behauptung, die Abkommen der alliierten Siegermächte, v.a. die von Jalta und Potsdam, hätten für die BRD keine völkerrechtliche Gültigkeit, weil sie nicht mit der deutschen Regierung geschlossen worden seien. — (uld)

Personalvertretungsgesetz: Statt Personalrat — Betriebsgemeinschaft 23

Anti-Kriegsbewegung: Gemeinderatsdebatte über Raketenbasis Waldheide 24

Südafrika-Agentur: Sofortige Kündigung des Vertrages! 25

Revanchismus: Proteste gegen Schlesiermuseum 25

Ausbildungsprogramme: Nds. Landesregierung drückt Auszubildende in Schülerstatus 26
Schutz- und Tarifrechte in der Ausbildung müssen verteidigt werden . 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

HBV zu Ladenöffnungszeiten: Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz NRW 28

Sozialstatistik

Effektivlohnentwicklung
Druck: Kapitalisten bezahlen schwere Arbeit nach wie vor schlecht 31
Dokumentiert: Manteltarifvertrag für Arbeiter in der Druckindustrie . 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Film: "Gegen jede Chance" 32

Politische Verfolgung 32

Ein Soldat wie im Buche 32

Die Demagogie der Faschisten 33

Zwillingsforschung: Erbbiologische Rechtfertigung für Rassismus 33

88. Deutscher Katholikentag: Die Amtskirche siegt nicht auf ganzer Linie 34

Fotografie: Kurdische Tanzgruppe 35

Spezialberichte

Westdeutsche Politiker zum ersten Weltkrieg; Versuche, den Charakter der Europa-Pläne der BRD zu verbergen 36
Die Fischer-Kontroverse um den deutschen "Griff nach der Weltmacht" 37
Politiker von CDU und CSU zum 1. Weltkrieg 38
Expansionspläne von Industrie und Grundbesitz 39

Titelbild: Karikatur tis, Hamburg



Bundespräsident von Weizsäcker mit den Enkeln der 20. Juli-Attentäter Graf Schwerin und Graf Stauffenberg. Tenor der offiziellen Gedenkreden: Der Geist des 20. Juli verpflichtet zur Verantwortung gegenüber den Brüdern und Schwestern in der DDR — ganz im Sinne der Attentäter des 20. Juli, die sich erst erhoben, als die faschistischen Expansionspläne gescheitert waren. — (wom)

Arbeitslosenversicherung

DGB FORDERT MEHR GELD FÜR ARBEITSLOSE – ABER: WARUM WEG VOM VERSICHERUNGSPRINZIP?

Der DGB hat eine begrüßenswerte Kampagne zur Verbesserung der Lage der arbeitslosen Lohnabhängigen begonnen. Aus Anlaß vorausgesagter Überschüsse im laufenden Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit fordert der DGB nicht wie in früheren Jahren in erster Linie Beschäftigungsprogramme, sondern verlangt von der Regierung die Rücknahme der Kürzungen bei der Höhe und bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes bzw. -hilfe und somit Maßnahmen, die zu einer tatsächlichen Verbesserung der materiellen Lage von arbeitslosen Lohnabhängigen führen würden. Unter Hinweis auf die große Zahl von Erwerbslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, forderte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr folgende "vordringliche Maßnahmen:

- Jeder Arbeitslose erhält zumindest einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe.

- Für alle Arbeitslosen muß eine bedarfsorientierte Mindestsicherung gewährleistet sein."

1,6 Millionen aus der Versicherung ausgegrenzt

Der DGB belegt die Dringlichkeit einer Erhöhung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und insbesondere einer Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe mit einer ausführlichen Studie "Die neue Armut, Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung". Aus dieser Studie, die auf einer Auswertung der Daten der

Bundesanstalt für Arbeit beruht, geht hervor:

637000 gemeldete Arbeitslose erhielten im September 1983 keinen Pfennig Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe (Sept. 1982 = 506000). Darüber hinaus melden sich viele Arbeitslose, die aufgrund der verschärften Gesetze oder wegen der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ihre Ansprüche auf Versicherungszahlungen verloren haben, erst gar nicht bei den Arbeitsämtern. Unter Berücksichtigung dieser Arbeitslosen, die zur "stillen Reserve" gehören, erhalten mindestens 1,6 Millionen Lohnabhängige keine Unterstützung. 1984 dürfte sich ihre Zahl weiter erhöhen.

Aus der Untersuchung geht hervor, welche Lohnabhängigen insbesondere



Versicherungsgelder sollen den Kapitalisten zugute kommen – Kohl und BDA-Präsident Esser

von der Regierung und der Arbeitsverwaltung jeglichen Versicherungsschutzes bei Entlassung beraubt werden (s. Übersicht S. 5 oben):

- ausländische Lohnabhängige, die nur eine auf einen bestimmten Betrieb beschränkte "Allgemeine Arbeitserlaubnis" besitzen, nach längstens einem Jahr Arbeitslosengeldbezug von den Arbeitsämtern als "nicht mehr vermittelbar" bezeichnet und damit von jeder Versicherungsleistung ausgeschlossen werden.

- ältere und verschlissene Lohnabhängige. Rund 32% der schwerbehinderten Arbeitslosen erhalten keine Arbeitslosenunterstützung.

- Frauen. Bei der sogenannten Bedürftigkeitsprüfung rechnen die Arbeitsämter die Einkommen von Familienangehörigen an, wobei die Freibeträge seit Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 nicht mehr erhöht wurden. Dadurch erhielten 81% aller verheirateten Frauen, die im September 1983 länger als ein Jahr arbeitslos waren, keine Arbeitslosenhilfe mehr.

- Jugendliche, die unmittelbar nach Abschluß der Schulausbildung keinen Ausbeuter finden und dann keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.

Armut bei den Arbeitslosen

Die Kürzung bzw. der vollständige Ausschluß von Versicherungsleistungen stürzt die Haushalte der davon betroffenen Lohnabhängigen in offene Armut:

- Knapp zwei Drittel der Arbeitslosengeld-Bezieher hatten zu Beginn des Jahres durchschnittliche monatliche Einkommensverluste von 75,- DM durch die Kürzung der Unterhaltsätze für Kinderlose.

- Eine steigende Zahl von Arbeits-

MBB UND KRAUSS-MAFFEI KÜNFTIG ZUSAMMEN?

Krauss-Maffei (Panzer Leopard I und II, Gepard) und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MRCA-Tornado, Flugabwehraketenpanzer "Roland", Kampfhubschrauber PAH 1 und 2 usw.) sollen enger verbunden werden, womöglich zu einem einheitlichen Unternehmen. Das meldete am 19. Juli die Zeitung "Handelsblatt". Aktionäre von MBB sind derzeit die Thyssen AG, Siemens, Bosch, Allianz, das Land Bayern, die Hansestadt Hamburg, die Familien Messerschmidt, Bölkow und Blohm. Diese wollen mit dem Flick-Konzern zu einer Einigung kommen. Vor einiger Zeit war bereits der Krauss-Maffei-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Hanns Arnt Vogel von Flick zu MBB gewechselt und hatte den Vorstandsvorsitz bei MBB übernommen. Jetzt soll Vogel auch den Vorstandsvorsitz bei Krauss-Maffei übernehmen, die

MBB-Besitzer wollen die Flick-Anteile an Krauss-Maffei kaufen und dafür an Flick Anteile an MBB verkaufen. Das Ergebnis wäre ein westdeutscher Rüstungskonzern mit einem Umsatz von über 8 Mrd. DM im Jahr, an dem bis auf Krupp fast alle reichsdeutschen Kriegsverbrecherfamilien wieder beteiligt wären. – (rül)

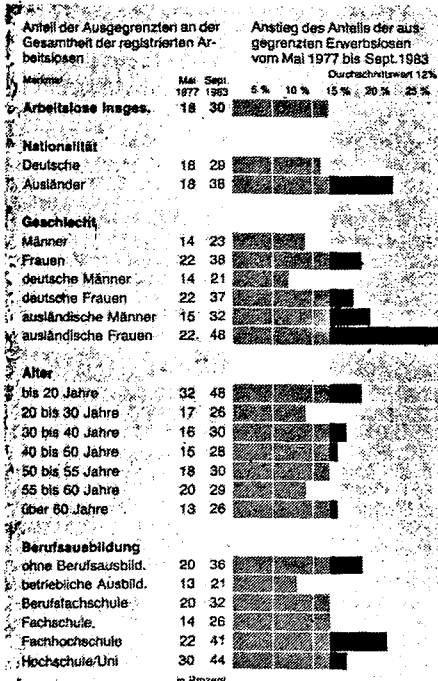
VERBREITUNG VON JUNKER- UND OSTRITTER-KULTUR

Der Innenausschuß des Bundestages hat mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP und SPD, bei Enthaltung von zwei GRÜNEN, dem Parlament die Billigung des noch von der SPD/FDP-Regierung vorgelegten Berichts über "Maßnahmen zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit" empfohlen. Für die weitere Regierungstätigkeit schlägt der Ausschuß u.a. vor, daß die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften mehr Gelder vom Bund erhalten sollen und die Ausstattung

von Bibliotheken und Schulen mit Material über die "Deutschen im Sinne des Grundgesetzes" verbessert werden soll. Bereits 1984 wurde der entsprechende Etat von 4,4 Mio. DM auf 6,2 Mio. DM erhöht. Die Bundesregierung finanziert damit Einrichtungen und Verbände, die in der Öffentlichkeit das Kulturgut der deutschen Ostkolonisation verbreiten und damit Gebietsansprüche der BRD befestigen sollen. (Drucksache 10/1671 – uld)

DGB: ARBEITSLOSENGELD FÜR JUGENDLICHE

Ilse Brusis, Bundesvorstand des DGB, fordert "die Zahlung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung an Jugendliche ohne Ausbildung". 48% aller arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren erhalten keine Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Eine Besserung der Lage dieser Jugendlichen, wie sie der DGB fordert, ist also dringlich nötig. Aber warum legt sich



"Obwohl sie dringend Arbeit und Geld brauchte, ging sie in den letzten fünf Jahren trotzdem nie zum Arbeitsamt: 'Ich weiß, daß ich da sowieso nichts kriege, keine Arbeitslosenunterstützung und auch keine Arbeit.'" (aus: Die neue Armut)

losen ist auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe angewiesen. 23% der gemeldeten Arbeitslosen mußten im September 1983 mit dieser Fürsorgeleistung auskommen (Sept. '82 = 18%; 1974 = 10%). Im April 1983 mußten 31,9% der Arbeitslosenhilfe-Empfänger Kürzungen hinnehmen, weil das Einkommen ihrer Angehörigen angerechnet wurde. Im Schnitt lagen die Abzüge für diese Arbeitslosen bei 243 DM monatlich. Die Arbeitslosenhilfe war mit durchschnittlich 694 DM im Februar 1984 niedriger als zwei Jahre zuvor (719 DM).

— 1983 bezogen rund 230000 Arbeitslosenhaushalte vorübergehend oder ständig Sozialhilfe. Die Sozialämter zwangsverpflichteten 1983 etwa 50000 arbeitslose Sozialhilfe-

empfänger zur "Gemeinschaftsarbeit".

Kritik an Anwartschaftszeiten und Bedürftigkeitsprüfung

Der DGB greift die Bundesregierung vor allem wegen folgender Regelungen an — wobei die Autoren der Studie darauf hinweisen, daß bereits die SPD/FDP-Koalition Maßnahmen beschlossen hat, die viele Arbeitslose in die Armut treiben:

— Die Anwartschaftszeiten, während denen ein Lohnabhängiger Beiträge gezahlt haben muß, um überhaupt Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten zu können, wurden mehrmals erhöht. Jeder zweite Arbeitslose ohne Unterstützung erhält aus diesem Grund kein Geld.

— Die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe; diese Regelung ist vor allem gegen verheiratete arbeitslose Frauen gerichtet, die damit in eine Abhängigkeit von ihren Männern gezwungen werden.

— Unzureichendes Unterstützungsniveau, das viele Arbeitslose zwingt, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

"Grundversorgung statt zunehmender Armut"

Zur Erläuterung der anfangs zitierten Forderungen des DGB nach einer "bedarfsorientierten Mindestsicherung für alle Arbeitslosen" heißt es in der Studie:

"1. Die Grundversorgung muß den tatsächlichen Bedarf der Betroffenen decken und darf nicht an einem über-

I. Brusi weder auf einen Betrag für die "bedarfsorientierte Mindestsicherung" noch auf die Zahlung als Versicherungsleistung fest? So bleibt zu befürchten, daß der Vorschlag als SPD-Manöver — I. Brusi ist seit kurzem im Parteivorstand — zur Abdeckung der wachsenden Ausgrenzung von Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung endet. — (alk)

ZAHL DER BAFÖG-ANTRÄGE GESUNKEN

Inzwischen liegen die ersten Ergebnisse der Umstellung des Studenten-BAFöG auf Vollkredit vor: Im Bundesgebiet sind an den Hochschulen im vergangenen Wintersemester 35 000 weniger Anträge auf Ausbildungsförderung gestellt worden als vor einem Jahr. In Baden-Württemberg sank die Zahl der BAFöG-Anträge um 18%. Die Zahl der bewilligten Anträge ging in Baden-Württemberg um 16,9% zurück. Als Resultat wurden bundesweit

85 Mio. DM weniger Fördermittel ausbezahlt. In 1985 hat Bundesbildungsministerin Wilms eine weitere Senkung der BAFöG-Empfänger angekündigt. Für BAFöG-Ausgaben sind im Haushaltsplan 1985 1,55 Mrd. DM vorgesehen, soviel wie 1984. Bei einer Erhöhung des BAFöG-Höchstsatzes (660 auf 690 DM bei Studenten) 1985 heißt dies weiteren Rückgang der Bezieher wie der Bezüge. Demgegenüber wird die leistungsbezogene "Begabtenförderung" ausgeweitet. Die Studien- und Promotionsförderung um 11%, die für Leistungswettbewerbe um 24%. Neueingeführt wird ein Projekt "zur Findung, Beratung und Förderung begabter Kinder" (Pressemitteilung des BMW). — (thh)

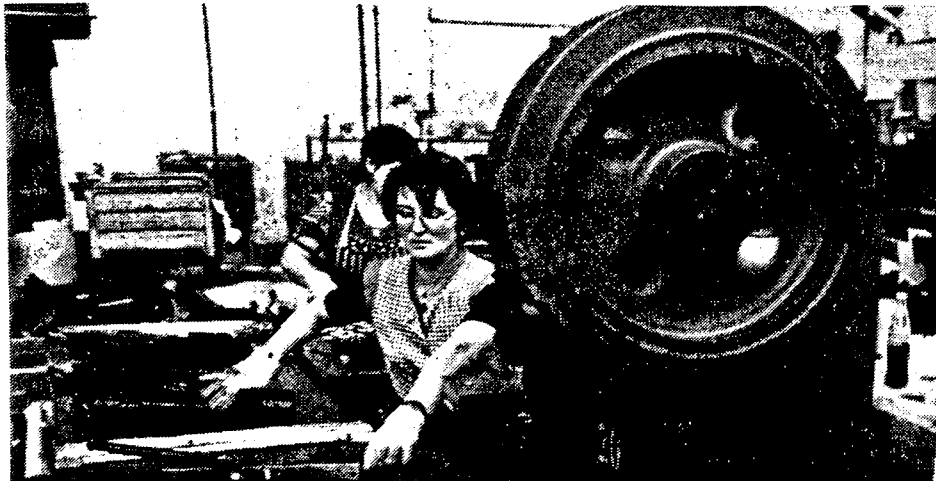
VERKEHRSDELIKTE: SCHÄRFERE, SCHNELLERE STRAFE

Der Bundesrat hat am 13. Juli die von der Bundesregierung vorgelegte Verordnung zum Ordnungswidrigkeiten-

gesetz beschlossen. Für Verstöße, die bisher mit 40.- DM Verwarnungsgeld belegt wurden, sollen Auto- und Radfahrer künftig 75.- DM bezahlen. Da seit 1.6.83 die untere Grenze für Eintragungen im Verkehrsdeliktregister in Flensburg bei 80.- DM liegt, hofft die Bundesregierung, daß weniger gegen die Eintragung prozessiert wird und gleich gezahlt wird. Die Staatsanwälte können künftig Einsprüche an die Verkehrsbehörden zurückgeben und so Gerichtsverfahren verhindern. Die Einspruchsfrist für die Beschuldigten ist um eine auf zwei Wochen verlängert. Geisterfahrer auf Autobahnen sollen mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen verurteilt werden können. Der Bundesrat forderte außerdem ein Gesetz, nachdem bei Verkehrsdelikten nicht nur Fahrer, sondern auch Halter haftbar gemacht werden können, wenn der Polizei z.B. nur das Autokennzeichen bekannt ist. — (uld)

holten Konzept der Sicherung des Existenzminimums orientiert sein, wie es die Sozialhilfe darstellt ...

2. Die Grundversorgung darf nicht an Voraussetzungen geknüpft sein ... Eine Grundversorgung gewährt nur dann allen Arbeitslosen einen wirksamen Schutz, wenn sie voraussetzungslos immer dann gezahlt wird, wenn jemand arbeitslos ist und sich als arbeitslos meldet.



Verheiratete Frauen erhalten nach längerer Arbeitslosigkeit oft kein Geld mehr: Sie seien nicht bedürftig und sollten sich an ihren Mann halten.

3. Die Grundversorgung muß Arbeitslosen zeitlich unbegrenzt gewährt werden."

Von einigem politischen Interesse ist der Hinweis der Autoren dieser Studie, mit welchen Kräften ein Bündnis zur Durchsetzung einer Verbesserung der Lage der Arbeitslosen zu suchen sei:

"Eine bedarfsorientierte Grundversorgung fordern inzwischen auch Arbeitslosen-Initiativen und -Gruppen. Als einzige Partei hierzulande diskutieren die Grünen ein solches Konzept. Im Gespräch ist ein Grundan-

spruch von 800 DM pro Erwachsener (ab dem 60. Lebensjahr 1 200 DM) und 400 DM für jedes Kind."

Will der DGB das Versicherungsprinzip aufgeben?

In einem Punkt ist der Vorschlag des DGB allerdings gefährlich offen: Wer soll die vorgeschlagene Grundversorgung finanzieren? Sie ließe sich nicht "über das bestehende Versicherungs-

werden". Zu den Gefahren der Einführung einer Art verallgemeinerter Sozialhilfe für Arbeitslose gehört zumindest ihre Auslieferung an die Entwicklung der Staatsfinanzen, zumal jeder Hinweis auf die Anbindung der Grundversorgung an die Lohnentwicklung im Vorschlag des DGB fehlt.

Reaktionäre betrachten Versicherungsgelder als Beute

Angesichts der Reaktionen auf die Enthüllungen und Vorschläge des DGB von Seiten der Regierungsparteien und Kapitalistenverbände wäre die Klarstellung durch den DGB wünschenswert, daß er eine vollständige Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten und ihre vollständige Finanzierung durch die Kapitalisten anstrebt.

Eine Stärkung dieser Position könnte gewiß die gierigen Ansprüche verschiedener Kreise dämpfen, die die zu erwartenden Versicherungsüberschüsse bereits als ihre Beute betrachten – ob sie nun freiheitlich-liberal a la Bangemann davor warnen, "das Fell des Bären zu verteilen, bevor er erlegt sei", im übrigen aber die Lohnnebenkosten der Kapitalisten durch Beitragsverringerung zu senken seien – oder ob sie christlich-sozial verbrämt a la Franke und Sozialausschüsse der Union eine Staffellung des Arbeitslosengeldes nach Dauer der Beitragszahlung vorschlagen, um ältere Arbeitslose besser zu stellen. Ein Vorschlag, der auch bereits vom BDA begrüßt wurde, gibt er den Kapitalisten doch einen weiteren Vorwand, ältere und verschlissene Arbeitskraft auf die Straße setzen zu können, ohne dafür zahlen zu müssen.

Quellenhinweis: W. Balsen u.a., Die neue Armut, Bund Verlag, 9,90 DM – (alk)

GRÜNE: GESETZANTRAG GEGEN KRIEGSGERICHTE

Die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag hat einen Gesetzantrag eingebracht, der die Einrichtung von Kriegsgerichten unmöglich machen soll. Sie beantragen, den Absatz 2 des Artikel 96 des Grundgesetzes, der die Schaffung solcher Kriegsgerichte vorsieht, ersatzlos zu streichen. In der Begründung ihres Antrags greifen sie die Vorbereitung solcher Kriegsgerichte an. Das Bundesjustizministerium habe "seit 1962 ohne gesetzliche Grundlage und damit gegen die Verfassung Kader für eine eigenständige Wehrgerichtsbarkeit aufgebaut", "über 900 Richter und Beamte (hätten) bereits verfassungswidrig einen Einberufungsbefehl für den Verteidigungsfall nach einem Gesetz erhalten ...", das der Deutsche Bundestag bis heute nicht einmal im Entwurf gesehen hat". Das Bundesjustizministerium

um plane, das nach Art. 96 notwendige Gesetz über die Einrichtung von Kriegsgerichten "erst im Verteidigungsfall von dem Gemeinsamen Ausschuß (Notparlament nach Art. 55 a GG)" verabschieden zu lassen. Die bisherigen Vorbereitungen auf Kriegsgerichte trügen "deutlich erkennbar ... Züge" der Vorbereitung eines Angriffskrieges. (Bundestagsdrucksache 10/1694 vom 29.6.84 – rül)

MORD AN THÄLMANN: PROZESS ABGELEHNT

Am 9. Juli hat die 4. Große Strafkammer des Landgerichts Kleve die Anklage der Staatsanwaltschaft gegen einen der Mörder Ernst Thälmanns, den "Spieß" des Buchenwalder KZ-Exekutionskommandos Wolfgang Otto, nicht zur Hauptverhandlung zugelassen. Die Strafkammer begründet ihre Entscheidung damit, daß die Aussage des Hauptbelastungszeugen, des Buchenwald-Häftlings Marian Zgoda,

"widersprüchlich" sei und "durch andere Zeugen und Beweisumstände 40 Jahre nach dem Tatgeschehen" nicht mehr überprüft werden könne. Otto hatte am 18.8.44 zusammen mit sechs weiteren SS-Schergen Ernst Thälmann im KZ Buchenwald hinterrücks erschossen und sofort verbrannt. Die Entscheidung der Großen Strafkammer ist das achte Mal, daß westdeutsche Justizorgane das Verfahren gegen Otto einstellen. Der erste Straf Antrag gegen Otto war 1947 vom ZK der SED gestellt worden. – (rül)

BRD – TÜRKEI: NEUE WAFFENGESCHÄFTE

Nach Abschluß des Besuchs des türkischen Außenministers Vahit Halefoglu Ende Juni in der BRD sind jetzt aus türkischen Zeitungen Einzelheiten der dabei verhandelten Themen bekannt geworden. Am 30.6. meldete die türkische Zeitung "Cumhuriyet": " ... wurde in Erfahrung gebracht, daß es in

Ausländergesetze**"FRANKFURTER APPELL"
BEREITET AKTIONEN VOR**

Der "Frankfurter Appell", ein Aktionsbündnis von sozialdemokratischen, christlichen, kommunistischen, antifaschistischen und antirassistischen Organisationen und Initiativen, das sich gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung wendet, beschloß Ende Juni einen Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik. Der BWK, der nicht im "Frankfurter Appell" mitarbeitet, erklärte seine Unterstützung für örtliche Aktions-einheiten.

Die geplanten Aufklärungsaktivitäten griff "die tageszeitung" in ihrer Ausgabe vom 10. Juli in aller Öffentlichkeit in einem Leitartikel als "sektiererisches Unternehmen" an. "die tageszeitung" nahm Auseinandersetzungen im "Frankfurter Appell" über die Aktivitäten und deren politische Bedeutung zum Anlaß, Falschmeldungen und Verdrehungen zu veröffentlichen, einzig und allein mit dem Ziel, die Unterstützung der GRÜNEN für die Kampagne und eine örtliche Beteiligung zu verhindern. Wir berichteten in der letzten Ausgabe.

Inzwischen veröffentlichte "die tageszeitung" in ihren Ausgaben vom 19. und 23. Juli fünf Leserbriefe von Personen und Organisationen, die im "Frankfurter Appell" mitarbeiten. Zwar werden in den Leserbriefen zahlreiche Falschmeldungen "der tageszeitung" angefochten, doch die Redaktion sieht sich zu einer Richtigstellung nicht genötigt. Vor allem, ob die neuen Ausländergesetze im Herbst kommen, erfordert eine Richtigstellung oder zumindestens eine Bericht-

erstattung. Über die Vorbereitung der Neufassung der Ausländergesetze hüllt sich "die tageszeitung" in Schweigen.

Neuerlich hat Bundesinnenminister Zimmermann Anfang Juli auf die bevorstehende Neufassung der Ausländergesetze hingewiesen: "Im Bundesministerium des Innern wird derzeit der Entwurf eines neuen Ausländergesetzes erarbeitet. Wichtige Vorarbeiten sind durch den Bericht der Kommission Ausländerpolitik geleistet worden, der dem Bundeskabinett im März des vergangenen Jahres vorgelegt worden ist."

Zimmermann hebt hervor, daß er mit den bisherigen Vorarbeiten nicht zufrieden ist und an eine zusätzliche Verschärfung der Ausländergesetze denkt: "Ich halte einen zusätzlichen Ausweisungsgrund 'Abhängigkeit von Heroin und anderen harten Drogen' für notwendig. Auch hier lasse ich mich davon leiten, daß nur die Schaffung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen ein spannungsfreies Zusammenleben sichert." (1)

Die bevorstehende Verschärfung des Ausländergesetzes ignoriert "die tageszeitung" und hebt in ihrer Berichterstattung laufend hervor, daß die "Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V., IAF" die Aktionen des "Frankfurter Appells" nicht unterstützt. Die IAF begründet das mit der Falschmeldung, die bevorstehende Neufassung des Ausländergesetzes würde nicht anstehen.

Die Aufklärungsaktivitäten des "Frankfurter Appells" werden jetzt vorbereitet. Zahlreiche örtliche Aktionen wurden auf regionalen Konferenzen beschlossen. Sie sollen im Zeitraum Ende September bis zum 13. Oktober durchgeführt werden. Eine örtliche Unterstützung ist dringend

nötig.

Bereits Anfang September wird die Gelegenheit bestehen, türkische Organisationen bei einer bundesweiten Demonstration anläßlich des Jahrestages der Machtergreifung der Junta in der Türkei zu unterstützen.

(1) dokumentiert in Nachrichtenheft 08, Woche 30. Weitere Quellenhinweise: "die tageszeitung" 10., 19., 21. und 23. Juli 1984. — (jöd)

RAF**NOCH WENIGER RECHTE
AUF VERTEIDIGUNG**

Nachdem am 2. Juli sechs Personen in Frankfurt unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der RAF festgenommen worden waren, gingen Bundesanwaltschaft und Ermittlungsrichter einen Schritt weiter in der Entrechtung der Gefangenen. Rechtsanwältin Brenneke-Eggers wollte einen der Festgenommenen, Volker Staub, besuchen, um mit ihm ein sog. Mandatsanbahnungsgespräch zu führen. Dies wurde und wird ihr untersagt unter Hinweis auf § 146 StPO (Verbot der Mehrfachverteidigung). Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am 9.7.84 berichtete die Anwältin:

"V. Staub wird Mitgliedschaft in der RAF seit Juni 1984 vorgeworfen. B. Mohnhaupt, der ebenfalls Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in der RAF vorgeworfen wird, wurde 1 1/2 Jahre vor diesem Zeitpunkt, nämlich Anfang November 1982, festgenommen."

Die Rechtsprechung, insbesondere auch die des Ermittlungsrichters des BGH, verlangt für die Anwendung des § 146 StPO, daß die Beschuldigten, die der Rechtsanwalt verteidigen will,

Bezug auf den gemeinsamen Verkauf von Waffen in den Nahen Osten zu einer prinzipiellen Übereinkunft gekommen ist. In Zukunft wollen beide Seiten gemeinsam hergestellte Waffen in den Nahen Osten verkaufen. Auf diese Weise will die Bundesregierung die Schwierigkeiten umgehen, die durch den israelischen Druck verursacht werden." Welche Waffen im einzelnen unter diese Vereinbarung fallen, meldete "Cumhuriyet" nicht. Seit Anfang der 60er Jahre ist die BRD einer der größten Waffenlieferanten in die Türkei und hat sich dadurch großen Einfluß auf das türkische Militär verschafft. Nun soll dieser Einfluß über die Türkei auf andere Staaten des Nahen Ostens ausgedehnt werden. Am 6.7. traf der Chef der westdeutschen Luftwaffe, Bernhard Amler, zu einem Besuch des Kommandeurs der türkischen Luftstreitkräfte, Halil Sözer, in Ankara ein. (türkei infodienst, 16.7.84 — rül)



Ein Entwicklungshilfeabkommen über 50,6 Mio. DM sicherte Bundeskanzler Kohl dem Staatspräsidenten von El Salvador Duarte zu. Er bekräftigte damit die Unterstützung der Bundesregierung für Duartes Terrorpolitik gegen den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern. Mehrere Mittelamerika-Komitees, GRÜNE und Jusos protestierten mit Kundgebungen in Düsseldorf, Bonn und Westberlin gegen den Empfang Duartes. — (uld)

sich gleichzeitig als Mitglieder an derselben terroristischen Vereinigung beteiligt haben müssen. Um mich unter diesen Umständen als Verteidigerin von V. Staub zurückweisen zu können, bedient sich die Bundesanwaltschaft eines Kunstgriffs ...

Dieser liegt darin, daß kurzerhand behauptet wird, B. Mohnhaupt beteilige sich weiterhin, auch nach ihrer Festnahme, bis heute als Mitglied an der RAF als einer terroristischen Vereinigung. Teilnahme als Mitglied bedeutet aber nach juristischer Definition mindestens Teilnahme am sog. Verbandsleben, wobei dieses bei einer 'terroristischen Vereinigung' dadurch gekennzeichnet ist, daß ihre Tätigkeit auf Begehung schwerer Straftaten wie Totschlag, Geiselnahme etc. gerichtet ist (§ 129a StGB).

Für die Absurdität der Behauptung, B. Mohnhaupt beteilige sich noch heute als Mitglied an einer sog. terroristischen Vereinigung, muß man sich ihre tatsächliche Situation vor Augen führen: ständig bewacht hinter etwa 20 verschlossenen Türen im Hochsicherheitstrakt von Stammheim isoliert, persönlicher Kontakt nur mit

ihren Verteidigern (mit Trennscheibe), mit den wenigen zugelassenen Besuchern (fast ausschließlich Angehörige), unter Bewachung von LKA-Beamten, die jedes Wort mitschreiben, sowie — nur während der Gerichtsverhandlungen im Prozeßsaal — mit dem Mitangeklagten Christian Klar, der denselben Sicherheitsmaßnahmen unterliegt wie sie.

Zur Begründung der fortdauernden Beteiligung als Mitglied weiß die Bundesanwaltschaft denn auch nichts anderes vorzubringen als 'ihr Verhalten und ihre Erklärungen in der noch andauernden Hauptverhandlung'.

Damit wird aus den Gefangenen eine terroristische Vereinigung gemacht."

Inzwischen sind weiteren Anwälten Gespräche mit Gefangenen verweigert worden, weil sie bereits andere Gefangene aus der RAF vertreten. Damit wird es immer schwieriger, geeignete Anwälte zu finden und dies wiederum dient der Isolation der Gefangenen.

Quellenhinweis: Presseerklärung der Rechtsanwälte Brennecke-Eggers, Ffm, 9.7.84 — (mim)

propagiert am 5. Juli eine stärkere Orientierung an den USA:

"Vielleicht sollten wir uns das Beispiel USA vor Augen halten. Dort wuchs die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren um rund 21 Millionen, während sie in der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum um rund 1 Million abgenommen hat". Dies sei "auf die Gründung zahlloser Unternehmungen zurückzuführen, mit denen junge Leute neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen. Es erübrigt sich der Hinweis, daß derartige risikofreudige junge Unternehmungen nicht mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38 Stunden auskommen. Hier müßten mehr als 40 Stunden die Regel sein." Die zusätzlichen "Arbeitsplätze", die von Kuenheim in den USA ausgemacht hat, sind Ergebnis jahrelanger brutaler Lohnsenkungen insbesondere für die schwarzen, mexikanischen und puertoricanischen, seit einigen Jahren auch für die weißen Lohnabhängigen in den USA. Verbunden damit hat die Regierung Arbeitsschutzvorschriften, Arbeitszeitgrenzen usw. insbesondere für "Kleinbetriebe" (die häufig schon im Besitz großer Kapitalisten und Banken sind) aufgehoben. Diese Maßnahmen machten den Kapitalisten die Einrichtung solcher "Schweißküchen" profitabel und sorgten für den genügenden Druck auf die Familien der Lohnabhängigen, um Frauen, Jugendliche und alte Lohnabhängige auf den Arbeitsmarkt zu zwingen wie nie zuvor in der Geschichte der USA. Solche Art von "Kleinbetriebsförderung" wünscht von Kuenheim auch für die BRD, wobei er sicherlich auch an zahlreiche Zulieferer von BMW gedacht hat. Von Kuenheim weiter: "Hingegen ließe sich andernorts durchaus auch an eine 36-Stunden-Woche denken: Bei Schichtarbeitern z.B. und wenn die Betriebszeit der Anlagen den Samstag mitein-

Aktionärsversammlungen in der Metallindustrie

"FLEXIBILISIERUNGS"ABSICHTEN DER METALLKAPITALISTEN — EINE ÜBERSICHT

Der Tarifabschluß in der Metallindustrie "könne ... zu einem neuen Anfang für die flexiblere Gestaltung der Arbeitsbedingungen insgesamt werden. Das würde zu einer notwendigen Differenzierung in den Bedingungen der Arbeitswelt führen". Mit diesen Worten hat Arbeitgeberpräsident Otto Esser am 9.7. den Metallabschluß begrüßt.

Wie diese "Differenzierung" aussehen soll, erläuterte zwei Tage später der baden-württembergische Metallkapitalistensprecher Stihl. Das "Handelsblatt" zitiert Stihl: "Vor allem werde es nun möglich sein, daß qualifizierte, auf dem Arbeitsmarkt schwer zu bekommende Arbeitnehmer dem Betrieb weiterhin 40 Stunden zur Verfügung stünden, während angelernte Arbeitnehmer, die gleichgerichtete Tätigkeiten ausübten, dafür weniger arbeiten könnten."

In Wirklichkeit werden die Kapitalisten zwar die Arbeitszeit dieser Lohnabhängigen auf 37 Stunden verringern. Sie werden damit aber eine weitere Intensivierung der Arbeit verbinden, noch schnelleres Arbeitstempo verlangen, Pausen abschaffen usw. Am Ende sollen dann diese Lohnabhängigen in 37 Stunden noch mehr schuften als bisher schon in 40 Stunden. Da mit dieser Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit zusätzliche Lohnsenkungen bis 1989 verbun-

den sind, sind diese Lohnabhängigen zugleich in einer Lage, wo sie Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit leisten müssen, um die Lohnsenkungen wenigstens teilweise wettzumachen.

Auf ihren Aktionärsversammlungen im Juli haben mehrere große Metallkapitalisten dieses Konzept bekräftigt und um eigene "Flexibilisierungskonzepte" ergänzt. Der BMW-Vorstandsvorsitzende von Kuenheim



Insbesondere in den unteren Lohngruppen wollen die Kapitalisten die Löhne weiter senken und die Arbeit noch schwerer machen.

beziehen läßt; wenn die Anlagen also an sechs statt an fünf Wochentagen laufen, und an jedem Tag zum Beispiel 18 statt 16 Stunden ..."

Auch Daimler-Benz-Vorstandschef Breitscheidt lobte die Möglichkeiten der "Flexibilisierung". Er erklärte am 4. Juli: "Der Tarifabschluß eröffnet neue Wege in der Arbeitszeitfrage, die nun mit Leben erfüllt werden müssen. Die Bandbreite der individuellen regelmäßigen Vollarbeitszeit von 37 bis 40 Stunden pro Woche gibt uns die Möglichkeit, auf die Bedürfnisse unseres Unternehmens, auf die Strukturen des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt auf die Wünsche der Mitarbeiter flexibel zu reagieren, ohne die bisherige Nutzungsdauer der kapitalintensiven Anlagen zu gefährden." In ihrem Geschäftsbericht betonen die Daimler-Benz-Kapitalisten, daß sie die technologischen Voraussetzungen für solche "flexiblen" Arbeitszeiten weiter verbessert hätten: "Die oft kurzfristigen Veränderungen in der Nachfrage verlangen eine Flexibilität in der Fertigung, die nur durch hochtechnisierte Anlagen erzielt werden kann. Aus diesem Grunde haben wir unsere konventionellen Fertigungseinrichtungen durch numerisch gesteuerte (NC) Maschinen und Industrieroboter in allen Werken weiter ergänzt; in Zukunft können wir noch schneller auf Marktveränderungen reagieren."

Mit dem Tarifabschluß wollen die Kapitalisten nun auch die zeitliche Vernutzung von Arbeitskraft sehr viel stärker diesen "Marktveränderungen" unterwerfen. Die entsprechenden Festlegungen lauten: "Vom 1.4.85 an teilt der Arbeitgeber dem Betriebsrat jeweils monatlich die Zahl der Arbeitnehmer mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden und den sich darauf ergebenden Durchschnitt der wöchentlichen Arbeitszeit im Betrieb mit ... Die wöchentliche Arbeitszeit muß im Durchschnitt von 2 Monaten erreicht werden" (§ 7 des Manteltarifvertrags für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden). Diese "Flexibilisierungs"chance wollen die Kapitalisten in den Betriebsvereinbarungen weiter ausgestalten. Breitscheidt: "Die Notwendigkeit der Ausfüllung des Tarifvertrags durch Betriebsvereinbarungen unterstreicht abermals die Bedeutung einer konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren Betriebsräten."

Schon im März hatten die Siemens-Kapitalisten in ihrem Geschäftsbericht ihre "Flexibilisierungs"absichten so beschrieben: "Im Berichtsjahr waren bei der Siemens AG bereits 5,4% der Mitarbeiter weniger als 40 Wochenstunden tätig. Untersuchungen haben ergeben, daß eine Teilzeitarbeit für etwa 10% der Mitarbeiter möglich ist; dabei sind nicht nur Halbtagsarbeit, sondern auch flexible Regelungen mit 6 Stunden pro Tag sowie

Blockarbeitszeiten mit arbeitsfreien Tagen oder Wochen denkbar."

Die Bosch-Kapitalisten beschreiben in ihrem neuen Geschäftsbericht ein "Bamberger Modell": "In Bamberg bewährte sich ein Modell, bei dem durch Übergang vom Zweischicht- zum Dreischichtbetrieb den Wünschen der Mitarbeiter nach mehr Teilzeitarbeit entsprochen und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten." Auch habe man die Zahl der "flexiblen Montagesysteme" erhöhen können: "Beispiele sind die Fertigung von Einspritzpumpen, Kleinmotoren, Schein-

werfern, Autoradios, Lautsprechern und elektronischen Baugruppen". Dies sei verbunden gewesen mit einer Verlängerung der Maschinenlaufzeiten: "Durch kontinuierlichen Betrieb verminderten wir die Zahl der Anfahrvorgänge", heißt das im Bosch-Geschäftsbericht.

Quellenhinweis: Geschäftsberichte 1983 von Daimler-Benz, Bosch, Siemens, BMW; Reden der Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, BMW und Siemens auf den Aktionärsversammlungen, März und Juli 1984; Handelsblatt, 10.7., 15.7. = (rül)

Arbeitsgesetze

UNTERNEHMERRISIKOÜBERWÄLZUNGSGESETZ – BLÜMS ENTWURF ZU DEN SOZIALPLÄNEN

Arbeitsminister Blüm hat dieser Tage einen geänderten Referentenentwurf für das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz herausgebracht. Er versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als habe er dabei der Kritik an seinem ersten Entwurf vom Frühjahr wenigstens teilweise Rechnung getragen. Tatsächlich ist der neue Entwurf aber eine Verschärfung des alten. Zwar entfällt in dem Gesetzentwurf jetzt die Regelung zur "Teilarbeitsfähigkeit", womit die Kapitalisten bei Bedarf auch den kranken Arbeiter schinden dürften, auch die Anrechnung von Kuren auf den Urlaub ist nicht mehr enthalten. Aber, so das Arbeitsministerium bei Vorstellung des Entwurfs, diese Vorhaben seien nicht fallengelassen, sondern bloß "zunächst zurückgestellt".

Blüms Entwurf enthält wie die Vorlage vom März:

- die Zulassung befristeter Arbeitsverträge auch ohne die bisher nötige sachliche Begründung bis hin zu einem Jahr (bzw. in Kleinbetrieben bis zu zwei Jahren);

- Verlängerung der Einsatzfrist für Leiharbeiter auf sechs (bisher drei) Monate.

Blüm hat neu in den Gesetzentwurf aufgenommen:

- Lehrstellenschacher soll durch die Auflockerung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter den amtlichen Segen erhalten;

- Sozialpläne werden faktisch abgeschafft durch folgende Änderungen für die Bemessung von Sozialplänen – § 112 Betriebsverfassungsgesetz, Verfahren vor der Eingangsstelle – (zitiert nach "Handelsblatt"):

- "Die Sozialplanansprüche sollen beim Ausgleich oder bei der Milderung wirtschaftlicher Nachteile insbesondere Einkommensminderungen, Umzugskosten, erhöhte Fahrtkosten, Wegfall von Sonderleistungen oder den Verlust von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung be-

rücksichtigen.

- Der Aussicht der betroffenen Arbeitnehmer auf einen neuen Arbeitsplatz soll Rechnung getragen werden. So sollen Arbeitnehmer keine Leistung erhalten, die an einem zumutbaren Arbeitsplatz im selben Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens oder eines zum Konzern gehörenden Unternehmens weiter beschäftigt werden können und die Weiterbeschäftigung ablehnen. Die Weiterbeschäftigung an einem anderen Ort begründet nach dem Entwurf für sich allein nicht die Unzumutbarkeit des Arbeitsplatzes.

- Bei der Bemessung des Gesamtbetrages der Sozialplanleistungen soll die Einigungsstelle darauf achten, daß der Fortbestand des Unternehmens oder die nach Durchführung der Betriebsänderung verbleibenden Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.

- Der neugeschaffene § 112a hebt die Schwelle der gebotenen Sozialpläne bei einem Personalabbau von bisher 5% auf künftig 10 bis 20% der Belegschaft (je nach Betriebsgröße, d.



Protestaktion der IG Metall gegen Werksstilllegung in Leer/Ostfriesland. Den Kapitalisten sind Sozialpläne ein Hindernis, um Kapitalverlagerungen in Niedriglohnezonen durchzusetzen.

Red.). Außerdem werden Unternehmensneugründungen in den ersten vier Jahren von der Verpflichtung zu Sozialplänen ausgenommen."

Blüm hat – soweit das aus dieser Zusammenfassung zu entnehmen ist – auf jeden Fall die Absicht, den großen Konzernen Massenentlassungen zu erleichtern:

– Die Abfindung entfällt, wenn z.B. die Siemens-Arbeiterin in Regensburg eine ihr in Westberlin angebotene Arbeit ablehnt. Den Monopolen wird damit zugleich erleichtert, eine stärkere regionale Differenzierung der Löhne durchzusetzen und sie durch Betriebsverlagerungen auch auszunutzen.

– Der Sozialplan wird hinfällig, wenn der Konzern die Zahlung im Hin-

blick auf noch im Zweigwerk xy verbleibende hundert Beschäftigte verweigert. Auch die Entbindung von einem Sozialplan bei "Unternehmensneugründung" begünstigt vor allem die "Risikoanlage" der großen Kapitale.

Das Blümsche Gesetz brächte den Kapitalisten noch einen wichtigen ideologischen Gewinn: Der Arbeiter trägt das "Unternehmerrisiko". Die Kapitalisten können "Opfer" der Belegschaften, wie sie der ARBED-Stahlkonzern gegen die Belegschaft durchsetzen konnte, aber bei AEG trotz entsprechender Bemühungen nicht erzwungen werden konnten, bei Wegfall von Sozialplänen mit sehr viel stärkerem Druck erpressen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 19.7.84 – (alk)

Bundshaushalt 1985

DER "SPARSAME HAUSVATER" BERAUBT DIE LOHNABHÄNGIGEN UND STECKT'S IN DIE RÜSTUNG

Der unter Federführung von Finanzminister Stoltenberg entstandene und von der Bundesregierung beschlossene Entwurf des Bundshaushalts 1985 sowie die Fortschreibung des Finanzplans 1984–1988 werden von der Reaktion als Muster sparsamer Haushaltsführung gefeiert. So spricht der BDI vom "erfolgreichen Konsolidierungskurs", bei dem "die Haushaltssanierung auch im kommenden Jahr absoluten Vorrang" hat, und verlangt: "Diese Strategie ist 1985 sowohl aus fiskalischen als auch aus konjunkturpolitischen Gründen geboten. Denn nur eine deutlich gebremste Ausweitung der öffentlichen Ausgaben schafft über die damit verbundene Entlastung des Kapitalmarktes Spielraum für private Investitionen und dämpft die aufkommenden Tendenzen zur Zinssteigerung." Stoltenberg selber nennt sein Werk bescheiden die

"Politik der Gesundung der Staatsfinanzen" und verspricht, die wirtschafts- und finanzpolitische "Neuorientierung" konsequent fortzusetzen. In das allgemeine Lob mischen sich ein paar Mißtöne, wenn der bayerische Ministerpräsident Strauß unter Verweis auf die fehlende "Familienpolitik" feststellt, daß Sparen nicht Selbstzweck sein könne, sonst gebe es bald ein aussterbendes Volk mit gesunden Finanzen.

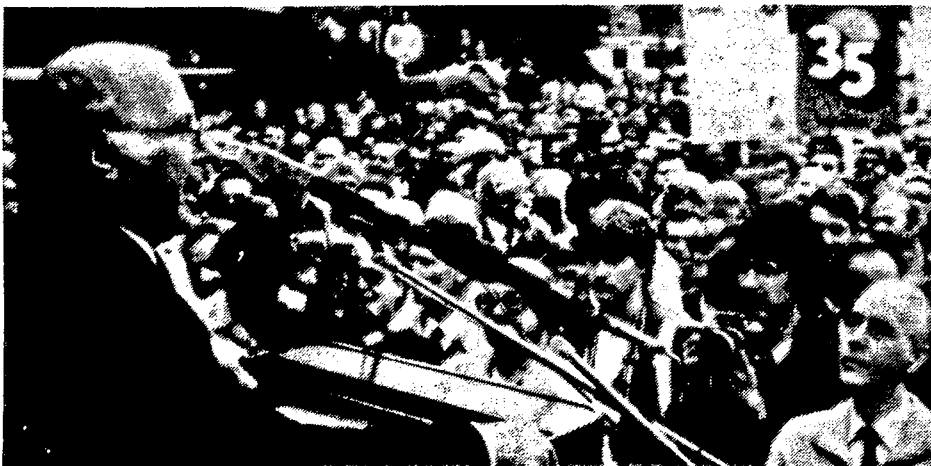
Die griffige Formel von der "Gesundung der Staatsfinanzen" soll die Lohnabhängigen täuschen: Erstens, daß jetzt mit der staatlichen Schuldenmacherei Schluß sei und die Lohnabhängigen mit ihren Steuern nicht mehr für die Staatsschuld aufkommen müssen; aber davon kann keine Rede sein, denn nur das Tempo der Neuverschuldung ist gedrosselt. Zweitens,

daß das Ergebnis der Politik eine geringere Steuern- und Abgabenlast für die Lohnabhängigen sei; aber das Gegenteil ist der Fall: Die Steuer- und Abgabenlast wächst weiter, eine gigantische Umverteilung findet statt in Richtung Rüstung und Vorleistungen für das Kapital.

Zunächst die Zahlen: Der für 1985 vorgesehene Ausgabenrahmen beträgt 260 Mrd. DM, 2,4% mehr als die voraussichtlichen Ausgaben 1984. Die geplante Neuverschuldung des Bundes wird allein 24 Mrd. DM betragen, die Staatsschuld wächst also weiter. Von den wichtigsten Ausgabenposten steigen der Verteidigungsetat (ohne die in anderen Haushaltstiteln enthaltenen Rüstungsausgaben) um 3,7% auf 49,3 Mrd. DM, die Zins- und Tilgungsleistungen in 1985 an die Besitzer von Staatsschuldtiteln um 3,4% auf 33,8 Mrd. DM, der Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales sinkt dagegen um 3,1% auf 57,6 Mrd. DM und der von Familienminister Geißler z.B. um 3,2% auf 16 Mrd. DM. In der Finanzplanung bis 1988 ist ein jährliches Wachstum der Bundesaussgaben um maximal 3% vorgesehen gegenüber durchschnittlichen Wachstumsraten von 8–9% in den fünfziger bis siebziger Jahren. Darin sind schon eingerechnet erwartete Mehrausgaben für höhere EG-Beiträge und die sog. "Milchrente" und höhere Rückstellungen für Exportgarantien und -bürgschaften.

Durch brutale Steigerung der Steuereinnahmen und Senkung der Sozialleistungen konnte Stoltenberg die Nettokreditaufnahme drücken. Trotz der für 1986 und 1988 vorgesehenen Steuerreform, der Senkung von Lohn- und Einkommensteuer, steigen die Steuereinnahmen nach Stoltenbergs Plan von 199 Mrd. DM 1984 auf 241,8 Mrd. DM 1988. Den Löwenanteil machen dabei die Lohn- und Einkommensteuern und daneben die Verbrauchssteuern aus. Diese Steuerplünderung ist wegen unterbliebener Steuerreformen in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen.

Der Stoltenbergsche Steuerraub trifft die Armen. Ein besonders abgefeimter Trick ist dabei der sog. Progressionsvorbehalt für Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld, ein Plünderungsinstrument, das Stoltenberg noch von der sozialliberalen Koalition übernommen hat. Beim Progressionsvorbehalt bleiben Lohnersatzleistungen zwar weiterhin steuerfrei, sie führen jedoch zu einer höheren Besteuerung des während der Beschäftigungszeit erzielten Lohns, weil die Lohnersatzleistungen mit herangezogen werden zur Ermittlung des Steuersatzes, mit dem dann die Lohneinkommen belastet werden. Im Ergebnis werden durch dieses Schurkenstück in Sachen Steuerplünderung die durch Lohneinbußen schon besonders betroffenen Arbeitslosen ein zweites Mal zur Kasse gebeten. Der



Blüms Versicherungskürzungen machen's möglich: Der Haushalt des Arbeits- und Sozialministeriums sinkt 1985 um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bild: Blüm wird auf einer Kundgebung der IG Metall angegriffen. Aus: Metall Nr. 15/84

Progressionsvorbehalt führt außerdem dazu, daß in vielen Fällen sogar der Grundfreibetrag für das Existenzminimum (gegenwärtig 4212 DM) mit besteuert wird. Der DGB fordert, den Progressionsvorbehalt abzuschaffen.

Die "Kunst" der sparsamen Haushaltsführung besteht weiterhin darin, die Ausgaben des Sozial Etats drastisch zu senken. Da die Etats der einzelnen Ministerien noch nicht vorliegen, können detaillierte Aussagen nicht gemacht werden. Doch kann mit Wahrscheinlichkeit gesagt werden, daß als Folge der Aussteuerung von Lohnabhängigen aus den Sozialversicherungen und der schon vorgenommenen Leistungskürzungen die Bundeszuschüsse zur Renten- und zur Arbeitslosenversicherung geringer ausfallen als bisher bzw. ganz wegfallen können. Wenn Stoltenberg also jetzt erklärt, es gebe keine weiteren Streichungen von Sozialleistungen, so ist das mehr als zynisch.

Von wegen sparsamer Haushaltsführung! Allein im Haushaltsansatz 1985 hat Stoltenberg unter dem Posten Verwaltungseinnahmen 10,5 Mrd. DM an Bundesbankgewinnen eingestellt. Für den Zeitraum 1984 bis 1988 werden insgesamt 42,5 Mrd. DM an Bundesbankgewinnen in den Bundeshaushalt geflossen sein. Zu Zeiten sozialliberaler Regierungen war das ein Anlaß für wütende Attacken der CDU/CSU-Opposition gegen die unsolide Finanzierung der Haushalte. Worum handelt es sich bei den Bundesbankgewinnen? Es geht um Zins- und Währungsgewinne aus den Kredit- und Devisengeschäften der Bundesbank, die jetzt besonders reichlich anfallen, da mit steigendem Dollarkurs und hohen US-Zinsen z.B. die Bundesbank-Devisenguthaben in den USA ständig aufgewertet werden.

Die Gelder aus den Raubzügen wandern vorrangig in den Rüstungsetat. Der Etat des Verteidigungsministeriums zusammen mit den Etatpositionen für Zivile Verteidigung und Verteidigungslasten beläuft sich schon auf knapp 52 Mrd. DM und hat als einer der wenigen Etats eine erhebliche Zuwachsrate. In den anderen Etats sind weitere Rüstungsausgaben versteckt, die nach den einheitlichen NATO-Kriterien aber zu den Rüstungslasten hinzugezählt werden müssen: Dazu gehören Posten in den Etats Forschung und Technologie, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verkehr, Inneres und Versorgung. Für den laufenden Haushalt 1984 machten diese Ausgaben zusammen genommen bereits 70,6 Mrd. DM aus nach Angaben der Zeitung "UZ" und dürften sich entsprechend der Zuwachsrate des Verteidigungsetats in 1985 schon auf ca. 73 Mrd. DM belaufen, d.h. 28% aller Bundesausgaben 1985. Quellenhinweis: UZ, 5.7.84; Finanznachrichten des Bundesministeriums der Finanzen v. 5.7.84 - (wom)

Beamtenrecht

ZIMMERMANN: DEUTSCHER ÖFFENTLICHER DIENST IST EIN STÜCK DEUTSCHER WERTARBEIT

Am 28./29. Juni veranstaltete der DGB ein fachwissenschaftliches Forum mit dem Thema "Konservatives Beamtenrecht kontra uneingeschränkte Koalitionsfreiheit". Anlaß waren die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung zur Beamtenbesoldung und die jüngsten Gerichtsurteile zum Streikverbot der Beamten bzw. deren Streikbrechereinsatz bei Arbeitskämpfen (vergl. Politische Berichte Nr. 11/84).

Außer der ÖTV-Vorsitzenden Dr. Monika Wulf-Matthies (sie war entschuldigt) waren alle Vorsitzenden der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst vertreten (GDP, GdED, GEW, DPG). Die Bundesministerien hatten Abgeordnete entsandt, Bundesinnenminister Zimmermann sagte ab.

richten.

Bezug nehmend auf den Beschluß des ÖTV-Gewerkschaftstages, daß künftig auch Feuerwehren in Arbeitskämpfe einbezogen werden können, erklärte der beamtenpolitische Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Regenspurger, am 22. 6. über den Pressedienst: "Derartige Tendenzen in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr werfen erneut die Frage auf, ob nicht der gesamte öffentliche Dienst unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu organisieren ist, was das Grundgesetz ohnehin vorsieht." Er bezieht sich hier auf den § 33, Abs. 5, GG: "Das Recht des Öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung



DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach am 22. Juli in der "Bild am Sonntag": "Lösungen nach dem Leber-Plan müssen auch im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden."

Die Ergebnisse der Fachtagung sind insofern als bedeutend zu würdigen, weil sie die Rahmenpolitik der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegenüber der Bundesregierung abstecken.

Die aufgestellten Thesen sollen unter dem Gesichtspunkt "DGB staats-treu oder für die Interessen der Lohnabhängigen?" bewertet werden, weil die Forderungen zur Beamtenpolitik immer an das Grundgesetz und die Verfassung stoßen. — Das Beamtengesetz ist nicht nur auf Grundlage des Grundgesetzes geregelt, es hat seine Wurzeln im Grundgesetz.

In der Regierungserklärung betonte die Bundesregierung ihre feste Entschlossenheit, ihre Dienstrechtspolitik nach dem Grundsatz "Das Berufsbeamtentum hat Verfassungsrang und darf nicht angetastet werden" auszu-

der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln."

Als hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums gelten das besondere **Treue- und Dienstverhältnis** entgegen dem privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis; das **Alimentationsprinzip**, d.h. standesgemäße Bezahlung, die den Mindestanforderungen genügen müssen und die sich aus dem Sozialstaatsprinzip der Verfassung ergeben; das Beamtenverhältnis als besonderes **Gewaltverhältnis**, d.h. die sogenannte Einschränkung der Grundrechte (§ 33 GG: "Jeder Deutsche hat in jedem Land die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.") durch das besondere Dienstverhältnis.

Seit über 10 Jahren sind die jeweiligen Regierungsparteien bestrebt, ein neues Dienstrecht für den öffent-

Dokumentiert**ENTWICKLUNG DER BEAMTENPOLITIK DES DGB****Beamtenpolitisches Programm des DGB von 1956**

Das deutsche Berufsbeamtentum war nach dem Zusammenbruch des staatlichen Lebens im Jahre 1945 in seinem Fortbestand bedroht. Es ist das unbestreitbare historische Verdienst der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinten Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes selbst, die Erhaltung des deutschen Berufsbeamtentums in dieser für seinen Bestand entscheidenden Zeit gesichert zu haben. Dieser Erfolg war dank der Solidarität der in den Gewerkschaften vereinigten Beamten, Angestellten und Arbeiter möglich. Die Gewerkschaften wissen, daß das Berufsbeamtentum eines der wesentlichsten Ordnungselemente des staatlichen Lebens darstellt. Diese Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den Weg zur der institutionellen Garantie des Berufsbeamtentums durch das Grundgesetz geebnet. Im demokratischen Staat ist der Beamte dem Volke verantwortlich. Er hat jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten und verfassungsfeindlichen Bestrebungen entgegenzuwirken. Der Treuepflicht des Beamten zum Staate entspricht die Fürsorgepflicht des Staates für den Beamten und seine Familie. Der Beamte stellt als verantwortlicher Mitarbeiter seine volle Arbeitskraft in den Dienst der Gesamtheit. Hieraus erwächst sein Anspruch auf gerechte Bewertung und Abgeltung seiner Leistungen. (...)

Zur weiteren Stärkung des Berufsbeamtentums und zur Sicherung seiner Rechte fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund:

(...) Zur Sicherung einer gesetzmäßig einheitlichen und objektiven Personalpolitik sind unabhängige, paritätisch besetzte Stellen zu bilden. Die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Regelung allgemeiner beamtenrechtlicher Fragen ist gesetzlich zu sichern. (...)

Drittes beamtenpolitisches Programm des DGB (1966)

Der moderne Staat als die organisierte Daseinsform der Industriegesellschaft hat Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen, die in Umfang, Größe und Wichtigkeit immer stärkere Bedeutung für den Bürger erlangen und sein Leben in allen Bereichen entscheidend beeinflussen. Erst die Bewältigung der Aufgaben, die die Gesellschaft dem Staat stellt, ermöglicht dem Bürger die Entfaltung aller seiner Fähigkeiten. Die Lösung dieser Gemeinschaftsauf-

gaben ist wesentlich dem öffentlichen Dienst anvertraut. Er kann jedoch seinen Auftrag nur dann sinngerecht ausführen, wenn er in die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der Demokratie voll integriert ist.

Das Beamtentum hat als Teil des öffentlichen Dienstes seinen festen Platz in unserer staatlichen Ordnung; es erfüllt einen Verfassungsauftrag für die Gemeinschaft. Diese Aufgabe stellt Anforderungen, die weit über Fachwissen und berufliche Tüchtigkeit hinausgehen. Sie kann in einer Demokratie nur von überzeugten Demokraten wirklich gelöst werden – nicht aber von jenen, die jeder Autorität ohne Bedenken zu dienen bereit sind. (...)

Dem Beamten dürfen seine Rechte als Staatsbürger nicht stärker eingeschränkt werden, als dies für die Erfüllung seiner Dienstaufgaben unabwendbar notwendig ist. Insbesondere dürfen ihm das Koalitionsrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht der Mitbestimmung und das Recht freier politischer Betätigung nicht geschmälert werden.

Dem Anspruch der Bundesrepublik, ein sozialer Rechtsstaat zu sein, muß auch das öffentliche Dienstrecht entsprechen. Dies ist bis heute nicht erreicht.

Grundsätze zur Neuordnung des Beamtenrechts (1969)**Neuordnung des Beamtenrechts**

Das gültige Beamtenrecht entspricht nicht mehr den Erfordernissen der heutigen Zeit. Es muß in Inhalt und Form umgestaltet werden.

Vor allem ist es notwendig, das Beamtenrecht in ein Status- und ein Folgerecht zu gliedern. Das Statusrecht, das besonderen Grundsätzen in Erlaß und Anwendung unterliegt, umfaßt alle Bestimmungen über die dienstrechtlichen Beziehungen zwischen dem Beamten und seinem Arbeitgeber. Für das Folgerecht, das alle materiellen Bereiche einschließt, muß das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Beamten und ihren Arbeitgebern gelten. Dazu gehört auch die uneingeschränkte Wahrnehmung der Koalitionsrechte aus dem Grundgesetz. (...)

4. Der Deutsche Gewerkschaftsbund will mit seinen Vorschlägen zur Modernisierung des Beamtenrechts einen konstruktiven Beitrag leisten, sozial und sachlich ungerechtfertigte Unterscheidungen zwischen dem privatrechtlich begründeten Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes und dem öffentlich-rechtlich begründeten Beamtenrecht zu beseitigen.

5. Die Neuordnung des Beamtenrechts bei gleichzeitiger Aufteilung in Status- und Folgerecht ist so gestaltet, daß sie der Entwicklung zum einheitlichen Dienstrecht nicht entgegensteht. (...)

Programm des DGB zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (1978)

Die Anforderungen an den öffentlichen Dienst haben sich – als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich – sowohl quantitativ als auch qualitativ verändert. Die Lebensbedürfnisse einer Industriegesellschaft verlangen nach mehr und besseren öffentlichen Dienstleistungen. Der Staat kann sich diesen Verpflichtungen nicht entziehen ...

Die im öffentlichen Dienst bestehenden Rechtsverhältnisse – Dreiteilung in Angestellte, Arbeiter und Beamte – sind nur noch historisch erklärbar und durch die Entwicklung der öffentlichen Aufgaben überholt. Diese Dreiteilung führt zu unerträglichen personellen und sozialen Spannungen und bewirkt funktionale Reibungsverluste im öffentlichen Dienst. (...)

Die gewerkschaftliche Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht wird durch folgende Grundsätze zur

- rechtlichen Stellung
- beruflichen Bildung
- Bezahlung und
- sozialen Sicherung konkretisiert.

Rechtliche Stellung:

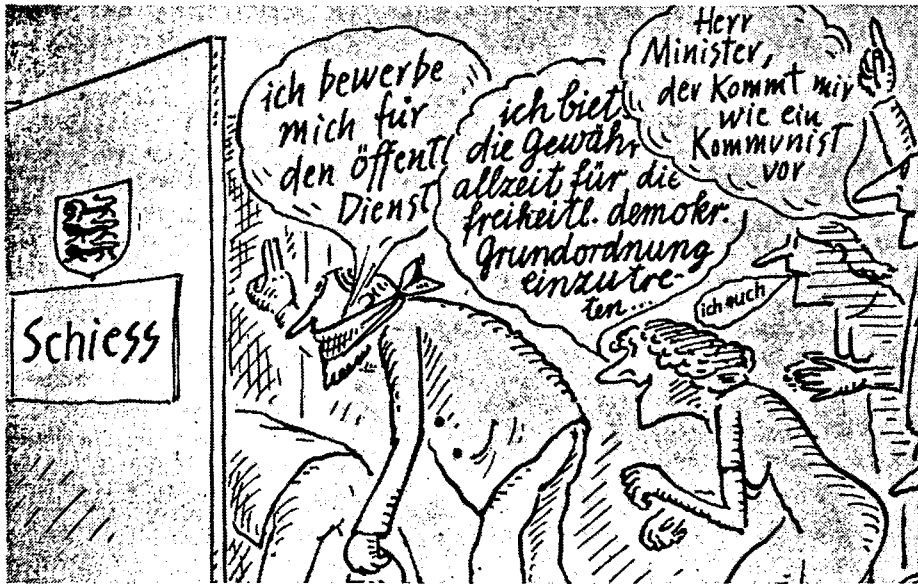
Für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes soll ein nach einheitlichen Grundsätzen gestaltetes Personalrecht (einheitliches Personalrecht) gelten, das nicht mehr nach den herkömmlichen Beschäftigtengruppen unterscheidet. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden tarifvertraglich vereinbart.

Wegen der besonderen Aufgabenstellung des öffentlichen Dienstes und seiner Bindung an die in den Artikeln 1 und 20 Grundgesetz niedergelegten Grundsätze sind gesetzlich zu regeln:

- das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung,
- die Verpflichtung auf das verfassungsmäßige Handeln, (...)

Bezahlung:

Die Festlegung von Grundsätzen und Methoden der Bezahlung ist ausschließlich Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Dazu gehört auch die Tätigkeitsbewertung. Diese hat nur nach den Anforderungen der auszuübenden Tätigkeit zu erfolgen.



lichen Dienst zu verabschieden. 1973 wurde eine Studienkommission dafür eingerichtet. Sie stellte Beurteilungskriterien auf, entwarf Leistungskataloge für eine funktionsgerechte Entlohnung, die mit Abgruppierungen gekoppelt werden sollten. Sie unternahm von der materiellen Seite her den Versuch, die Tarifoheit auszuhebeln. Unstrittig war und ist bei allen Parteien, daß das Beamtengesetz nicht verändert wird und niemals ein Gesetz auf Abruf werden wird (SPD), es soll stetig fortentwickelt werden (FDP).

Dem DGB bzw. den Einzelgewerkschaften im öffentlichen Dienst ging es ebenfalls niemals darum, das Beamtenrecht abzuschaffen. Sie glaubten, über eine "fortschrittliche" Politik und "Gewohnheitsrechte" das Beamtenrecht umgehen zu können, hin zu einem einheitlichen Personalrecht, das auf Grundlage von Tarifverträgen auch für die Beamten dann gelten sollte. (s. Kasten)

Der Bundesinnenminister hat den Gewerkschaften auf ziemlich deutliche Weise klar gemacht, daß er nicht gewillt ist, die Reformpolitik der SPD im Sinne einer stillen Duldung der Übernahme der Lohntarife auf die Beamtenbesoldung mitzumachen und hat durch Besoldungsgesetzgebung das Alimentationsprinzip wieder zum "Wert" erhoben.

Gustav Fehrenbach, der stellvertretende Vorsitzende des DGB, sah in der stillen Übernahme der tarifvertraglich erzielten Ergebnisse auf den Beamtenbereich einen "Rechtsfortschritt in Richtung unseres Ziels 'einheitliches Personalrecht' ". (aus der Schlußansprache des Forums)

Hatte man aus dem Thema der Tagung "konservatives Beamtenrecht kontra uneingeschränktes Koalitionsrecht" noch erwarten können, daß das Beamtenrecht als solches kritisiert wird, so muß man an den erarbeiteten Thesen feststellen, daß dies nicht der

Fall ist und der DGB einen Kniefall vor Zimmermann vollführt.

Die Thesen in Kurzform:

1. Das Beamtenrecht wird konservativ ausgelegt und nicht selten autoritär angewandt, insofern steht es einer weiteren Demokratisierung im Wege.

2. Das Beamtenrecht wird immer mehr mißbraucht, um

- die Meinungsfreiheit der Beamten einzuschränken,
- die gewerkschaftliche Betätigung der Beamten in Frage zu stellen,
- die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zu blockieren,
- die Tarifautonomie auszuhöhlen und damit auch den dienstlich angeordneten, allerdings nach unserer Überzeugung grundrechtswidrigen Streikeinsatz von Beamten zu rechtfertigen. (Fehrenbach)

Die einzelnen Thesenpapiere unternahmen den Versuch, durch juristische Verrenkungen diejenigen Gewerkschaftsmitglieder zu beschwichtigen, die erkannt haben, daß die Beamtenpolitik nicht ohne Kritik der Verfassung geführt werden kann, und sie versteigen sich sogar noch zu solchen Forderungen: Das "Beamtenrecht muß Teil des Arbeitsrechts" werden. So könne man die Tarifvertraglichkeit erreichen, die Streikfähigkeit erwirken, und sowieso bestünde im Moment das Problem des Beamtenrechts in einer reaktionären Rechtsprechung, weil die Richter noch von Richtern aus der NS-Zeit weitergebildet worden seien. Logo: Fortbildung von Richtern und Anwälten als gewerkschaftliche Aufgabe.

Im Schlußwort hört man förmlich das Aufatmen von Gustav Fehrenbach: "... Die Referenten haben uns in der Überzeugung bestärkt, daß, um eine Dienstrechtsreform im Sinne der gewerkschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen, nicht erst die Verfassung geändert werden muß." Und wei-

ter: "Ein Blick in die Geschichte beweist, daß noch zu keinem Zeitpunkt und bei keiner Gelegenheit es die Gewerkschaften waren, die Verfassungsverletzungen begangen haben ... der DGB und seine Gewerkschaften wollen weder eine andere Republik noch einen anderen Staat ... ja sie kämpfen für die Verwirklichung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung." Und nun ein dummdreistes Angebot an Zimmermann: "Wenn unter fragwürdiger Berufung auf dasselbe Grundgesetz, das diese Freiheits- und Grundrechte verbürgt, den Beamten als einziger Arbeitnehmergruppe die volle Inanspruchnahme dieser Freiheits- und Grundrechte verweigert wird, wie soll dann ein solcher Beamtentyp den Idealen des Grundgesetzes gerecht werden. Mit welchem Engagement sollen Beamte denn die gleichen Grundrechte verteidigen, wenn sie ihnen selbst vorenthalten werden."

Zum Schluß: Seit 1980 verbucht die ÖTV jährlich Mitgliederverluste der Beamten. Seit 1979 hat sie ein Fünftel, d.h. rund 20000, gewerkschaftlich organisierte Beamte durch ihre Politik verloren.

Quellenhinweis: Veröffentlichung des Fachwissenschaftlichen Forums des DGB; Bulletin der Bundesregierung Nr. 4/84, "Zukunftssicherung als Staatsaufgabe"; Großkommentar zum gesamten Öffentlichen Dienstrecht; Schwerpunkte der Beamtenpolitik der Gewerkschaft ÖTV; Der Deutsche Beamte, Heft 1, 4, 7/1982, 1, 3, 4/1983, 4/1984; Recht der Arbeit 2/1982; Bundesverfassungsgerichtsurteil 2 C 18.82 vom 10. Mai 1984; Landesarbeitsgerichtsurteil Köln 6 Sa 1121/83 vom 23. März 1984; ÖTV Magazine 1981/82/83/84; Bundeslaufbahnverordnung; Bundesversorgungsgesetz; Bundesbeamtengesetz; Bundespersonalvertretungsgesetz; Grundgesetz; Anträge des ÖTV-Gewerkschaftstages. – (kar,irs)



Innenminister Zimmermann am 17. Juli zum DGB: Einkommenssenkung für Beamte war "notwendig".

Klassenkämpfe in Großbritannien

BISHER HABEN SICH REGIERUNG UND KAPITALISTEN NOCH NICHT DURCHSETZEN KÖNNEN

Der Streik der britischen Bergarbeiter steht bei Redaktionsschluß in der 20. Woche. Die britischen Hafenarbeiter haben ihren vierzehntägigen Streik Anfang dieser Woche beendet. Glaubt man der großbürgerlichen "Frankfurter Allgemeinen", dann kam "das Ende mit einer für die militanten Streikführer peinlichen Plötzlichkeit". Die Hafenarbeiter, "die ohnehin noch heute nicht genau erklären können, warum ihre Gewerkschaft sie zur ersten vollständigen Blockade der britischen Häfen seit zwölf Jahren kommandiert hat", hätten sich dem Ausstand wider-

stimmte Arbeiten nur von den registrierten Hafenarbeitern erledigt werden und die Kapitalisten zur Beschäftigung der registrierten Hafenarbeiter verpflichtet sind.

Schon seit längerem verfolgen die Kapitalisten das Ziel, das "absurde" System, so die Zeitschrift "Economist", das ihnen Lohnsenkungen und Entlassungen erschwert, abzuschaffen, und allem Anschein nach hielten sie die Gelegenheit für einen massiven Vorstoß für besonders günstig.

Doch hatten sie sich in der Reaktion der Hafenarbeiter wohl getäuscht.



Angriff der berittenen Polizei auf Streikposten der NUM.

setzt. Und: "Die Streikfront der Hafenarbeiter (brach) am Widerstand der Lastwagenfahrer zusammen." Tatsächlich jedoch ist der "Frankfurter Allgemeinen" kein Wort zu glauben. Selten hat die gegenüber in- und ausländischen Klassenkämpfen ja nie zurückhaltende bürgerliche Presse in der BRD so schamlos gelogen, so interessiert und gezielt aufgewiegelt wie jetzt gegen den Hafenarbeiterstreik in Großbritannien.

Ursache des Streiks der Hafenarbeiter war eine Provokation von British Steel, dem staatlichen Stahlkonzern, der zum Löschen eines Erzfrachters mit Fracht für sein Werk Scunthorpe im Hafen Immingham eigene Arbeiter einsetzte. Damit wollte er nicht nur den Hafenarbeitern Imminghams einen Schlag versetzen, die aus Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern die Löschung von Kohleladungen für das Stahlwerk verweigerten. Der Angriff galt ganz bewußt dem seit 1947 gültigen, gesetzlich verankerten Hafenarbeiter-System, nach dem be-

Denn obwohl das Hafenarbeiter-System nur noch für 13 700 Docker gilt und gerade die Arbeiter in modernen, großen Häfen wie Dover und Felixstowe nicht unter den Schutz der Regelung fallen, folgten rund 35 000, d.h. fast alle Hafenarbeiter in Großbritannien und Nordirland dem Aufruf der Gewerkschaft TGWU, den Angriff durch Streik zurückzuschlagen. Damit waren Export und Import der britischen Wirtschaft weitgehend lahmgelegt. Die Börse reagierte hektisch, das Pfund fiel, die Regierung Thatcher geriet unter Druck. Sie sah sich, ohne daß es ihr bisher gelungen wäre, die Bergarbeiter auch nur ernstlich anzuschlagen, einer bedeutenden zweiten Streikfront gegenüber.

Diese Streikfront stand 14 Tage, und sie wurde nicht geschlagen. Im Gegenteil: Auf die öffentlich erwogene Absicht der Regierung, durch Einsatz von Truppen den Streik zu brechen, erklärten als erste die gewerkschaftlich organisierten Lastwagen-

fahrer in den Streik träten – zu einem Zeitpunkt übrigens, als laut westdeutscher Presse die LKW-Fahrer, von denen nach einzelnen Stichproben immerhin mehr als ein Viertel gewerkschaftlich organisiert gewesen sein dürfte, gerade die Zerschlagung des Streiks organisierten. Die britischen wie auch die belgischen und französischen Seeleute ließen keinen Zweifel, daß sie von der Armee verladene Fracht nicht transportieren würden. Die liberale Öffentlichkeit, solchermaßen aufgeschreckt, warnte vor der Gefahr eines Generalstreiks und wies außerdem darauf hin, daß die Soldaten die qualifizierte Tätigkeit der Hafenarbeiter überhaupt nicht ausüben könnten, ein Truppeneinsatz also zwangsläufig zum Fehlschlag würde. Kurzum – die Regierung hat unter den gegebenen Umständen in ihren Absichten rasch und öffentlich zurückstecken müssen. Die Versuche u.a. der westdeutschen Reaktion, ihren britischen Klassengenossen beizuspringen und durch penetrante Pressehetze die selbstverständlich hart getroffenen und zum Teil verzweifelten Lastwagenfahrer zu einem gewalttätigen Streikbrecher-Mob aufzuhetzen, sind insgesamt gesehen ebenfalls gescheitert. Von einem peinlich plötzlichen Ende, einem Zusammenbruch der Streikfront, den die "Frankfurter Allgemeine" meldete, kann nicht gesprochen werden. Massenversammlungen der Streikenden in fast allen Häfen stimmten am vorletzten Wochenende der Empfehlung des Gewerkschaftsvorstandes zu, das Schlichtungsergebnis anzunehmen und den Streik zu beenden. Lediglich in Felixstowe und Dover hatten die Hafenarbeiter einen bzw. zwei Tage zuvor den Streik abgebrochen.

Nach den uns vorliegenden Informationen hat der Streik der Hafenarbeiter die alte Lage wiederhergestellt: Das Hafenarbeiter-System gilt wie bisher. Die Regierung mußte im Parlament erklären, daß sie keine konkreten Absichten zur Änderung des Gesetzes hat, und die Kapitalisten unterschrieben, daß sie das System und insbesondere die Klausel respektieren, die regelt, daß nicht-registrierte Arbeiter in den betroffenen Häfen nur nach Zustimmung der lokalen Hafenarbeits-Behörde beschäftigt werden dürfen. In diesen Behörden ist auch die Gewerkschaft vertreten. Der Angriff auf das System ist vorerst also abgeschlagen. Umgekehrt aber ist es der TGWU nicht gelungen, das System auf weitere Häfen auszuweiten und die Beschäftigung nicht-registrierter Arbeiter allein von ihrer Zustimmung abhängig zu machen. Die Lösung der lange schwelenden Auseinandersetzung um das Hafenarbeiter-System scheint weiter aufgeschoben.

Der Hafenarbeiterstreik hatte dem Streik der Bergarbeiter zweifellos

FERNFAHRERLEGENDEN

Wem schadet eine Straßenblockade von Fernfahrern an den Endpunkten einer Fährlinie, die von Hafenarbeitern bestreikt wird? Nach "Bild", "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und anderen westdeutschen Zeitungen steht fest: So was schadet – den streikenden Hafenarbeitern! Nun setzt eine solche komplette Blockade von Häfen zweifellos große Geschlossenheit auf seiten der streikenden Hafenarbeiter voraus, um der öffentlichen Hetze gegen den Streik zu widerstehen. Aber: Den Schaden haben bei einer solchen Blockade zuerst einmal die Reedereien. Und gegen diese richtete sich auch der Streik der Hafenarbeiter.

Die Berichterstattung in der westdeutschen Presse über die "empörten Brummfahrer", die sich über die streikenden britischen Hafenarbeiter aufregen, verfolgte von Anfang an zwei klare Ziele: Es galt, handfeste Übergriffe der LKW-Fahrer gegen die Hafenarbeiter förmlich "herbeizuberichten", und es galt, viele "Opfer" des Streiks zu finden, um Vorwände für Polizei- bzw. Militärfaktionen gegen die streikenden Hafenarbeiter zu schaffen.



In der britischen "Times" erschien am 20.7. dieses Foto von Fernfahrern in Dover.

Spätestens seit den Blockaden am Brenner ist bekannt, daß eine solche Mobilisierung von Fernfahrern gelingen kann, wenn diejenigen Fernfahrer, die – jedenfalls formell – "Eigentümer" ihrer Lkws sind, hinreichend aufgestachelt sind. Letzteres wurde versucht. Zitat "Bild" vom 19.7.: "Die Lage der Fernfahrer (die Rede ist von der britischen Kanalseite, d. Verf.) ist erbärmlich. Für insgesamt 250 Männer, Frauen, Kinder gibts nur eine Toilette: einen Blecheimer in einer Wellblechbude. Zum Waschen haben sie ein Metallbecken mit vier Hähnen. Trinkwasser für alle fließt nur aus einem Hahn ... Aus Protest haben Brummfahrer in der Nacht zum Mittwoch Balken, Mülltonnen mit Benzin übergossen und angezündet."

Klar, welchen Schluß der Leser ziehen soll: Verantwortlich für so was können nur die Hafenarbeiter sein! Sehr viel unauffälliger erschien am nächsten Tag in der "FAZ" diese Meldung: "Die Hunderte von Lastwagenfahrern, die auf der Autobahn nach Dover festlagen, sind nun im Hafengebiet von Dover untergebracht, wo sie sanitäre Einrichtungen und Gaststätten zur Verfügung haben. Sie hatten gedroht, die Polizeisperren mit Gewalt zu durchbrechen, falls man sie auf der Autobahn festhielte." (Unterstreichungen vom Verf.) So endet eine Polizeiprovokation!

Inzwischen steht fest: Irgendeinen konkreten Übergriff eines Fernfahrers gegen die Hafenarbeiter konnten "Bild" und andere nicht provozieren. Dennoch: Was von Anfang an herbeigewünscht wurde, muß am Ende siegen. Am 21.7. berichtet FAZ-Korrespondent Ulrich Grudinski aus London: "Die Streikfront der Hafenarbeiter bricht am Widerstand der Lastwagenfahrer zusammen." So verwandelt man einen fehlgeschlagenen Angriff britischer Reedereikapitalisten in einen "Sieg" der Lkw-Fahrer!

neuen Mut gemacht. Doch die Zweckpropaganda der Reaktion, daß mit dem Ende des Hafenarbeiterstreiks der Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks bevorstehe, erwies sich schnell als unzutreffend. Die Bergarbeitergewerkschaft NUM lehnte mit großer Geschlossenheit einen "Kompromißvorschlag" der Kohlebehörde ab, demzufolge Zechen nur dann geschlossen werden sollen, wenn sie nicht mehr "vorteilhaft" auszubeuten sind. Die NUM argumentiert, daß damit wiederum einzig der Profit zum Maßstab für Zechenschließungen erhoben wird und die Kohlebehörde von ihrem Schließungs- und Massenentlassungsplan – dem Anlaß des Streiks – in Wirklichkeit nicht abrückt.

Die Regierung antwortete auf die Ablehnung mit Ausfällen von bisher nicht gekannter Schärfe. Thatcher sprach vom "inneren Feind", einer ihrer Staatssekretäre zog Parallelen zum zweiten Weltkrieg, ein anderer erinnerte die Nation an den Falkland-Krieg. Der Verband der Kapitalisten verlangt hartes Durchgreifen, die rechte Presse fordert die Regierung dringlich dazu auf, Notstandsmaßnahmen zu ergreifen, das Gewerkschaftsvermögen zu beschlagnahmen und Truppen einzusetzen. Die Unruhe der britischen Monopolbourgeoisie nimmt spürbar zu, denn trotz öffentlichem Zweckoptimismus besteht kaum Zweifel, daß die Kohleversorgung der britischen Wirtschaft ab September/

Oktober kritisch wird, wenn der Streik andauert.

Wird er halten? Die streikenden Bergleute bekommen kein Streikgeld, praktisch keine Sozialhilfe; ihre Ersparnisse und Rücklagen sind aufgebraucht, was sie verkaufen konnten wie Autos u.ä., haben sie verkauft, seit Wochen und Monaten leben sie nur von Spenden. Hunger und Not greifen um sich, und die Reaktion nutzt jede Gelegenheit, die Streikenden und ihre Familien zu demütigen. So erhielt eine hochschwangere Bergarbeiterfrau, die in einem Krankenhaus um dringend notwendige Vitamine nachfragte, den zynischen "Rat", doch Kartoffelschalen zu essen! Aber weder Armut noch Demütigungen noch Terror – bisher wurden fast 5000 Bergleute vorübergehend verhaftet und angeklagt – konnten die Streikenden demoralisieren, und alles deutet darauf hin, daß die Bergarbeiter noch einige Zeit durchhalten können.

Solidaritätsadressen an: The General Secretary, NUM, St. James' House, Vicar Lane, Sheffield, England. Konto: Miners' Solidarity Fund, Kto.-Nummer: 300 000 009, CO-OP-Bank, Sheffield Branch, BLZ 08-90-75. – Quellenhinweis: Financial Times, Times, Daily Telegraph, versch. Ausgaben; The Economist, 14. und 21.7.; The Miner, Zeitung der NUM, versch. Ausgaben; Protokolle der Parlamentsdebatten, 9. und 10.7.; FAZ, 21.7. – (scc, rül)

VR China/Landwirtschaft

WEITERE FÖRDERUNG DER KAPITALISIERUNG

Die VR China wird die 1980 begonnenen Agrarreformen, die unter dem Titel "Produktionsverantwortlichkeitssysteme" zu einer Teilprivatisierung der Landwirtschaft und zu wachsender sozialer Differenzierung unter der Landbevölkerung geführt haben, weiter vorantreiben: Künftig kann ein chinesischer Bauer für 15 statt bisher maximal fünf Jahre Anbauflächen vom Staat erhalten. Falls er das Land nicht selbst bewirtschaftet, kann er es weiterverpachten oder kann Hilfskräfte einstellen. Die Entlohnung der Hilfskräfte bleibt freien Vereinbarungen überlassen. In der Praxis gibt es die Unterverpachtung und die Beschäftigung von Landarbeitern schon seit längerem; mit den neuesten Beschlüssen wird die Praxis legalisiert. Parallel dazu werden die Bauern aufgefordert, die Landverteilung zu ändern und ggfs. abgeschlossene Bewirtschaftungsverträge an andere abzutreten – zwecks Konzentration der Anbauflächen.

Bei der Nutzung der vom Staat gepachteten Anbauflächen haben die Bauern noch mehr Selbständigkeit:

Die Bewirtschaftung erfolgt völlig in eigener Verantwortung; bleiben die Ernteerträge unter dem vereinbarten Ablieferungssoll an den Staat, quasi der Naturalrente, dann müssen die Bauern dafür Entschädigung in Geld zahlen; das Ablieferungssoll ist eine bestimmte festgelegte Fruchtart, die sich aus dem Staatsplan ergibt. Alle Überschüsse können die Bauern selbst vermarkten, und mit Ausnahme des Ablieferungssolls sind sie in der Festlegung der von ihnen angebauten Feldfrüchte frei.

Schließlich können Bauern – ob allein oder zusammen mit anderen – private Betriebe gründen und bis zu fünf Arbeiter einstellen. Die Maßnahme zielt offensichtlich darauf ab, reich gewordene Bauern zur Reinvestition ihrer gewonnenen Vermögen zu bringen und auf diesem Weg die Industrialisierung der Landgebiete und die Beschäftigung überschüssiger Arbeitskraft zu ermöglichen.

Denn die weitere Förderung der Kapitalisierung der Landwirtschaft soll nach offiziellen Angaben dazu dienen, daß die Anbauflächen von weniger Bauern produktiver genutzt werden, mithin billiger produziert wird und Arbeitskräfte freigesetzt werden. Die Konsequenz dürfte u.a. wachsende Landflucht sein. Die Beijing-Rundschau geht davon aus, daß auf dem Lande 30–40% der Arbeitskräfte überschüssig sind bzw. überflüssig gemacht werden. Es ist ausgeschlossen, daß für ca. 120 Mio. Chinesen in den Landgebieten binnen weniger Jahre neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

Quellenhinweis: WAZ, 13.7.; China aktuell, div. Ausgaben; Beijing-Rundschau 18/84 – (wom)

USA/Einwanderungsgesetz GEGEN GEWERKSCHAFT- LICHE ORGANISIERUNG

Am 23. Juni stimmte der US-Kongreß einem Gesetzantrag für ein neues Einwanderungsgesetz zu. Das Gesetz tritt in Kraft, wenn Präsident Reagan keine Einwände erhebt. Es bietet den Kapitalisten eine scharfe Waffe gegen die gewerkschaftliche Organisation ausländischer Arbeiter. Unter anderem legt es fest:

Der Aufenthalt illegaler Einwanderer, die vor 1982 eingewandert sind, soll legalisiert werden. Sie müssen nachweisen, daß sie Kenntnisse der englischen Sprache, der Geschichte und der Gesetze der USA besitzen, sie dürfen nicht vorbestraft sein. Damit ist eine Voraussetzung für die Registrierung und Überprüfung aller illegalen Einwanderer geschaffen.

Künftig sollen Kapitalisten, die illegal eingewanderte Arbeiter beschäftigen, zu Geldstrafen bis zu 2000 \$

verurteilt werden können. Mit dieser Maßnahme hatten die Parlamentsparteien zunächst die Zustimmung des Gewerkschaftsbundes AFL/CIO zum Einwanderergesetz erreicht. Die Folge wird weniger die Bestrafung der Kapitalisten – die Geldstrafen sind angesichts der Profite, die sie mit der Ausbeutung illegaler Arbeiter schiefeln, lächerlich niedrig – als vielmehr die genaue Kontrolle aller Arbeiter sein, damit die Justizbehörden überhaupt feststellen können, wer illegal arbeitet. Dafür erwägt das Parlament die Einführung "fälschungssicherer" Sozialversicherungskarten, die für alle Lohnabhängigen verpflichtend sein sollen. Das wäre die Einführung des ersten Ausweissystems in den USA, das für Millionen von Arbeitern gilt.

Außerdem enthält das Gesetz neben der Festlegung von Quoten für die legalen Einwanderer und der Errichtung einer zentralen Einwanderer-Kontroll-Behörde eine wichtige Sonderbestimmung für die Farmkapitalisten. Diese richtet sich direkt gegen den bisherigen Aufbau der Farmarbeitergewerkschaft und soll zur Vernichtung der Gewerkschaft beitragen. Den Farmern soll gestattet werden, bis zu 50000 Saisonarbeiter im Jahr im Ausland zu werben. Die Saisonarbeiter sollen bis zu elf Monaten im Jahr in einer Region arbeiten dürfen.

Für diese Regelung sind insbesondere die Farmer aus Kalifornien und Arizona eingetreten, die ihre Gemüse- und Obstplantagen seit Jahrzehnten von meist illegal eingewanderten Arbeitern aus Mexiko, Puerto Rico und zentralamerikanischen Staaten bearbeiten lassen. Die Farmarbeiter haben seit Mitte der 60er Jahre in erbitterten Kämpfen die Gewerkschaft der Farmarbeiter aufgebaut und den Farmern Verträge über Lohn, Arbeitsbedingungen und Unterbringung aufgezwungen. Bis 1964 hatten die Farmer mit Hilfe eines zwölf Jahre gültigen Wanderarbeitervertrages mit der mexikanischen Regierung den Aufbau der Gewerkschaft verhindert. Der vertraglich erzwungene Austausch eröffnete den Farmern die Möglichkeit, mißliebige Arbeiter fernzuhalten und übelste Arbeitsbedingungen zu niedrigsten Löhnen durchzusetzen. Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz ist ein solches Verfahren erneut eingeführt und dazu noch gesetzlich befestigt worden.

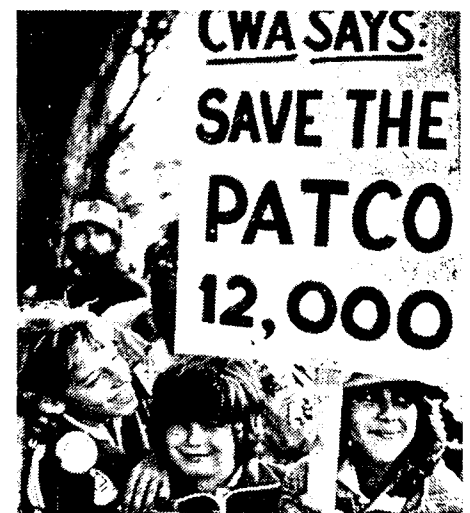
Die gesetzliche Einführung der Wanderarbeit bewog den AFL/CIO, seine Mitarbeit am neuen Einwanderungsgesetz einzustellen. Die Vorsitzende der Farmarbeitergewerkschaft hat sich gegen jede neue Einwanderergesetzgebung ausgesprochen und Aktionen ihrer Gewerkschaft angekündigt.

Quellenhinweis: Congressional Quarterly, 23. Juni 1984; AFL/CIO News, div. Ausgaben; US News & World Report v. 7.3.83 – (uld)

USA/Fluglotsen

WIEDERAUFBAU DER GEWERKSCHAFT

Fluglotsen, die die Flughäfen und Flugkorridore im Bereich New York und Washington kontrollieren, haben einen Antrag auf Abstimmung über gewerkschaftliche Organisation bei der Federal Labor Relation Authority (Bundesamt für Arbeitsangelegenheiten) eingereicht. Der Antrag ist der erste Versuch, die Fluglotsen gewerkschaftlich zu organisieren, seit Reagan 1981 11400 streikende Mitglieder der Fluglotsengewerkschaft PATCO entließ und die Gewerkschaft aufgelöst wurde. Zur Einleitung der Abstimmung sind die Unterschriften von



Solidaritätsdemonstration mit dem PATCO-Streik im Jahr 1981.

30% der Belegschaft notwendig. Wenn über 50% der Beschäftigten für eine Gewerkschaft stimmen, wird diese Gewerkschaft der offiziellen Vertreter für Tarifvertragsverhandlungen mit dem Arbeitgeber. Im Kontrollzentrum Washington haben schon 210 von 298 Fluglotsen unterschrieben, in den beiden Kontrollzentren im Bereich New York über die Hälfte. Fluglotsen in Atlanta und anderen Kontrollzentren wollen bald folgen.

Die Fluglotsen prangern die gleichen Zustände an, die vor drei Jahren zu den "illegalen" Arbeitsniederlegungen geführt hatten: Knappheit an geschultem Personal, übermäßige Zahl von Überstunden und starre Haltung des Managements. Das habe ihre Fähigkeit, eine steigende Verkehrslast sicher zu steuern, strapaziert. Ein Vertreter der staatlichen Flugverwaltung F.A.A. hat die Unterbesetzung zugegeben, jedoch behauptet, die Sicherheit sei nicht gefährdet. Die Regierung beschäftigt heute 12000 Fluglotsen gegenüber 16000 vor dem Streik. Im Kontrollzentrum New York ist die Zahl der Radarüberwacher von 336 vor dem Streik auf heute 149 gefallen, die Zahl der Flüge ist um 18%

gestiegen. Mehr als die Hälfte der Fluglotsen sind nach dem Streik eingestellt worden. Ein Regierungsbericht über das Kontrollzentrum Washington zählt für letztes Jahr 28 "Operationsfehler", d.h. Fälle von zu dicht fliegenden Flugzeugen auf, von denen viele auf überarbeitete und unerfahrene Fluglotsen zurückzuführen sind. Die Pilotengewerkschaft sieht ebenfalls ihr Vertrauen in die Sicherheit des Systems schwinden.

Die New Yorker Fluglotsen wollen sich in der Gewerkschaft der Regierungsangestellten organisieren, während die Washingtoner eine eigene Gewerkschaft aufbauen wollen, den Anschluß an eine größere Gewerkschaft aber nicht ausschließen. Gespräche über Zusammengehen mit der Pilotengewerkschaft sind in allen Kontrollzentren im Gange. — (ger)

Italien

P 2: EINE BÜRGERLICHE VERSCHWÖRUNG

Am 11. Juli hat die parlamentarische Untersuchungskommission ihren Bericht über die Freimaurerloge "P 2" vorgelegt. Der Bericht bestätigt: ein Jahrzehnt lang hat hinter den Kulissen der italienischen Politik eine regelrechte Geheimgesellschaft gewirkt, deren Mitglieder sich fürs erste gegenseitig Posten, Geld und Einfluß zuschoben, zugleich aber Vorbereitungen für einen reaktionären Umsturz trafen.

Die Mitgliederliste der "P 2", die im März 1981 zufällig bei einer Steuerfahndung gefunden wurde (der Kommandeur der Steuerpolizei, selbst P 2-Mitglied, versuchte im letzten Moment, die Hausdurchsuchung zu stoppen), liest sich wie ein Führer durch die Spitzen der italienischen Gesellschaft: Minister und Abgeordnete aller größeren Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, Geheimdienstchefs und Generäle, Verleger und Starjournalisten, Kapitalisten und Spitzenmanager der Staatskonzerne. Insgesamt 962 Namen, darunter der des Sekretärs der kleinen Sozialdemokratischen Partei und bisherigen Haushaltsministers, Pietro Longo. Nachdem die Untersuchungskommission die Echtheit der Liste bestätigt hatte, mußte Longo seinen Ministersessel räumen, er bleibt aber Parteiführer. Zahlreiche Mitglieder der Geheimloge sitzen weiterhin in den höchsten Stellen von Verwaltung, Armee, Polizei, Justiz und Wirtschaft.

An der Spitze der Loge stand seit Anfang der 70er Jahre der zwielichtige Licio Gelli, der sich vor einiger Zeit mit unbekanntem Ziel aus schweizerischer Haft abgesetzt hat. Gelli wandelte die Freimaurerloge in eine autoritär geführte, konspirativ

arbeitende Vereinigung um. Er stellte Verbindungen her, die von finanzkräftigen Bankiers, darunter denen des Vatikans, über italienische und amerikanische Geheimdienstleute bis zu den faschistischen Bombenattentätern von Bologna reichten.

Die Untersuchungskommission bezeichnet als "Endziel" der Organisation die "politische Kontrolle des Systems". Das ist ein parlamentarisch vornehmer Ausdruck. Immerhin hatte Gelli einen detaillierten "Wiedergeburt-Plan" für die Errichtung eines antikommunistischen autoritären Regimes ausgearbeitet und erörterte mit zahlreichen Generälen ausführlich die Möglichkeiten eines Militärputsches für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei. Faschistische Terroranschläge wie das Attentat auf den Bahnhof von Bologna hätten dazu das geeignete "Klima" herstellen sollen.

Auf dem Weg dazu brachte die Loge Schlüsselstellungen des öffentlichen Lebens unter ihre Kontrolle. So gehörten z.B. Verleger und Chefredakteur der größten und angesehensten italienischen Tageszeitung "Corriere della Sera" der Loge an und brachten die Zeitung auf den rechten Kurs. Gelli beschaffte für den kriselnden Verlag Millionenkredite. Der Verwaltungschef der Abgeordnetenversammlung war ebenso P 2-Mitglied wie der Leiter der Geheimabteilung des Innenministeriums und der Generalsekretär des Außenministeriums. Hohe Offiziere haben vor der Untersuchungskommission ausgesagt, sie seien von ihren Vorgesetzten zum Beitritt gedrängt worden, weil sie sonst nicht befördert

worden wären.

Unmittelbar bot die Loge ihren Mitgliedern die Möglichkeit, politische, wirtschaftliche und Personalentscheidungen neben den dafür verfassungsmäßig vorgesehenen Institutionen zu beeinflussen. Insofern wirft der Bericht der Untersuchungskommission ein bezeichnendes Licht auf die "Wirksamkeit" parlamentarischer



P 2-Chef Licio Gelli

Kontrolle. Letztendlich war "P 2" aber auf die Beseitigung der parlamentarischen Institutionen selbst ausgerichtet, falls diese der Kapitalistenklasse zu un bequem werden sollten. Die Geheimgesellschaft ist ein Beispiel, wie sich die Bourgeoisie gegen die bürgerliche Republik verschwören kann. Beides kommt nicht nur in Italien vor. Höchstens kommt es dort eher auf.

Quellenhinweis: l'Unità, 4.7.84 — (ulg)

Französische Rechte

Ein Folterer wird "POLITIKFÄHIG" GEMACHT

Am Abend des 17. Juni steht fest: Die französischen Linksparteien PS und PC haben bei den EG-Wahlen eine harte Niederlage erlitten (33% der Stimmen, ca. fünf Millionen ehemaliger "Linkswähler" sind der Wahl ferngeblieben), die Einheitsliste (RPR/UDF) der Rechten erhöhte knapp 44%; hinzu kommen 11% = 2946000 Stimmen für die rechtsextreme Nationale Front (FN), knapp 150000 Stimmen weniger als für die PCF.

Am 13. Juli erscheint in der Tageszeitung "Le Monde" auf der Seite 9, mitten im Politikteil, eine ganzseitige Anzeige mit der Überschrift: "Franzosen, Ihr habt ein kurzes Gedächtnis (Philippe Petain, 16.6. 1941)". Der gesamte Text ist eine einzige Lobeshymne auf den Marschall Petain, der im zweiten Weltkrieg mit Hitler kollaborierte, die Teilung des Landes akzeptierte und für die Ermordung zehn-

tausender Franzosen durch die Nazis verantwortlich ist.

Zwei Tage zuvor hat die Wochenzeitung "Le Canard enchaîné" einen Auszug aus einem schon 1960 erschienenen Buch eines algerischen Autors abgedruckt, der sich mit der Rolle des Vorsitzenden der FN und frischgebackenen Europa-Abgeordneten Le Pen im Algerienkrieg befaßt. Dort liest man über den Fallschirmjägerleutnant u.a.: "Er war einer der Chefs, die die Folter durchführten ... er entkleidete den Gefangenen ... und verabreichte ihm mehrere Elektrostromstöße. Wenn der 'Patient' das aushielt, setzte er ihm einen Helm auf den Kopf, der an den Stromkreis angeschlossen wurde ... Einmal schüttete er einem Gefangenen Benzin ins Gesicht und zündete es an." Die Zeitung weist darauf hin, daß weder der Buch-



Ein 41-jähriger ehemaliger Wachmann richtete am 19. Juli in San Diego (Kalifornien, USA) in einem Restaurant ein Blutbad an. Mit einer Schrotflinte, einer Pistole und einer Maschinenpistole bewaffnet erschoss er 20 Besucher des Lokals, darunter selbst Säuglinge. Nach 90 Minuten erschoss ein Scharfschütze der Polizei den Wachmann. Was die meisten bürgerlichen Zeitungen verschweigen: Der Wachmann war während des Vietnam-Krieges Angehöriger einer Spezialeinheit der US-Army in Vietnam. Bekannt ist, daß die Offiziere dieser Spezialeinheiten bei der Ausbildung alles Menschliche aus den Soldaten heraustreten. Dies gilt für die Spezialeinheiten aller Imperialisten. Das erklärt den von den Zeitungen berichteten Ausruf des Wachmanns: "Ich habe tausend Leute erschossen, ich werde weitere tausend umlegen ..." – (rül)

INDIEN: "ANTITERROR"-GESETZE ERLASSEN

Befürchtungen indischer Presseorgane, daß die Regierung I. Gandhi bereits daran denke, mit ihrer Congress-I-Mehrheit Verfassungsänderungen durchzusetzen, die den Ausnahmezustand im Punjab auf unbestimmte Zeit ermöglichen, haben sich bewahrheitet. Die Regierung hat jetzt ein "Antiterror"-Gesetz erlassen, das es der Regierung erlaubt, eine Region zum "terroristischen Gebiet" erklären zu lassen und auf unbegrenzte Zeit Militär einzusetzen. Dort hat die Armee Verfügungsgewalt und untersteht direkt der Zentralregierung. Bisher wurden Bundesstaaten unter "president's rule" gestellt. Faktisch be-

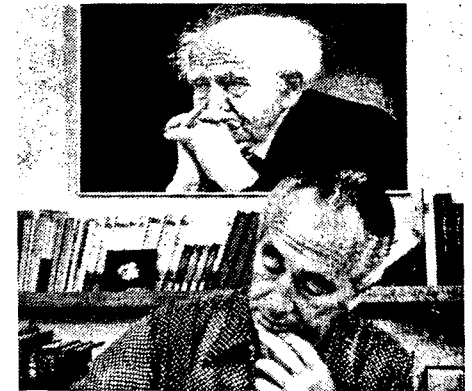
deutet die jetzige Regelung die Möglichkeit, jederzeit und überall in Indien Gebiete unter Kriegsrecht zu stellen. – (cog)

NORDKOREA: USA MUSS SPIONAGEFLÜGE ZUGEBEN

Wie erst kürzlich bekannt wurde, stürzte Ende Mai in der Nähe der Militärbasis Osan in Südkorea ein US-Spionageflugzeug vom Typ U2 ab. US- und südkoreanische Militärbehörden erklärten, das Flugzeug habe sich auf einer Routinemission befunden. Nordkorea hatte seit langem die USA und Südkorea beschuldigt, mit Aufklärungsflugzeugen das nordkoreanische Territorium zu überfliegen. Die USA und Südkorea hatten dies bislang immer dementiert. – (wom)

WAHLEN IN ISRAEL

Wie immer sind Koalitionsverhandlungen das Ergebnis der Knessetwahlen. Der regierende Likud-Block hat 41 Sitze (7 weniger als 1981), die Arbeiterparteien 45 (-2). 13 kleine, z.T. neugegründete Parteien sind mit 34 Sitzen vertreten. Die kommunistische Partei hat wahrscheinlich einen Sitz dazugewonnen (1981: 4), die neugegründete arabisch-jüdische progressive Friedensliste, die die PLO anerkennt und die Gründung eines Palästinenserstaates fordert, zieht mit zwei Sitzen ein. Mehrheitlich sind es jedoch nationalistisch-religiöse und



Peres (Arbeiterpartei)

extrem rechte Gruppen. Einen Sitz hat der Faschist Meir Kahane, dessen Spießgesellen vor der Wahl als "jüdische Terroristen" verhaftet wurden. Auf seine Stimme ist der Likud-Block für die Bildung einer regierungsfähigen Koalition angewiesen. Die Arbeiterparteien müßten dagegen die Kommunisten und die Friedensliste ins Bündnis nehmen. Deshalb kommen jetzt die Große Koalition als "Regierung der nationalen Einheit" oder Neuwahlen ins Gespräch. – (bar)

autor noch sie selbst bisher verklagt wurden und auch die Europaparlamentarier bisher keinen Anstoß an ihrem neuen Kollegen nahmen.

Zufälligkeiten ohne Zusammenhang? Wohl kaum. Das Wahlergebnis Le Pens und seiner FN hat Rechtsradikalen und Faschisten enormen Auftrieb verliehen. Den Wahlkampf selbst hatten sie unter dem Schlachtruf "Die Nationale Front verteidigt die Franzosen" auf vier Kernpunkte zugespielt: Rassismus, Chauvinismus, Antikommunismus und die "Unsicherheit" für den Bürger. Dabei leugnete Le Pen weder seine Foltertätigkeit – "Die Herrschaften reden nur von Folter. Es ist nicht die Aufgabe einer Armee, die physische Unversehrtheit von Terroristen zu bewahren" –, noch scheute er vor direkten Anleihen bei der Nazi-Propaganda zurück: "Drei Millionen Arbeitslose, drei Millionen Ausländer – die Lösung ist einfach." Ins Zentrum seiner Reden stellte er

immer wieder jene Mischung aus Chauvinismus und Rassismus, die v.a. dem Kleinbürger einen Schuldigen für seine schlechte materielle und ideologische Lage präsentiert und mit der Beseitigung dieses Schuldigen die Rückkehr einstigen Wohlstandes und Ruhms verheißt.

Betrachtet man das Wahlergebnis der FN genauer, so zeigt sich, wo diese Propaganda v.a. gegriffen hat: Die besten Ergebnisse gab es in mittelgroßen Orten bzw. Vorortsiedlungen Südfrankreichs, wo der Anteil der "Algerienfranzosen" besonders hoch ist. In Marseille (21,4%), Toulon (22,3%), Montpellier (19,6%) übertraf die FN ihren Durchschnitt erheblich, gleichzeitig war hier die Wahlbeteiligung besonders gering. Ebenfalls überdurchschnittlich gute Resultate konnte Le Pen in Vorortsiedlungen Mittel- und Nordfrankreichs erzielen, die v.a. von ökonomisch bedrohten kleinen Händlern und Handwerkern und den

gedrücktesten Teilen der Arbeiterklasse bevölkert sind. Ein Großteil dieser Leute hatte bei den letzten Parlaments- und Präsidentenwahlen die Linke gewählt. Insofern kommentierte Le Pen schon vor den Wahlen durchaus zutreffend: "Es sind nicht die Bourgeois, die zu mir kommen, sondern die kleinen Leute, v.a. aus Städten und Vorstädten, die von PC und PS Enttäuschten." Und doch ist dies nur zum Teil wahr. Denn, wenn sie auch nicht "zu ihm kamen", gewählt haben viele Bourgeois Le Pen schon. Im vornehmen achten Arrondissement von Paris erzielte er 23%, im noch nobleren sechzehnten 17% und im Villenvorort Neuilly 18% der Stimmen.

Zweierlei wird deutlich: Größere Teile der Mittelklassen und (in geringerem Umfang) gedrückte Arbeiter und Angestellte, die sich durch hohe Abgabenlast, Arbeitslosigkeit (gegenwärtig 11% = 2,34 Mio.), die Aus-

AUSTRALIEN: SEELEUTE BESTREIKEN BRD-REEDEREI

Eine Woche lang haben die australischen Seeleutegewerkschaften 12 Schiffe der Hamburger "Columbus-Linie" bestreikt. Diese weigert sich, auf ihren nach Australien fahrenden Schiffen die australischen Tarife anzuerkennen. Mit einer Schadenersatzklage hat die Reederei die Seeleutegewerkschaften zum Abbruch des Streiks gezwungen. — (rül)

FRANKREICH: REGIERUNG JETZT OHNE PCF-MINISTER

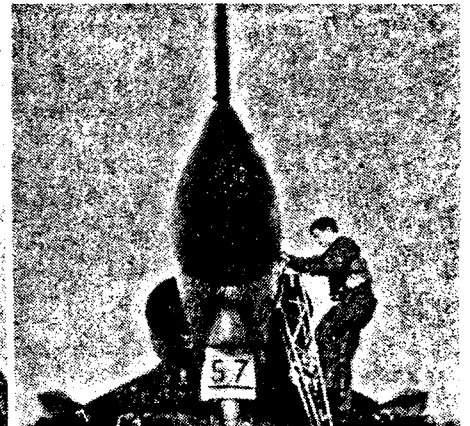
Mit drei Entscheidungen hat Frankreichs Staatspräsident Mitterand auf die Wahlniederlage bei den Europawahlen — PS und PCF erhielten nur knapp 33% der Stimmen — und die zunehmenden Proteste gegen seine Politik reagiert. Er zog den Gesetzentwurf zu den Privatschulen zurück, er kündigte eine Verfassungsänderung an, die Referenden über Fragen der "öffentlichen Freiheiten" ermöglichen soll, und er leitete mit der Ernennung von Laurent Fabius zum Ministerpräsidenten eine Regierungsumbildung ein. Der Zweck der Operation: die Besänftigung und ideologische Bindung der Kleinunternehmer, Handwerker, Freiberufler und Angestellten, die seit zwei Jahren z.T. massiv gegen die Politik der Linksregierung revoltiert hatten. Die Grundlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik seit Ende 1982, der "Politik der Strenge", sollen beibehalten werden, "Modernisierung des Produktionsapparates" und "Kampf gegen die Inflation" (Fabius) — also weitere Rationalisierung und Kaufkraftminderung — absolute Priorität haben. Das ZK der PCF, das mit den Forderungen nach "einer Beschäftigungspolitik, die sich auf Wachstum gründet", einer Industriepolitik ver-

stärkter Investitionen und Maßnahmen zur Erhaltung der Kaufkraft nicht durchdrang, kündigte das Regierungsbündnis auf. — (pel)

BOLIVIEN: ERFOLGREICHER GENERALSTREIK

Mit einem viertägigen Generalstreik hat der bolivianische Gewerkschaftsbund COB das "Sanierungsprogramm" zu Fall gebracht, das der Internationale Währungsfonds (IWF) der Regierung Siles Zuazo diktiert hatte. Bolivien stellt den Schuldendienst an

ausländische Gläubigerbanken ein, allein im laufenden Jahr werden dadurch 245 Mio. Dollar für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft frei. Der Preis, zu dem die US-Ölkonzerne bolivianisches Öl für den Inlandsbedarf abgeben müssen, wird von 17 auf 10 Dollar gesenkt. Der Anfang des Jahres auf Druck des IWF abgeschaffte Inflationsausgleich für die Löhne wird wieder eingeführt. Die Preise für die sieben wichtigsten Grundnahrungsmittel werden für 30 Tage eingefroren. — (ulg)



Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 14.7. in Neuseeland siegte die Labour-Partei über die bisher regierende Konservative Partei, u.a. weil sie Forderungen der Bewegung gegen Atomwaffen aufgenommen hatte und angekündigt hatte, daß sie Neuseeland und seine Hoheitsgebiete im Pazifik zur "nuklearwaffenfreien Zone" erklären würde. Dies sollte ein Anlegeverbot für alle atomgetriebenen oder mit Kernwaffen bestückten US-Kriegsschiffe einschließen. Neuseeland gehört mit Australien und den USA zum Anzus-Pakt. (Bild rechts: Australisch-neuseeländischer Stützpunkt in Malaysia) US-Regierung erklärte, unter solchen Umständen sei der Pakt wertlos und könne aufgelöst werden; US-Außenminister Shultz teilte jedoch nach Gesprächen mit dem künftigen Ministerpräsidenten Lange (Bild links) mit, der Pakt werde weiter bestehen. Neuseeland gehört mit mehr als elf Mrd. Dollar Schulden zu den Staaten mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung und ist durch Kredit- und Zinsforderungen erpreßbar. Die Gläubigerbanken fordern die Abwertung des neuseeländischen Pfund gegenüber dem US-Dollar um 20%. Zur Vorbereitung dieser Abwertung hat die Bank von Neuseeland am 15.7. jeden Devisenverkehr eingestellt. — (uld)

wirkungen der massiven Rationalisierungen bei Stahl, Werften, Bergbau, die von der Linksregierung betriebene Konzentration und den Kaufkraftverlust der letzten zwei Jahre existentiell bedroht fühlen, haben diesmal eine im Kern faschistische Liste gewählt. Es sind diejenigen, welche die Finanzbourgeoisie in den letzten Monaten anläßlich verschiedener Kampagnen schon hatte mobilisieren können (LKW-Blockaden/Privatschuldemonstrationen); Schichten, bei denen eine relativ starke Eigentumsbindung existiert (z.B. in Form von Wohnungseigentum), und deren Anteil an der Erwerbsbevölkerung bis heute in Frankreich mit ca. 3,5 Mio. relativ höher liegt als in der BRD (ca. 16% gegenüber 13,5%).

Und: Daß so viele Mitglieder der Bourgeoisie ebenfalls ihre Stimme der FN gaben, ist direkter Ausfluß der seit spätestens Frühjahr 1983 betriebenen Strategie, mit allen Mitteln den Sturz

der Linksregierung herbeizuführen. Le Pen und die FN sollen mit ihrem Rassismus und ihrer Demagogie, ihren korporativistischen Parolen gerade die Teile der Mittelklassen zurückgewinnen, die sich von den "traditionellen" Rechtsparteien abgewandt hatten. Zur Erreichung dieses Zwecks sind letztere auch zu direkten Bündnissen bereit, wie es erstmals im September 1983 auf kommunaler Ebene in Dreux geschlossen wurde. Die relativ häufigen Fernsehauftritte des Führers der FN seitdem waren sicherlich auch nur mit Hilfe der Finanzbourgeoisie möglich. (Sein erster Auftritt fand pikanterweise am 6.2.84, auf den Tag 50 Jahre nach dem faschistischen Putschversuch statt.) Gegenwärtig behandelt die französische Presse das Problem hauptseitig unter dem Gesichtspunkt, daß RPR wie UDF als Hauptparteien der Rechten besorgt seien, die Le Pen-Wähler in ihren Schoß zurückzuholen und daß ihr heute

teilweise heftigen verbalen Ausfälle gegen die FN ihre Abneigung dokumentierten. Und eines ihrer Sprachrohre, die Zeitung "Le Quotidien", befindet: "Die Nationale Front wird sein, was die wirklichen Führer der Opposition ihr gestatten zu sein." Ist die Finanzbourgeoisie mit "Führer der Opposition" gemein, mag die Aussage hingehen. Die Stimmergebnisse in Bourgeoisbezirken wie die gegenwärtige Debatte innerhalb der Rechten über mögliche Zusammenarbeit mit der FN deuten jedenfalls auch darauf hin, daß zumindest Teile der Bourgeoisie in der Unterstützung Le Pens mehr als eine zeitweilige taktische Maßnahme sehen und Raum für die Möglichkeit einer diktatorischen bzw. faschistischen Lösung ihrer Probleme schaffen wollen.

Quellenhinweis: Le Monde, le Quotidien, Le Nouvel Observateur, L'Humanité, versch. Ausgaben, le Canard enchaîné v. 11.7. — (pel)

Haustarif

JUNGHEINRICH-GESCHÄFTSLEITUNG MACHT ZUGESTÄNDNISSE, UM HAUSTARIF ZU VERHINDERN

Norderstedt. Jungheinrich, Europas modernstes Werk für Elektrogabelstapler, wie sich der Konzern gerne selbst bezeichnet, ist nicht tarifgebunden. Für die ca. 4000 Kolleginnen und Kollegen gibt es arbeitsrechtlich nur die Anlehnung an den Manteltarifvertrag der Hamburger Metallindustrie. Im übrigen sind alle Arbeitsbedingungen "frei" geregelt durch Betriebsvereinbarungen oder betriebs einheitliche Regelungen. Die ersten 25 Jahre, die Gründerjahre nach dem zweiten Weltkrieg, hat diese Betriebspolitik der Jungheinrich-Kapitalistenfamilie auch recht gut funktioniert. Auf Betriebsversammlungen laut von Tarifverträgen zu sprechen, war verpönt, sich als Betriebsratsmitglied zur IG-Metall zu bekennen, war fast nicht möglich. Die Jungheinrich-Kapitalisten bestärken solche Haltung unter den Kollegen dadurch, daß sie z.B. schon Wochen vor dem Tarifabschluß "draußen" einen Abschlag auf die zu erwartende Lohnerhöhung zahlten: Gewerkschaft oder gar Tarifvertrag ist in "unserem Hause" doch nicht vonnöten!

Das ist nun schon lange her. Die Akkorde wurden immer höher geschraubt. "Gutes Geld" war nur noch unter extremster Verausgabung der Arbeitskraft zu verdienen. Die Rationalisierungswellen fegten auch altgediente, Jungheinrich-ergebene Kollegen weg. Aber noch immer stand der Mahnung der IG-Metall, diesem Frieden nicht zu trauen, der Ausspruch des Konzernchefs Rosenkranz gegenüber: "Alle Sozialleistungen sind bei Jung-

heinrich absolut sicher. Mein Wort gilt mehr als 1000 Tarifverträge!"

1982 war es damit endgültig vorbei: Weil Jungheinrich viel Geld brauchte für das neue Werk in Norderstedt, ging die Firma an die "garantierten" Weihnachts-, Jubiläums- und Urlaubslei-

Aufklärungsarbeit der Vertrauensleute, bewirkten, daß 1983 zum ersten Male in der Firmengeschichte gestreikt wurde. In Hamburg und Norderstedt nahmen die Kollegen an der Tarifaueinandersetzung teil und diskutierten die Forderung nach Tarifbindung für Jungheinrich. Nun steht es ja im Belieben eines jeden Kapitalisten, ob und welchem Unternehmerverband er beitrifft. Tarifpartner kann aber auch der einzelne Kapitalist für die IG-Metall sein. Um sich formell an dem Tarifkampf 1984 beteiligen zu



März 1983: Streik bei Jungheinrich in Norderstedt

stungen. Die entsprechenden Betriebsvereinbarungen wurden einseitig gekündigt. Die Kollegen hatten durchschnittlich 2000 DM bares Geld im Jahr weniger.

Diese Erfahrungen der Kollegen, verbunden mit einer systematischen

können, beschloß der Vertrauenskörper, eine eigene Tarifkommission zu bilden und den Kampf um einen Haustarif bei Jungheinrich aufzunehmen. Nur so ist es z.B. möglich, tarifrechtlich einen von der Gewerkschaft organisierten Streik durchzuführen und

BARMSTEDT: MANÖVER VERURTEILT

Hamburg. Überraschend hat die CDU-geführte Barmstedter Stadtverwaltung im Juni auf Antrag der DKP-Fraktion das Manöver "Große Enklave 84" als für die Bevölkerung unzumutbar verurteilt. Gegen den Antrag stimmte ein CDU-Vertreter, 2 enthielten sich der Stimme. – Bei dem Manöver (1. bis 4.5.84) waren Panzergruppen aus Hamburg im "Hauptkampfgebiet" zwischen Bad Bramstedt und Kellinghusen eingesetzt. In Barmstedt fand die "Invasion" in der Nacht auf den 3.5.84 statt, exakt dem 39. Jahrestag der Bombardierung 1945. Damals hatte General Blumentritt gegen Befehl von Dönitz die hastig errichtete "Krückau-Verteidigungslinie" über Nacht entschärft. Am 4.5. wurden Kapitulationsverhandlungen eingeleitet. Barmstedt blieb weitgehend unbeschädigt. 1984

wurde es kompromißlos in Schutt und Asche verteidigt. Den ganzen Tag schossen schwerbewaffnete Soldaten und Panzer im Stadtgebiet, in Wohngebieten, sogar direkt vor Schulen herum, oft unter Gefährdung von Kindern und alten Leuten. – Presse und Parteien schwiegen das Kriegskonkret-Manöver zunächst tot. Erst Leserbrief, eine sofort durchgeführte Unterschriftensammlung der Friedensinitiative und der DKP-Antrag erzwangen die Stellungnahme. – (alb)

AKTIONSEINHEIT GEGEN DVU

Passau. Am 4. August will die Deutsche Volksunion wie in den vergangenen Jahren eine großdeutsche Hetzveranstaltung in der städtischen Nibelungenhalle durchführen. Für eine derartige Kundgebung konnte die DVU 1983 ca. 1000 Deutschnationale und Faschisten aus der BRD, Österreich und Italien (Südtirol) nach Passau mo-

bilisieren. Da diese Absicht heuer frühzeitig ruchbar wurde, luden die Grünen bereits Ende Juni regional zu einer Erörterung von Gegenmaßnahmen ein. An der Versammlung beteiligten sich u.a. die DKP, KV Niederbayern, die VVN/Bund der Antifaschisten, LV Bayern, die Jusos und verschiedene antifaschistische Komitees aus Oberösterreich. Von den ca. 40 Teilnehmern wurde ein Demonstrationsaufruf für den 4. August verfaßt, der die DVU-Veranstaltung in einen Zusammenhang von "Faschismus und Krieg" stellt, den westdeutschen Revanchismus angreift und das Verhältnis der Neonazis zur Regierungstätigkeit benennt. Die Aktionseinheit plant eine antifaschistische Woche, in deren Rahmen z.B. die Grünen sich mit dem Thema "Braune im grünen Mäntelchen" befassen werden. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr werden auch der DGB, die ÖTV sowie die SPD die Proteste unterstützen. – (ola)

mit den Kollegen im Nordverbund gleichzuziehen. Auf einem Seminar im Frühjahr 1984 wurde vom Vertrauenskörper ein Entwurf für einen Haustarifvertrag erarbeitet, analog zum Manteltarifvertrag, aber doch betriebsspezifisch.

Kernpunkte sind dabei die Regelung von Arbeitszeit und Mehrarbeit: Sieben Stunden von Montag bis Freitag. Überstunden nur freiwillig mit Freizeitausgleich innerhalb von vier Wochen. Durch Arbeitsniederlegungen konnte die Konzernleitung, trotz anfänglicher Ziererei, gezwungen werden, in Verhandlungen einzutreten.

Der erste Termin war am 19. Juli 1984. In ihrer Verhandlungsführung war die Konzernleitung "entgegenkommend": Auch sie will Sozialleistungen bei Jungheinrich sicherer machen. Die Sitzungstermine der Tarifkommission – das ist ungewöhnlich – wird sie weitgehend bezahlen. Für Schichtarbeiter bietet sie mehr Urlaubstage an, schwere Arbeit soll besser bezahlt werden. Sie zeigt sich geneigt, die Arbeitszeit im Konzern so weit wie irgend möglich einheitlich zu regeln. Nur in einzelnen Abteilungen möchte sie prüfen, z.B. im Hochregallager und in der Pulverlackieranlage, ob sie von der Flexibilisierung Gebrauch machen wolle. Überhaupt sei das vorgelegte Konzept weitgehend einigungsfähig. Nach stundenlangen Verhandlungen ließ die Konzernleitung schließlich die Katze aus dem Sack: Das beweise doch aber, daß objektiv kein Bedarf an einem Haustarif bestehe. Konzern und Betriebsrat könnten doch alles viel besser regeln.

Die nächste Verhandlung ist Ende August. Es wird auf den Vertrauenskörper ankommen, sich durch diese Taktik nicht vom Haustarifvertrag weglocken zu lassen. – (hel)

WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER BEI SOZIALWAHLEN

Köln. Die IG Metall hat die Bundesregierung aufgefordert, im Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlrechts bei den Sozialversicherungswahlen das passive Wahlrecht für ausländische Arbeiter aufzunehmen. Das Vorstandsmitglied der IGM, Koob, sagte, in vielen Betrieben bestehe die Belegschaft in der Produktion bereits mehrheitlich aus ausländischen Beschäftigten. Diese hätten aber durch das gesplante Wahlrecht kein Recht, eigene Kandidaten auf den Listen der Gewerkschaften aufzustellen. Es sei unhaltbar, daß ausländische Arbeiter zwar wählen, aber nicht für die Verwaltungsorgane der Sozialversicherungen kandidieren dürften. Die Änderung des Wahlrechts müsse genutzt werden, ein Stück Gleichbehandlung für ausländische Arbeiter zu verwirklichen. – (gba)

MENSCHENKETTEN IM HERBST

Köln. Die Friedensbewegung bereitet für den 20. Oktober Aktionen vor. Angestrebt wird eine Menschenkette vom Hunsrück bis Duisburg. Eine Abschlußkundgebung soll in Bonn stattfinden. Im Süden führt die Friedensbewegung vor dem 20. Oktober Friedensstafetten durch. Am Aktionstag werden vormittags Auftaktveranstaltungen in den Stationierungsorten beginnen, auch vor dem Giftgaslager in Mannheim. Abschließend soll in Stuttgart eine Menschenkette gebildet werden. Im Norden beteiligt sich die Friedensbewegung an Aktionen gegen die Herbstmanöver. Der Aufruf zu den Herbstaktionen kritisiert nicht die NATO, sondern ist blockübergreifend: "Durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa und die Stationierung von SS 21, 22 und 23 in der DDR und der CSSR ist die Lage in Europa nicht sicherer, sondern unsicherer geworden." Der Aufruf bewertet die Politik der Bundesregierung nicht als kriegstreibend: "Unser Land trägt eine Verantwortung für den Erhalt des Friedens. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Die Bundesregierung muß dieser Verantwortung gerecht werden. Wir wenden uns gegen ihre Versuche, die aktuelle Gefahr zu verharmlosen." Welchen "deutschen Boden" meint der Aufruf? Auch den in den Grenzen von 1937?

Die Anti-Nato-Initiative, an der sich der KB, die KPD und die Volksfront beteiligen, kritisiert auch den Aufruf: "Im Gesamtzusammenhang des Aufrufs erscheine es so, als wolle die USA die Allianz mit offensiven Kriegsführungskonzeptionen versehen, die anscheinend ansonsten grundsätzlich ein Verteidigungsbündnis sei", berichtet der KB im "Arbeiterkampf". – (jöd)

ÖTV ZUM KOMMUNALWAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER

Der 10. Gewerkschaftstag der ÖTV hat die Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für in der BRD lebende Ausländer bekräftigt. Im vorigen Jahr hatte sich die ÖTV mit dieser Forderung im DGB-Bundesvorstand nicht durchsetzen können. Deshalb macht die Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zur Ausländerpolitik vom 6. September 1983 keine Aussage zum Kommunalwahlrecht für Ausländer. Die von der Antragskommission empfohlene Formulierung "Das kommunale Wahlrecht ist anzustreben" wurde vom ÖTV-Gewerkschaftstag als zu unentschieden zurückgewiesen. Stattdessen wurde beschlossen: "Die ÖTV fordert das aktive und passive Kommunalwahlrecht für alle volljährigen ausländischen Mitbürger nach ununterbrochenem 5-jährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutsch-

land." Leider polemisierte nur ein Delegierter dagegen, daß das Wahlrecht an eine 5-jährige Aufenthaltsdauer gebunden werden soll. "Es muß entschieden andere Kriterien als Voraussetzung dafür geben." Leider führte Harry Fuchs nicht aus, an welche Kriterien er denkt. Die Befürworter der Forderung nach einem Kommunalwahlrecht wiesen auf den engen Zusammenhang zwischen politischen und Arbeiterrechten hin. So schaffe die Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für Ausländer auch bessere Bedingungen dafür, daß in Baden-Württemberg eine Passage aus dem Personalvertretungsgesetz verschwinde, die die Ausländer von der betrieblichen Interessenvertretung ausschließt. Ausländer können in Baden-Württemberg nicht zum Personalrat kandidieren. – (kar)

HBV UNTERSTÜTZT SÜDAFRIKANISCHE GEWERKSCHAFT

Kiel. Die Generalsekretärin der unabhängigen südafrikanischen Handelsgewerkschaft CCAWUSA, Emma Mashinini, wurde vor ca. einem Jahr aus dem südafrikanischen Gefängnis befreit, u.a. unter Mithilfe von HBV und FIET. Im Februar war sie in der BRD. HBV-Vorsitzender Volkmar sicherte ihr zu, den Aufbau ihrer Gewerkschaft durch Lehrgänge zu unterstützen. Seither sammelt die HBV für fünf Lehrgänge zum organisierten Aufbau einer Gewerkschaftsorganisation. Geplant ist, einen Gewerkschaftssekretär nach Südafrika zu schicken, um dort gemeinsam Schulungen durchzuführen. In Kiel wurden auf einer gewerkschaftsinternen Veranstaltung 400 DM gespendet. Diese Aktion ist Teil eines Programmes des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika. Spendenkonto: BfG Nr. 16502033, BLZ 30010111, Stichwort CCAWUSA 44891. – (sah)

GRÜNE :KOMMUNALWAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER

Mannheim. Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg haben einen Gesetzentwurf zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer ausgearbeitet. Die Gemeindeordnung soll so geändert werden, daß Ausländer, die sich "seit vier Jahren berechtigterweise in der BRD aufhalten", als "Bürger der Gemeinde" in Bezug auf das Kommunalwahlrecht den Deutschen gleichgestellt werden. Das geltende Wahlrecht erinnere an das preussische Drei-Klassen-Wahlrecht: 17% aller Arbeiter sind als Ausländer nicht wahlberechtigt. Ausländerbeiräte seien oft nur Alibi-Einrichtungen. Mit dem kommunalen soll das allgemeine Wahlrecht für Ausländer vorbereitet werden, wie es die Grünen als Bestandteil des Niederlassungsrechts fordern. – (reh)

Papierindustrie

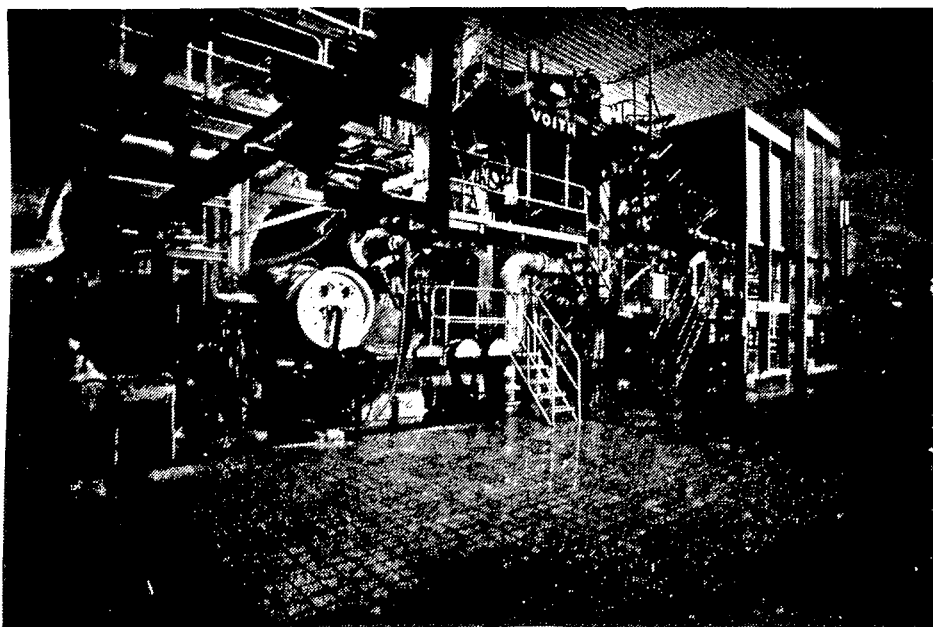
100 JAHRE "ZELLSTOFF WALDHOF" –
DAS ZIEL NIE AUS DEM AUG VERLOREN

Mannheim. Einen Brunnen "als Ausdruck des Dankes an Stadt und Bevölkerung" stiftete die PWA Waldhof zu ihrem 100jährigen Jubiläum. In der Tat traf die "Zellstoff" auf ausgezeichnete Bedingungen. Zur Gründung heißt es in der "Chronik zum 75jährigen": "Das für 28 Pfg/qm gekaufte Grundstück hatte reines Grundwasser in ausreichender Menge. In den benachbarten Dörfern des Ried waren geschickte und zuverlässige Arbeiter." Bis heute schöpft die PWA kostenlos mehr kostbares Grundwasser als der gesamte Rest Mannheims. Schmutzwasser wird über den "Stinkkanal" direkt in den Rhein geleitet. Fällige Strafgebühren wegen Überschreitung der Verschmutzungsgrenzwerte wurden 1984 vom Land erlassen.

In ihrer wirtschaftlichen Entwicklung versucht die PWA, an die glorreichen "alten Zellstofftraditionen" anzuknüpfen. Vor dem 1. Weltkrieg besaß sie 150000 ha eigenen Wald vor allem in den Ostgebieten und in Ruß-

land. der Zellstoff-Siedlung erinnern die Straßennamen an die verlorenen Betriebe im Osten. In der neu aufgebauten Watterverarbeitung II sind etwa die Hälfte der Kollegen erst vor kurzem aus Polen gekommen. Mit halbseitigen Anzeigen in der "Siebenbürgischen Zeitung" sucht die PWA besonders arbeitsame Rumäniendeutsche als "weiteren Stamm der Waldhoffamilie". Eine mit städtischen Geldern eigens für sie renovierte PWA-Siedlung soll ihnen neue Heimat werden. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt für zwei Jahre 80% des Arbeitslohnes als Eingliederungshilfe (s.a. Pol. Ber. 14/83, S. 23).

In der BRD bildeten sich nach dem Krieg die gleichen Konzerne als Hauptkonkurrenten heraus: Feldmühle (Flick), Zellstoff Waldhof (Abs) und Aschaffenburg Zellstoffwerke. 1970 fusionierte Zellstoff mit Aschaffenburg und ist seither führend bei Zellstoff, Hygiene- und Feinpapier. Feldmühle konzentriert sich auf Zeitungspapier. Die inflationsbereinigte



Wattermaschine II in Mannheim, die fünfte dieser Art soll 1986 anlaufen.

land. Nach der Russischen Revolution wurden auch die Papierfabriken in diesem Raum enteignet. Schon 1939 war die Zellstoff wieder größter europäischer Zellstofffabrikant mit einer Jahresleistung von 600000 t Zellstoff und 300000 t Papier bei 18400 Beschäftigten. Dies wurde erst 1958 wieder erreicht. 1945 blieben von 13 Fabriken 4 übrig, von 56 Papiermaschinen 16.

Mit Wehmut wird bis zum heutigen Tag der Besitztümer im Osten gedacht. 1953 erneuerte die Stadt Mannheim die Patenschaft mit Memel. In

Umsatzsteigerung von 1970 bis 1980 liegt trotz Reduzierung der Maschinerie bei 60%. Die Zahl der Beschäftigten ging um 36% von 15000 auf 9700 zurück. Der Umsatz je Beschäftigtem hat sich in den zehn Jahren verdreifacht. Allein in Mannheim wurden in den Jahren 1982/83 ca. 400 Beschäftigte abgebaut (16%). Bei gleicher Maschinerie stieg die Produktionsmenge im Betriebsdurchschnitt um ca. 9%. Ein ausreichender Lohn ist nur durch Überstunden zu erzielen. Es wurden im Schnitt 42 Wochenstunden gearbeitet, die Schichtarbeit ausgedehnt.

Graf Deym, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Papierfabriken, 1983: "Der Produktionsprozeß in der deutschen Papierindustrie scheint uns besser und zukunftssträchtiger rationalisiert als in anderen Ländern. Unser Ziel muß bleiben, die hervorragende Rolle in Europa zu erhalten und weiter zu verbessern." Um das zu erreichen, werden die Politiker bedrängt, ein "Anti-Dumping-Verfahren" in Brüssel durchzusetzen, um staatliche Investitionen anderer EG-Länder zu verbieten. "Im Rahmen des europäischen Industrie-Ausschusses der ICEF sollen Erfahrungen ausgetauscht werden für ein gemeinsames Vorgehen in einer Welt, die nicht mehr durch nationale Zoll- und Handelspolitik in separate Märkte aufgeteilt ist."

Die PWA kauft Werke in Österreich und in Schweden, hier zur Hälfte im Besitz der schwedischen Firma SCA, der 7% des schwedischen Waldes gehört. "Damit eröffnen wir uns Zugang zu neuen Märkten ... um erfolgreich gegen den Riesen, den Osten, mithalten zu können." Kartell- und Bundeskanzleramt stimmten diesem europäischen Zellstoffmonopol unter der Bedingung zu, daß Lieferverträge von Kleinabnehmern in der BRD mit einer zu gründenden Zellstoff-Versorgungsgesellschaft geschlossen werden. PWA legt die Preise fest, bei Nichtabnahme wird eine Kautions fällig.

Quellenhinweis: PWA-Report, versch. Nummern; 75 Jahre Zellstofffabrik Waldhof – (ken)

Betriebsaufkauf

PROFITHOFFNUNG NACH
GRAUBREMSE-VERKAUF

Heidelberg. "Bei Graubremse geben jetzt die Amerikaner Gas", so der "Mannheimer Morgen" am 11.7. Nach dem Aufkauf durch den US-Konzern Echlin hoffen die Kapitalisten auf bessere Profite. 12 Mio. DM soll Echlin Graus Gläubiger-Banken an Schuldennachlaß abgerungen haben. 13 Mio. DM würden bis 1987 investiert, um auf den europäischen Markt zu expandieren. Belegschaft und Betriebsrat versuchte man im Zuge des ganzen Verkaufspokers, zu allen möglichen Verzichtserklärungen zu nötigen. In einer Woche fanden zwei Betriebsversammlungen und eine von Grau einberufene "Belegschaftsversammlung" statt mit der ewigen Masche: "Unterschreibt der Betriebsrat nicht die oder die Betriebsvereinbarung, wird nicht gekauft und ist im Juli Konkurs." Über 50 Seiten Entwürfe, Erklärungen, Betriebsvereinbarungen wechselten hin und her. Einige bittere Pillen mußten die Beschäftigten schlucken. Urlaubsgeld gab es statt am 30.6. erst am 18. bzw. 31.7. Uneingeschränkte Tarifbindung über ein Jahr hinaus hat Ech-

lin bisher nicht unterzeichnet. Vorbehaltlich der Zustimmung der Tarifvertragsparteien kann das MTM-Leistungslohnsystem eingeführt werden. Außerdem wird die für Angestellte und Versuch/Werkzeugbau gültige Gleitzeit eingeschränkt.

Insgesamt jedoch ging der Plan der Kapitalisten, Belegschaft und Betriebsrat bzw. Vertrauenskörper aufeinanderzuhetzen, nicht auf. Versuche, angesichts der akuten Sorge, morgen auf der Straße zu sitzen, Teile der Belegschaft insbesondere bei den Angestellten hinter die Parole nach Amtsenthebung des Betriebsrates zu scharen, schlugen fehl. Zum Teil legten Abteilungen wie die Montage die Arbeit nieder zur Unterstützung des Betriebsrates. Unmißverständlich wurde die Besetzung des Werks angekündigt, falls der Laden in Konkurs geritten würde.

Folgendes konnte so zurückgeschlagen werden: Urlaubsgeld erst zum 15. bzw. 31.8. 1984; Streichung der bezahlten zwei mal 20 Minuten Erholungspause in der Produktion; Kürzung der Zeitlohn-Zulagen von derzeit ca. 24% auf den tariflichen Mindestdurchschnitt von 16%; Änderungen bei Eingruppierungen ohne Zustimmung des Betriebsrates; Überprüfung aller Akkordvorgabezeiten, also ohne Begründung (z.B. technische Veränderungen). Nicht erpressen konnte Echlin auch die Unterschrift unter eine fertige Wildwest-MTM-Vereinbarung, die wohl 20–30% schlechtere Akkorde bedeuten hätte. Für die 15 "Springer" in der Produktion konnte der Betriebsrat zusätzlich zu der bereits bestehenden individuellen Akkordabsicherung durch geschickte Verhandlungsführung eine persönlich Mindestabsicherung von 150% erreichen. Von Juli bis Oktober beantragte Samstags-Sonderschichten hat der Betriebsrat am 18.7. abgelehnt und Neueinstellungen gefordert. — (aro)

Befristete Arbeitsverträge MAN STELLT FÜR VIER WOCHEN EIN

Dachau. Im Zentralersatzteillager Dachau sind im Juli 25 junge Arbeiterinnen und Arbeiter mit Zeitverträgen über vier Wochen eingestellt worden. Vor allem die Arbeiterinnen werden für Arbeiten eingesetzt, die bisher nur von Männern gemacht worden sind. So wurde bisher noch keine Frau im Großteilelager beschäftigt. Es ist z.B. selbstverständlich gewesen, daß keine Frau eine Ameise in die Hand nimmt, und damit tonnenschwere Kästen mit Ersatzteilen im Lager rumschiebt. Bei den befristet Eingestellten ist das anders — zum einen, weil sie es nicht wissen, zum andern weil Druck auf sie

gemacht wird, jede Tätigkeit auszuüben. Im folgenden einige Äußerungen von einer Arbeiterin und einem Arbeiter, beide mit Vier-Wochen-Zeitvertrag:

Frage: Wie seid Ihr dazu gekommen, die Vier-Wochen-Zeitverträge anzunehmen?

A (männl.): Ich bin gelernter Metallwerker, gleich nach der Prüfung arbeitslos geworden. Das Arbeitsamt Dachau hat mir gedroht, das Arbeitslosengeld zu sperren, wenn ich den Job nicht annehme.

B (weibl.): Bei mir das gleiche. Außerdem ist die Arbeit bei MAN die erste Möglichkeit seit fast einem Jahr,



Beabsichtigt: Männerarbeit für Frauen bei niedrigerem Lohn und gleicher Belastung.

ein bißchen mehr Geld zu kriegen. Ich hoffe, ein Urlaub springt dabei raus. Bei der Einstellung ist mir gesagt worden, daß ich vielleicht Aussichten hätte, weiter beschäftigt zu werden.

Frage: Was für Arbeiten müßt Ihr machen?

A: Ich bin im Wareneinlauf. Ich muß Ersatzteilsendungen auspacken, viel bücken und schwer heben — auf Dauer wäre das nichts für mich.

B: Ich bin im Großteilelager und soll hauptsächlich für neuangelegte Lagerorte die Karten schreiben. Mir ist aber gesagt worden, daß ich auch schon mal beim Einlagern mithelfen soll. Normal könnte ich mir einen Arbeiter holen, wenn ich schwere Teile habe, aber das tut man dann doch nicht, wenn keiner in der Nähe ist, oder alle beschäftigt sind.

Frage: Wie sehen Eure Arbeitsverträge aus, wie werdet Ihr bezahlt?

A: Ich habe Lohngruppe 6 und freiwillige Zulage, das sind so 11,50 DM die Stunde.

B: Im Arbeitsvertrag steht, daß ich jede Arbeit machen muß, die mir zugeteilt wird. Ich habe knapp über 11 DM die Stunde, ich mache aber möglichst viele Überstunden, daß ich in den vier Wochen auch was raushole. — (dar)

Personalvertretungsgesetz STATT PERSONALRAT — BETRIEBSGEMEINSCHAFT

Hannover. Nach der Sommerpause wird die CDU-Landesregierung einen Referentenentwurf zur Änderung des niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes in den Landtag einbringen. Zweck ist, die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu beseitigen und die Personalräte zu Marionetten der Landesregierung zu machen.

Das Ganze ist lange vorbereitet: Im September 1974 stellt das Verwaltungsgericht Braunschweig zum Initiativrecht des Personalrats fest: "... kann es dem Personalrat nicht gestattet werden, Anträge zu stellen, die mit Hilfe einer Fiktion Staatsqualität bekommen könnten." Die CDU dazu im Landtag im Juli 1978: "... Die Möglichkeit, in bestimmten Personalentscheidungen dem Votum des Dienstherrn über die Personalvertretung widersprechen zu können, ist in ihrem Ergebnis mühsam ... Hier gehen die Rechte der Personalvertretung zu weit ..." Im Beschluß vom März 1981 schließt das Verwaltungsgericht Hannover die Bindungswirkung der Einigungsstelle in Mitbestimmungsangelegenheiten der Angestellten für den Fall, daß diese Angestellten hoheitliche Befugnisse wahrnehmen, mit der Begründung aus: "... um die in diesen Fällen verfassungsrechtlich gebotene Entscheidungsgewalt und Verantwortlichkeit der Regierung sicherzustellen." Zur Definition hoheitlicher Befugnisse heißt es: "Einem Sozialarbeiter im sozialpsychiatrischen Dienst ... ist die Ausübung hoheitlicher Befugnisse als ständige Aufgabe übertragen (...) lediglich technisch-mechanische und sonst völlig untergeordnete Tätigkeiten stellen nicht die Ausübung hoheitlicher Befugnisse dar."

Heruntergruppierungen, Umsetzungen, Probe- und Teilzeitarbeitsverhältnisse sind zu Hauptauseinandersetzungspunkten der Personalräte geworden. Betriebsbedingte Kündigungen als Folge von Rationalisierung stehen an. Deshalb soll in personellen Angelegenheiten das Mitbestimmungsrecht liquidiert werden. 1. soll das Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen in der Probezeit gestrichen werden. 2. Damit es bei personellen Maßnahmen zu keinen Verzögerungen durch Diskussionen in und mit dem Personalrat kommt, soll der Personalratsvorsitzende bei Eilentscheidung allein entscheiden können. Was ein Eilfall ist, entscheidet die Dienstaufsicht. In diesen Fällen erhält die Dienstaufsicht das Recht, auch ganz ohne den Personalrat zu entscheiden und dessen Mitwirkung im Nachhinein zu erwirken. 3. Für personelle Maßnahmen, die als Eilfälle nicht zu de-

klarieren sind, bzw., die der Personalratsvorsitzende ablehnt, wird das Einigungsverfahren vollends zur Farce gemacht. Abgesehen davon, daß den Personalräten die Bildung der Einigungsstelle erschwert wird, soll vor allem der Einigungsstelle das Letzt-Entscheidungsrecht genommen und der Landesregierung übertragen werden. Damit die Dienstaufsicht

dem Einfluß des Personalrats entzogen wird, soll sie ab Amtmann aufwärts aus dem Mitbestimmungsrecht herausgenommen werden.

Die ÖTV führt gegen die Novelle des Personalvertretungsgesetzes Veranstaltungen durch. Sie wird aber nur etwas ausrichten können, wenn aus den Betrieben heraus Druck auf die Landesregierung entfaltet wird. — (sci)

Anti-Kriegsbewegung

GEMEINDERATSDEBATTE ÜBER RAKETENBASIS WALDHEIDE

Heilbronn. Der Truppenübungsplatz Waldheide (ca. 500 ha groß, im Stadtgebiet von Heilbronn gelegen) wurde 1976/77 zur Raketenbasis ausgebaut. Offiziell wurde der Bau einer Ausbildungs- und Übungsstellung angekündigt. Seit 1981 dagegen ist bekannt, daß die Waldheide eine scharfe Abschlußrampe (Pershing 1a) ist. Die Umrüstung auf die Pershing II findet zur Zeit statt oder ist bereits abgeschlossen (siehe Bild). Bereits am 13.6.82 beantragte der Grüne-Stadtrat Theilacker beim Oberbürgermeister die Aufnahme und Behandlung des folgenden Tagesordnungspunktes: "Die Stadt Heilbronn übermittelt der Bundesregierung, der US-Armee sowie der NATO folgende Stellungnahme: Die Stadt Heilbronn lehnt die Stationierung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf ihrem Gebiet, sowie den Transport dieser Waffen durch ihr Gebiet ab."

Die SPD-Fraktion verließ am 14.7.83 im Vorfeld des "heißen Herbstes" der Friedensbewegung unter Protest geschlossen eine Gemeinderatssitzung, nachdem der damalige OB Hoffmann (SPD) wiederholt Anträge zur Waldheide ablehnte. Applaudierende Zuschauer wurden mittels Polizeieinsatz aus dem Ratssaal verwiesen. Im Oktober 83 beantragte die SPD den Tagesordnungspunkt "Mögliche Beeinträchtigung von Belangen der Stadt Heilbronn und ihrer Bürger durch die Stationierung von Nuklearwaffen auf der Waldheide." Gestützt auf eine (inzwischen zurückgezogene) Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg sowie des Regierungspräsidiums Stuttgart wurde auch dieser Antrag durch den OB abgelehnt. Begründet wurde diese Reaktion damit, daß Militärfragen Bundesangelegenheiten seien und deshalb nicht im Gemeinderat behandelt werden könnten. Immerhin haben es die Heilbronner OBs Hoffmann und sein Nachfolger Weinmann (CDU) in Zusammenarbeit mit der Landes-CDU geschafft, die Stationierungsfrage selbst aus dem Gemeinderat der direkt betroffenen Stadt Heilbronn herauszuhalten.

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg hat jedoch nun am 29.5.84 in dieser Frage letztinstanzlich in vier Urteilen entschieden. Geklagt hatten Grüne-Stadträte aus Heilbronn und Stuttgart sowie die SPD-Fraktionen von Stuttgart und Karlsruhe. Strittig war, ob dem OB



Pershing II auf der Heilbronner Waldheide

bereits bei der Aufstellung der Tagesordnung das Recht zusteht, zu prüfen, ob ein Verhandlungsgegenstand Rechtens ist oder nicht. Laut Gemeindeordnung, so der VGH, gestaltet der Bürgermeister die Tagesordnung für die Gemeinderatssitzung. "Hierbei entscheidet er nach Ermessen, von dem er sachgerecht Gebrauch zu machen hat." (Urteil). Den Klagen der SPD-Fraktion wurde vom VGH stattgegeben, unter dem Hinweis auf den §34 Abs. 1 der Gemeindeordnung. Darin heißt es: "Auf Antrag eines Viertels der Gemeinderäte ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung des Gemeinderates zu setzen." (Hervorhebung durch den Verf.) Im Falle des Erreichens des Quorums ist der Ermessensspielraum des OB deutlich eingeschränkt. Nicht so, wenn das Quorum nicht erreicht wird, wie dies bei dem Antrag der Grünen der Fall

war.

Während in 1. Instanz dem einzelnen Gemeinderat ein "Anspruch auf fehlerfreie Ermessensbetätigung des Bürgermeisters" zugesprochen wurde, verneint dies der VGH entschieden. Damit wird das Recht eines einzelnen Gemeinderates oder einer Minderheit (weniger als Viertelsquorum), Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung zu bringen, eingeschränkt.

Nach den Urteilen des VGH wurde am 19.7.84 im Heilbronner Gemeinderat der von der SPD beantragte Tagesordnungspunkt vor 150 Zuhörern behandelt. Die CDU hat im Vorfeld angekündigt: "Man werde in der Raketen Diskussion deutlich aufzeigen, welcher ungeheuer gewachsenen Bedrohung die freie Welt durch die größte Rüstungsmacht der Erde, die kommunistische Sowjetunion ausgesetzt sei." "Die CDU wird keinesfalls irgendwelche Schaufenster-Resolutionen mittragen", stattdessen unterstützt die CDU die Kriegs- und Aufrüstungspolitik der Bundesregierung.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Niethammer machte einen Unterschied zwischen "nationalen" und "kommunalen Interessen" und meinte: "Die Nachrüstung hat im System der Abschreckung, das ich befürworte, keinen Sinn." Der Grüne-Stadtrat Theilacker argumentierte ebenfalls national: "Die Raketen richten sich nicht nur gegen andere Völker, sondern auch gegen den anderen Teil des eigenen Volkes". Er sprach sich gegen "eine so traurige Wiedervereinigung" aus.

Mit der knappen Mehrheit von 19 (14 SPD, 3 FDP, 1 FWV und 1 Grüner) zu 18 (17 CDU und OB) wurden folgende SPD-Anträge angenommen: Der OB wird beauftragt, der Bundesregierung und der US-Armee mitzuteilen, "daß die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf der Heilbronner Waldheide stationierten oder gelagerten Atomwaffen aus kommunaler Sicht unerwünscht sind". Der Ge-

meinderat wünscht, "daß die Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen aufgehoben wird und auch in Zukunft nicht mehr erfolgt". Außerdem sollen Raketentransporte nicht mehr durch das Stadtgebiet führen, und der OB soll nach einem Vierteljahr über die Erledigung der Anträge berichten. Diese beschlossenen Anträge beinhalten eine Absage an die obrigkeitshörige Kommunalpolitik der Heilbronner CDU und ihres Oberbürgermeisters. Quellenhinweis: Urteile des VGH Baden-Württemberg, Aktenzeichen 1 S 157/84, 1 S 496/84 und 1 S 252/84 — (jom)

Südafrika-Agentur

SOFORTIGE KÜNDIGUNG DES VERTRAGES!

Frankfurt. Schon im April 1983 wurde Oberbürgermeister Wallmann mit folgenden Behauptungen der GRÜNEN im Römer konfrontiert: Die Rechtsanwaltskanzlei Baskin & Sears in den USA, mit deren Mitinhaber Kelley die Stadt Frankfurt seit Juli 1982 einen Vertrag abgeschlossen hat, ist als politische Agentur des Südafrika-Regimes zu betrachten. Aus den Akten des US-Justizministeriums, in die die Stadt Frankfurt durch die Vertretung der Kanzlei als Lobbyistin eingetragen ist, geht auch hervor, wie sich Kelley über Südafrika-Aufträge profiliert: Ein solcher Auftrag lautet z.B.: "Politische Aktivitäten, wie Propaganda und anderes, um durch Indoktrination, Beeinflussung, Überzeugung usw. von öffentlichen oder Regierungseinrichtungen eine Änderung der Politik und der Beziehungen der Vereinigten Staaten (zu Südafrika, d. Verf.) zu erreichen." (Registrierungsunterlagen des US-Justizministeriums in: Pressemitteilungen der Grünen im Römer, 25.8.1984) Weiter beschleunigte Kelley durch seine Einflußnahme die Ausfuhr von Computern der Fa. Control Data, die für militärischen Gebrauch vorgesehen waren. Diese Computer "dienen in Südafrika der Registrierung von Schwarzen und ... Farbigen ... helfen der African Explosives and Chemical Industry bei der Herstellung von ... Nervengas und Napalm. Der Export dieser Computer als militärisches Produkt ist in den USA bislang zu Recht untersagt ... Die Fa. Baskin and Sears hat allein in einem einzigen Jahr (1982) für 1 Million DM eine südafrikanische Botschaft in Pittsburgh gegen öffentliche Proteste ... durchgesetzt, hat Apartheid-Kritiker in den USA bespitzelt und die Unterlagen nach Südafrika geliefert, machte Öffentlichkeitsarbeit, um für Verständigung für die Besetzung Namibias durch Südafrika zu werben." (Grüne im Römer, Presseerkl. 8/83)

Der Magistrat gibt äußerst dünne

Auskünfte auf Fragen, zu welchen Zwecken die Stadt diesen Vertrag pflegt: Laut Wallmann soll er lediglich bestehen, um US-Senatoren und Abgeordnetenbesuche zu vermitteln. Offensichtlich müssen die aber so wichtig sein, daß der Magistrat Vorauszahlungen von DM 71 556,78 (ca. 7000 DM über der vertraglich vereinbarten Jahressumme) für die Agentur vornimmt, was ebenfalls den US-ministeriellen Registrationsunterlagen zu

13-Mio.-DM-Auftrag aus Südafrika

Dampfturbosatz von AEG für südafrikanisches Chemieunternehmen

Aus Südafrika erhielt die AEG-KANIS einen 13-Mio.-DM-Auftrag zur Lieferung eines Doppelentnahme-Kondensations-turbosatzes mit einer elektrischen Leistung von 36 MW. Auftraggeber ist die AECI Ltd., die eine große Chemieanlage in Midland in der Nähe von Johannesburg/Südafrika betreibt und die mit der neuen Anlage den anfallenden Abdampf zur Stromerzeugung nutzt. Der Auftrag umfaßt außer dem Turbosatz mit der luftgekühlten Kondensationsanlage auch mehrere Dampfreduzier- und -Kühlstationen sowie das gesamte Engineering für das Maschinenhaus. Die Turbine und der zweipolige Drehstromgenerator werden Mitte 1985 in Betrieb genommen.

Anzeige in der FR, 16.7.84

entnehmen ist. Diese enthüllen weiter, daß zwischen der Stadt Frankfurt Kontakte mit dem Verband der elektronischen Industrie, Washington, mit dem Verband von Herstellern wissenschaftlicher Geräte, der Vereinigung der Biotechnologischen Industrie, dem Verband Amerikanischer Bankiers, der Chemischen Industrie etc. stattfanden.

Um Wahrung wirtschaftlicher Interessen geht es in jedem Fall und egal, ob auf direktem oder indirektem Wege, die Südafrika-Agentur wird weiterhin unterstützt durch den Magistrat der Stadt Frankfurt. — (ros)

Revanchismus

PROTESTE GEGEN SCHLESIERMUSEUM

Hildesheim. Die Landsmannschaft Schlesien will in Niedersachsen ein zentrales Heimatmuseum einrichten. Braunschweig hatte sich im letzten Herbst als Standort beworben. Im Februar berichtete die Hildesheimer Allgemeine Zeitung (HAZ), daß bei einem Spitzengespräch zwischen Bundesratsminister Hasselmann (Nds.), Ministerpräsident Albrecht und dem Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, Hildesheim als Standort favorisiert worden wäre. Oberbürgermeister Klemke (CDU) hatte zwei Wochen vorher in Hildesheim mit

Hupka die Bewerbung klargemacht. Die Stadt werde "zu einem erträglichen Preis" (Klemke) einen Teil des Sültegeländes zur Verfügung stellen. Der "Schlesier" Klemke setzte die Zustimmung des Stadtrates voraus!

Die Hildesheimer SPD-Fraktion übte sich in zurückhaltender Kritik. "Hildesheim wird immer mehr zur Schlaf- und Museumsstadt", kommentierte Fraktionschef Seitz die Landsmannschaftspläne. Die SPD will auf dem Sültegelände ein Veranstaltungszentrum errichtet sehen. Zum Thema Revanchismus erklärte MdL Patschke (SPD): "Revanchismus ist z.Zt. in der innerparteilichen Diskussion nicht relevant". Die Grün-Alternative-Bürgerliste (GABL) Hildesheim lehnt die Einrichtung eines Heimatmuseums als einzige Fraktion des Stadtrates aus politischen Gründen ab, weil "mit Heimatgefühlen revanchistischer Schindluder" betrieben wird. (Stadtblatt Knochenhauer).

Flankierend zu den Auseinandersetzungen um das "Schlesische Zentralmuseum" veranstaltete das "Heimatwerk Hildesheim" für Kinder von 11 bis 14 Jahren einen Kursus. "Niedersächsische und schlesische Ritter, Mönche, Händler und Bauern im Mittelalter". Nach Vorlagen durften die Jugendlichen schnitzen, töpfern und sticken, um "die Kultur aus beiden Landschaften anhand von Lebensbildern vergleichen zu können" (HAZ).

Die HAZ druckt einen Leserbrief ab, der sich ausführlich gegen das Museum und revanchistische Tendenzen in der Kommunalpolitik Hildesheims wendet. Der Verfasser verweist auf die polnischen Verträge, auf die KSZE-Schlußakte und greift die Vertriebenenverbände als revanchistische Kräfte an. Er weist deren Verbindungen bis weit ins alt- und neonazistische Lager nach. Die HAZ würde außerdem einseitig zugunsten der reaktionären Landsmannschaften berichten. Im späteren Zeitraum beschränken sich alle Veröffentlichungen der HAZ und der Anzeigenblätter auf unterstützende Artikel und Meldungen für ein Museum.

Die VVN Hildesheim führte eine Diskussionsveranstaltung durch, um über die revanchistischen Pläne der Vertriebenenverbände und ihre politischen Verbindungen zu CDU/CSU etc. eine größere Öffentlichkeit herzustellen. Sie erstellt eine Broschüre, um nachzuweisen, daß die Vertriebenenverbände ihre Tätigkeiten in die Kulturarbeit verlagern und Bund und Länder die Finanzierung ständig erhöhen. Allein für das "schlesische Landesmuseum" in Hildesheim sind 20 Mio. DM veranschlagt. Die Folgekosten sollen jährlich eine Million DM betragen. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht hat, laut SPD-Landtagsfraktion, der Landsmannschaft die Übernahmen aller Folgekosten zugesichert. — (mal)

Ausbildungsprogramme

NIEDERSÄCHSISCHE LANDESREGIERUNG DRÜCKT AUSZUBILDENDE IN SCHÜLERSTATUS

Hannover. Im November vergangenen Jahres startete das niedersächsische Kultusministerium in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Niedersachsen/Bremen eine groß angelegte Kampagne "für Jugendliche, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben ... (um) ihnen die Möglichkeit der Ausbildung in verschiedenen anerkannten Ausbildungsberufen" zu geben.

Dieses Ausbildungsplatzprogramm 1983 des Landes Niedersachsen – kurz APN 83 – richtete sich an jene Gruppe von Jugendlichen, die

- eine Berufsfachschule oder ein Berufsgrundbildungsjahr erfolgreich besucht oder
- die Hochschul/Fachhochschulreife erworben bzw. allgemeinbildende Schulen mindestens 12 Jahre besucht ...
- (ihren) Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Land Niedersachsen (haben)
- sowie (beim zuständigen) Arbeitsamt als Ausbildungsnachfrager gemeldet (sind) oder sich noch melden."

Anfang des Jahres werden dann die Plätze vergeben. Aus dem Arbeitsamtbezirk Braunschweig und der umliegenden Region – von Helmstedt bis Hildesheim, von Wolfsburg bis Goslar reisen "unversorgte" Jugendliche zum Vorstellungstermin an. Mehr als fünfmal soviel Bewerber, wie Plätze zur Verfügung stehen, im Alter zwischen 18 und 22 Jahren finden sich ein. Vor Vertretern des Arbeitsamtes und des Trägers der Maßnahme (§ 139ff Niedersächsisches Schulgesetz, Ergänzungsschulen in freier Trägerschaft) findet die erste Vorstellungsrunde statt. Die Bewerber skizzieren in Stichworten die letzten Stationen ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung. Vom Hauptschulabschluß bzw. Gymnasialabschluß bis hin zum Studienabbrecher, teils mit Berufserfahrung, teils mit Absolvierung diverser "Warteschleifen" (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschule, Grundausbildungslehrgänge) ist alles vertreten.

Gefragt nach ihren Berufswünschen, geben sie bis auf wenige Ausnahmen – wie sollte es auch anders sein – genau die zwei Berufe an, die zur Disposition stehen.

In Einzelgesprächen werden dann vom Träger die Gruppen nach "sozialen und fachlichen" Kriterien zusammengestellt. Bei diesen Auswahlgesprächen nennen die Jugendlichen als Motivgründe für diese Ausbildung immer wieder, daß sie das ewige Herumhängen satt hätten, bzw.

vom Elternhaus Druck erhielten, endlich zu arbeiten und zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen. Gesichtspunkte, wie Perspektive des angestrebten Berufes nach der Ausbildung und inhaltliche Ausgestaltung des Ausbildungsverhältnisses spielen keine bzw. eine sehr untergeordnete Rolle.

Die "Glücklichen" befinden sich seit fast neun Monaten in der Ausbildung in einer überbetrieblichen Einrichtung. Ihr Arbeitstag beginnt um 8.00 Uhr und endet an den vier Werkstattagen um 16.30 Uhr; an dem wöchentlichen Berufschultag, den sie gemäß den Bestimmungen des dualen Ausbildungssystems zu absolvieren haben, endet er um 15.00 Uhr. Im praktischen Teil der Ausbildung, der auch "ein mehr oder minder langes (Betriebs-)praktikum (der Rechtsform nach ein Schulpraktikum) beinhaltet", sollen "dem Ausbildungsteilnehmer diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die zur Erreichung des Ausbildungsziels – der Zulassung ... zur Prüfung im anerkannten Ausbildungsberuf" vermittelt werden.

Nach der festgesetzten Ausbildungszeit "sollen die Maßnahmeteilnehmer Abschlußprüfungen vor den zuständigen Stellen (Kammern) nach § 40 Abs. 3 Berufsbildungsgesetz bzw. § 37 Abs. 3 Handwerksordnung (Externenprüfung) ablegen. Besteht der Ausbildungsteilnehmer die Abschlußprüfung nicht oder ist er nicht in der Lage, das Ausbildungsziel zu erreichen, besteht kein Rechtsanspruch ... auf Fortsetzung der Ausbildung." D.h., der Träger ist nicht verpflichtet, wei-

ter auszubilden, und das Land muß nicht mehr zahlen.

Die theoretischen Ausbildungsinhalte in den Fächern Fachkunde, -zeichnen, -rechnen und Deutsch-Gemeinschafts- und Wirtschaftskunde, die ebenfalls Bestandteil der Abschlußprüfung vor der zuständigen Kammer sind, werden im Berufsschulunterricht durchgesprochen. Im Gegensatz zu den Auszubildenden des "Benachteiligtenprogramms" des Bundes erhalten die Schüler des APN keinen zusätzlichen Stützunterricht in den theoretischen Fächern.

Während des fast neunmonatigen Zeitraums seit Beginn der Ausbildung, ist bei einem immer größer werdenden Teil der Maßnahmeteilnehmer festzustellen, daß sie z.T. erhebliche Fehlzeiten aufweisen. Sofern diese Fehlzeiten im Krankheitsfall durch ein ärztliches Attest belegt sind, gelten sie als entschuldigt. Anders erbrachte Nachweise über "sich häufendes oder regelmäßig wiederkehrendes Fernbleiben von der Ausbildung ... darf der Ausbildungsträger nur dann als entschuldigt werten, wenn vom Ausbildungsteilnehmer bzw. dessen gesetzlichem Vertreter zwingende Abwesenheitsgründe glaubhaft gemacht werden können, die aktenkundig zu machen sind."

Gemäß den Bestimmungen des "Beschulungsvertrages" werden dem Ausbildungsteilnehmer "für jeden Tag unentschuldigter Fernbleibens von der Ausbildung beim Ausbildungsträger, beim Praktikumsbetrieb oder bei der Berufsschule ... 20 DM" von der 395 DM betragenden monatlichen "Aufwandbeihilfe" abgezogen. Der maximale "Kürzungsbetrag ist je Kalendermonat auf 395 DM begrenzt".

Die "Aufwandsbeihilfe" beträgt während der gesamten Ausbildungszeit einheitlich 395 DM im Monat. Sie wird nicht wie tarifgebundene Ausbildungsvergütungen je Ausbildungsjahr



Jugendliche als "Notauszubildende" im Maurerberuf

erhöht. Von den 395 DM sind vom APN-Teilnehmer die Fahrtkosten und "persönliche Ausbildungsmittel, insbesondere Lehrbücher" zu bezahlen. Die Möglichkeit einer zusätzlichen finanziellen Förderung nach § 40 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), der sogenannten Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) besteht nicht. Da die Maßnahmeteilnehmer "im rechtlichen Sinne Schüler der Ergänzungsschule des Maßnahmeträgers (sind) ...", handelt (es) sich ... nicht um ein Ausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes, also ... nicht um Auszubildende." Das bedeutet einerseits, daß kein Ausbildungsverhältnis bei den Kammern einzutragen ist und andererseits, daß die APN-Schüler nicht sozialversicherungspflichtig sind.

Mit Unterzeichnung des "Beschulungsvertrages" verpflichtet sich der Ausbildungsteilnehmer, "sich zu bemühen, die Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, die zur Erreichung des Ausbildungsziels erforder-

lich sind". Weiterhin besteht für ihn die Verpflichtung, neben der regelmäßigen Teilnahme an der Ausbildung, – den Weisungen des Ausbildungsträgers und der von ihm beauftragten Personen zu folgen, – die ... geforderten Leistungsnachweise zu erbringen, – die für die Ausbildungsstätte des Ausbildungsträgers und die Stätte des Betriebspraktikums geltende Ordnung zu beachten."

Schärfe bekommen diese Ausführungen durch die Kündigungsbestimmungen. Sie illustrieren neben den oben angeführten materiellen Bedingungen am grellsten die besondere Unterdrückung dieser Art von Ausbildungsverhältnissen. So kann der "Beschulungsvertrag" vom Ausbildungsträger "ohne Einhaltung einer Frist mit Zustimmung des niedersächsischen Kultusministers" gekündigt werden, "wenn

– die Leistungen des Ausbildungsteilnehmers anhaltend so unzu-

länglich sind, daß die Erreichung des Ausbildungsziels nicht mehr erwartet werden kann

– oder das Verhalten des Ausbildungsteilnehmers für den Ausbildungsträger, den Praktikumsbetrieb oder andere Ausbildungsteilnehmer unzumutbar ist".

Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Ausbildungsbedingungen und die Vertretung ihrer Interessen bestehen für die Jugendlichen formal aufgrund ihres Schülerstatus nur über die Schülervertretung. Durch die fehlende Anbindung an das Berufsbildungsgesetz und das Fehlen tarifvertraglicher Vereinbarungen sind den Gewerkschaften und den betrieblichen Vertretungskörperschaften die Möglichkeiten zum Eingreifen äußerst beschränkt.

Quellenhinweis: Verschiedene Rundschreiben des Nds. Kultusministeriums an Arbeitsämter und Maßnahmeträger; verschiedene Beschulungsverträge mehrerer Träger – (inf, usm)

SCHUTZ- UND TARIFRECHTE IN DER AUSBILDUNG MÜSSEN VERTEIDIGT WERDEN

Daß Helmut Kohl sein Lehrstellenversprechen nicht eingehalten hat, wird inzwischen nicht mehr nur von Gegnern seiner Politik festgestellt. Der Berufsbildungsbericht 1984 konstatiert am 30.9.83 einen Versorgungsgrad von 96,2% – 1982 waren es noch 97,9%. Damit muß auch die Bundesregierung zur Kenntnis nehmen, daß der Anteil der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhielten, gestiegen ist – auch wenn über die absoluten Zahlen verschiedene Angaben vorliegen. In der öffentlichen Debatte ist es deshalb populär, die Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen zu fordern; um aber die Interessen der Auszubildenden gegen die Absichten der Kapitalisten zu verteidigen, ist es entscheidend, Forderungen an die Bedingungen der Ausbildung zu stellen.

Betrachtet man das APN, so wird deutlich, daß den Absichten der Kapitalisten weitgehend Rechnung getragen wird: Mit dem Schülerstatus des Auszubildenden entfallen jegliche Arbeitnehmerrechte; die Vergütung ist nicht tariflich geregelt; im Praktikum stehen die Auszubildenden dem Betrieb kostenlos zur Verfügung; in der Abschlußprüfung entscheidet die Kammer, ob die Ausbildung den Vorstellungen der Kapitalisten entsprochen hat.

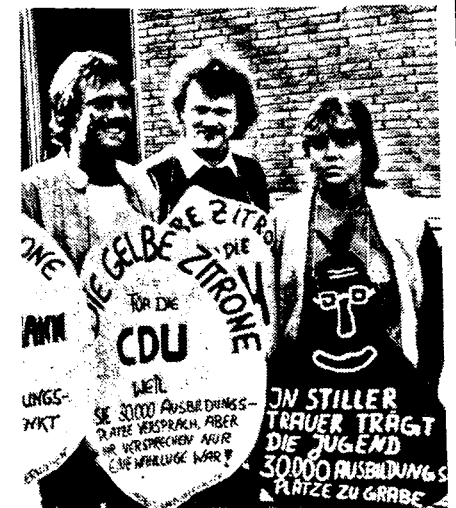
Das APN wird kritisiert – GEW Niedersachsen und Grüne z.B. lehnen es als "Ausbildung zweiter Klasse"

ab. Verbreitet ist aber die Auffassung, die Ausbildungsprogramme der Bundesregierung ("Benachteiligtenprogramm" von 1980 und "Sonderprogramm" von 1983) seien als positive Modelle auszubauen. Dagegen muß folgendes festgestellt werden: Zwar wird in diesen Programmen der Arbeitnehmerstatus festgelegt, doch tarifliche Leistungen werden nicht gewährt; auch im Benachteiligtenprogramm werden nur 395 DM pro Monat bezahlt. Demgegenüber beträgt die durchschnittliche tarifliche Ausbildungsvergütung derzeit 555 DM im ersten, 640 DM im zweiten und 732 DM im dritten Ausbildungsjahr (nach Berufsbildungsbericht).

Anhaltspunkte zur Beurteilung der Ausbildung liefert dagegen das Minderheitenvotum der Arbeitnehmervertreter im Bundesinstitut für Berufsbildung zum Berufsbildungsbericht 1984: "Die Ausbildungsvergütung muß eine eigenständige Existenzsicherung der Auszubildenden ermöglichen", heißt es dort u.a. und weiter wird gefordert: "Finanzierung der beruflichen Bildung durch eine gesetzliche Umlage aller Betriebe und Verwaltungen"; Fördermittel sollen nur vergeben werden "mit wirksamen Qualitätsauflagen"; die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre "Maßnahmen zur Absenkung der Ausbildungsvergütung und die damit verbundenen Eingriffe in die Tarifautonomie der Gewerkschaften durch die Richtlinien

des einmaligen Sonderprogramms und die Änderung des Benachteiligtenprogramms zurückzunehmen"; ebenso soll die Regierung ihre Entscheidung gegen das BAföG revidieren.

Der DGB Niedersachsen hat ein Sofortprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze er-



Auszubildende protestieren gegen Ausbildungspolitik

stellt, in dem vor allem die Einrichtung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze gefordert wird, gebunden an folgende Bedingungen: Gleichstellung mit den Auszubildenden im Betrieb, d.h. kein Schülerstatus; geregelte Ausbildungsvergütung – keine "Taschengeldregelungen".

Quellenhinweis: Berufsbildungsbericht 1984, herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

TARIFABSCHLUSS STAHLINDUSTRIE

Dortmund. Nach dem am 17. Juli von der IG Metall erzielten Abschluß für Nordrhein-Westfalen, Bremen und die Stahlwerke Südwestfalen beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten 38 Stunden. Für die große Zahl der Stahlarbeiter, die im Drei-Schicht-Betrieb arbeiten, wird allerdings ein Teil der Freischichten mit der Arbeitszeitverkürzung verrechnet, so daß die am schwersten belasteten Arbeiter davon am wenigsten profitieren. Im Jahr 1984 gibt es überhaupt keine Lohnerhöhung, mit der rechnerischen Einführung der 38-Stunden-Woche ab 1. Oktober 1984 erhöht sich als Lohnausgleich der Ecklohn um 5,26%. Vom 1. Januar 1985 bis zum 30. Juni 1986

werden die Tariflöhne um 3,3% angehoben, vom 1. Juli 1986 bis zum 31. August 1986 nochmals um 2%. Die Lohn- und Gehaltstarife sind zum 31. August 1986 kündbar, die Vereinbarung über die Arbeitszeit erstmals zum 31. Dezember 1987. — (wom)

FRITZ WERNER: NUN SCHLISSUNG?

Westberlin. In den letzten zwölf Monaten wurden unter der Parole "Sicherung der Arbeitsplätze" 200 Beschäftigte des Fritz Werner Werkzeugmaschinenwerks der bundeseigenen DIAG entlassen, der Lohn der Restbelegschaft gesenkt sowie die Arbeit intensiviert durch: — Kürzung des Weihnachtsgeldes um 50% — Lohnminderung bei Verwandelung von Akkord- in Zeitlohn — Einführung der Betriebsdatenerfassung.

Jetzt empfiehlt eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums die Schließung des Fritz Werner Werkes und den Verkauf des know-hows an den Gildemeisterkonzern. Eine Entscheidung darüber soll noch im August fallen, für den 1.10. ist eine außerordentliche DIAG-Aufsichtsratssitzung geplant. — (kla)



ÖTV: FORDERUNG WIRD DISKUTIERT

Hannover. Der Kreisvorstand der ÖTV beruft für den 20. August eine Kreisdelegiertenkonferenz ein, um die Forderungen für den Tarifkampf zu beraten. In einem Informationsblatt steckt der Kreisvorstand einen Rahmen für die Diskussion ab. "Der Kreisvorstand ... ist zu der Auffassung gelangt, daß zwei Schwerpunkte gesetzt werden müssen — 1. mehr Lohn — Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre waren unbefriedigend ... Daher muß sich in diesem Jahr beim Lohn mehr bewegen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, daß den Kolleginnen und Kollegen der unteren und mittleren Einkommensgruppen in der Vergangenheit besonders stark in die Tasche gegriffen wurde. —

HBV zu Ladenöffnungszeiten

BESCHLÜSSE DER LANDES- DELEGiertenKONFERENZ NRW

Auf den Landesdelegiertenkonferenzen der HBV, die zur Vorbereitung des diesjährigen Gewerkschaftstages stattgefunden haben, nahmen Beratung und Beschlußfassung gegen die Angriffe auf bestehende gesetzliche Begrenzungen des Arbeitstages einen breiten Raum ein. Fast alle Delegiertenkonferenzen sprachen sich ausdrücklich dagegen aus, daß das Ladenschlußgesetz durch Sondergenehmigungen und Ausnahmen ausgehöhlt wird (z.B. Berliner Kuddamm-Regelung, Klett-Passage Stuttgart usw.), die die Samstags- und Sonntagsarbeit für Beschäftigte im Einzelhandel auf örtlicher Ebene legalisieren.

Derartige örtliche Satzungen haben eine Geltungsdauer von bis zu 20 Jahren. Daß die Kommunalparlamente in ihrer Beschlußfassung immer weniger von Schutzgesetzen für die Beschäftigten im Handel eingeschränkt werden, hat noch Ex-Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff durch seine Änderungen im Wettbewerbsrecht besorgt. Die dort geregelten grundsätzlichen Verbote von Sonderverkäufen usw. wurden umgewandelt in grundsätzliche Erlaubnis mit Zustimmungsvorbehalt für die Stadt- und Gemeinderäte.

In einer Untersuchung des IFO-Instituts wird festgestellt, daß insbesondere die großen Kaufhauskapitalisten auf eine "Lockerung" des Ladenschlußgesetzes drängen. 30% der Einzelhandelskapitalisten mit einem Umsatz von über 50 Mio. DM im Jahr treten dafür ein, während es insgesamt im Einzelhandel nur 18% sind. Angestrebt wird dabei vorerst weniger die Ausdehnung der Öffnungszeit auf den Samstagnachmittag und den Sonntag als vielmehr die tägliche Verlängerung der Öffnungszeit: "Generell möchten die Befürworter einer Änderung werktags die Abendstunden stärker nutzen, der Verkauf an allen Samstagnachmittagen und an den Sonntagen wäre hingegen nur für den Fahrzeughandel und einzelne Möbelhäuser von Bedeutung" (IFO). 88% der Kaufhauskapitalisten, die eine Verlängerung der Öffnungszeiten beabsichtigen, würden diese bis 21.00 Uhr abends täglich ausdehnen, 12% bis 20.00 Uhr.

Deswegen ist es notwendig, daß die HBV, die sich seit

Jahren eindeutig gegen jede Lockerung des Ladenschlusses ausspricht, zugleich die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden und das Verbot von Überstunden, Samstags- und Sonntagsarbeit verlangt. Der Gewerkschaftstag ist eine Gelegenheit, Front zu machen gegen die CDU-Regierung und die Handelskapitalisten. — (sch)

Dokumentiert

1. Änderung der kommunalen Satzungen bezüglich Sonderöffnungen des Einzelhandels

Die Landesbezirkskonferenz lehnt Sonderöffnungen des Einzelhandels aus Anlaß von Messen, Märkten u.ä. Veranstaltungen nach wie vor ab. Sofern von den Kommunalparlamenten solche trotzdem beschlossen werden, sind sie auf das einmalige Ereignis zu beziehen.

Begründung:

Zur Zeit besteht bei kommunalen Satzungen, die die Ladenöffnung am Sonn- bzw. am kurzen Samstag nach 14.00 Uhr regeln, keine zeitliche Begrenzung. Nach Auskunft der Abt. Arbeitsrecht beim HBV-Hauptvorstand haben derartige Satzungen eine Wirkung von 20 Jahren, wenn keine zeitliche Begrenzung in der Satzung vorgesehen ist.

Damit wird den Arbeitnehmern und ihrer Gewerkschaft 20 Jahre lang jegliche Einflußnahme auf Änderung eines unhaltbaren Zustandes genommen. Es kann nicht richtig sein, daß Ratsvertreter per Beschluß den Arbeitnehmern Samstags- bzw. Sonntagsarbeit zumuten und dann 20 Jahre ohne weitere Auseinandersetzung diesen Zustand beibehalten können. Daß auf diesen Weise die Einzelhändler befähigt werden, mit der Schaffung neuer zusätzlicher Verkaufszeiten immer neue Feste zu erfinden, darf mit dieser Regelung nicht gefestigt werden.

2. Novellierung der Arbeitszeitordnung

Gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag ist aller gewerkschaftlicher Einfluß geltend zu machen, damit die Arbeitszeitordnung (AZO) aus 1938 durch ein an den Interessen der Arbeitnehmer orientiertes Gesetz ersetzt wird.

Bei der Novellierung sind folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Veränderung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden,
2. Die tägliche Höchstarbeitszeit ist von 10 auf 8 Stunden herabzusetzen,

2. Einstieg in die 35-Stunden-Woche – (...) Dabei darf es für uns weder eine Laufzeit von 18 Monaten wie beim letzten Tarifabschluß oder mehr geben, noch ist die Möglichkeit, innerhalb eines Betriebes unterschiedliche Wochenarbeitszeiten festzulegen (Flexibilisierung) akzeptabel." – (kar)

ERLASS ZUR AZO ZURÜCKGEZOGEN

Hannover. Kultusminister Oschatz (Niedersachsen) hat den umstrittenen Erlaß zur Arbeitszeitflexibilisierung für Lehrer zurückgezogen. Gegen den Erlaß hatte es massiven Protest gegeben. Die SPD hatte die Kritik aufgegriffen und im Landtag die Rücknahme des Erlasses beantragt. Als "einen Schritt in die richtige Richtung" bezeichnete die GEW die Entscheidung des

Ministers, stellt aber fest, daß "das Problem des flexiblen Unterrichtseinsatzes noch nicht gelöst" ist. Tatsächlich gilt der § 4 der neuen Arbeitszeitverordnung weiter, in dem die Grundlage zur Flexibilisierung gelegt wurde. Die GEW fordert, "daß den Lehrkräften zu ihrem Schutz ein Widerspruchsrecht sowie der Personalvertretung ein Mitbestimmungsrecht bei der Anordnung eines flexiblen Arbeitseinsatzes gesetzlich zugesprochen wird" (Presseerklärung der GEW 10.7.84). – (usm)

SONNTAGSARBEIT BEI SIEMENS

München. Die Bauelementebranche in der Elektroindustrie ist Vorreiter in der Einführung des 360-Tage-Jahrs. Samstage, Sonn- und Feiertage werden durchgeführt. Siemens, größter

Bauelementehersteller im deutschsprachigen Raum, macht sich für das Werk Villach eine Sonderregelung der österreichischen Regierung zunutze: Für die IC-Herstellung wurde wie bei der Stahlbranche das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit aufgehoben. Weil die Maschinen ständig betreut werden müssen? Nein, weil der Markt nach ICs schreit, das konstante Kapital in der Branche sehr hoch ist und die Kapitalisten die Auslastung wollen. So wird nur unter der Bedingung jemand neu eingestellt, daß er zu Samstags- und Sonntagsarbeit bereit ist. In der BRD gibt es doch mehr Schwierigkeiten, die Belegschaften zu Rollschriften zu bringen. Hier will Siemens erstmal Werkstudenten einsetzen, um Fakten zu schaffen. Nach und nach müssen mehr Teile der Belegschaft anwesend sein, wie z.B. Wartungs- und Reparaturtrupps. – (rge)

TARIFVERHANDLUNG BILDSCHIRMARBEIT

Bielefeld. Die Landesregierung NRW hat sich endlich bereit gefunden, mit der ÖTV über einen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen an Bildschirmgeräten zu verhandeln. Verhandlungsbeginn ist im September. Für den

nötigen Druck auf die Landesregierung sorgten viele Verweigerungen von Personalräten, Beschäftigte an den Geräten arbeiten zu lassen. Anfang 1981 waren entsprechende Tarifverhandlungen auf Bundesebene gescheitert an Punkten, die auch bei den Verhandlungen auf Landesebene die Hauptauseinandersetzungspunkte sein dürften: der Geltungsbereich, Mischarbeit, Leistungskontrollen und Einkommenssicherung. – (elb)

VW SETZT FLEXIBILISIERUNG DURCH

Braunschweig. Mit dem VW-Manteltarifabschluß vom 18.7. ist die von Arbeitsdirektor Briam lange geforderte "flexible Jahresarbeitszeit" ein Stück weit durchgesetzt. Die Jahresarbeitszeit wird von 2080 auf 2008 Stunden gesenkt, das entspricht rechnerisch 38,6 Wochenstunden. Die "Verkürzung" soll durch neun Freischichten, verteilt auf sieben Abschnitte erfolgen. Gegen Briams Pläne hatten die VW-Vertrauensleute Werk Salzgitter am 5.3.83 festgestellt: "Die Belegschaft sei nicht bereit, sich je nach Produktionsanfall, in den Betrieb rufen oder nach Hause schicken zu lassen. Dies ... liefe dazu auf Leistungsverdichtung hinaus." – (hah)

3. In der Woche dürfen Arbeitnehmer nicht mehr als 5 Tage beschäftigt werden.

4. Arbeitnehmer dürfen zur Mehrarbeit nur bei unvorhergesehenen Ereignissen und nur mit ihrer Zustimmung herangezogen werden,

5. Der § 5 Abs. 2 der AZO, der das Zuendebedienen der Kundschaft bis zu einer halben Stunde regelt, ist auf 10 Minuten zu begrenzen.

Begründung (Auszüge)

Für den Einzelhandel ist festzustellen, daß Überstunden mittlerweile für die Unternehmen zu einem der wichtigsten Instrumente geworden sind,

- Arbeitsspitzen möglichst billig aufzufangen
- die Beschäftigten durch den Wechsel von Überstunden und Freizeit immer mehr variabel einzusetzen und damit feste Arbeitszeiten zu unterlaufen,
- durch Leistungsintensivierung Personalkosten einzusparen. (...)

Ein Verbot der Mehrarbeit im Rahmen einer neu gefaßten AZO mit konkret bezeichneten Ausnahmen, die sich auf betriebliche "Notsituationen" beziehen, ist deshalb unerlässlich.

Der vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte Novellierungsentwurf geht in genau die andere Richtung. Er enthält deutliche Verschlechterungen gegenüber der geltenden AZO.

Die wichtigsten Veränderungen bzw. Festlegungen sehen vor:

- die 48-Stunden-Woche bleibt bestehen, wie in der AZO von 1938,
- die tägliche Arbeitszeit kann durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder auch einzelvertragliche Regelung verlängert werden, unter bestimmten Voraussetzungen (Bereitschaftsdienst) bis zu 84 Stunden in der Woche, Ausnahmeregelungen der Gewerbeaufsichtsämter sollen nicht mehr notwendig sein, (...)
- für Sonn- und Feiertagsarbeit sind weitergehende Ausnahmen möglich, die nicht in Einzelfällen besonders genehmigt werden müssen (...)

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden.

(Ohne Gegenstimmen beschlossen auf der Landesbezirkskonferenz der HBV NRW in Gelsenkirchen, 24./25.5.84. Die Beschlüsse stehen auf dem Gewerkschaftstag am 4.-9. 11.84 zur Abstimmung)



Hannover. Der Hetze der Kapitalisten trug die CDU Rechnung bei der am 10.7.84 verabschiedeten Novellierung des Bildungsurlaubsgesetzes. Die Anspruchszeit und die Quoten pro Betrieb wurden gesenkt, der Teilnehmerkreis eingeschränkt. So stehen Auszubildenden nur noch 5 Tage während ihrer Ausbildungszeit zu. Aufgerechnet wird Bildungsurlaubsanspruch gegen anderweitige Freistellungen (z.B. nach dem BetrVG). Auf der DGB-Protestkundgebung wurde dies als Beitrag der CDU zur Wende angegriffen. – (edb)

Dokumentiert

**MANTELTARIFVERTRAG FÜR ARBEITER IN DER DRUCKINDUSTRIE
IN DER FASSUNG AB 1.1. 1979**

§ 3 Arbeitszeit

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden (1). Die wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf 5 Tage zu verteilen (2). Bestehende betriebliche Regelungen, wonach die Arbeitszeit auf 6 Tage verteilt ist, treten am 31. Dezember 1982 außer Kraft.

In Ausnahmefällen, in denen aus zwingenden Gründen (insbesondere wegen der Standort- oder Wettbewerbssituation) die Verteilung der Wochenarbeitszeit auf 5 Tage nicht möglich ist, kann die Arbeitszeit auch auf 6 Tage verteilt werden. Hierzu bedarf es einer Betriebsvereinbarung.

Arbeitszeitverteilungspläne über mehrere Wochen sind zulässig (3).

Durchführungsbestimmungen zu § 3

(1) Ist in einer Arbeitsordnung oder durch Betriebsvereinbarung eine kürzere Arbeitszeit festgelegt, gilt diese als betriebliche Arbeitszeit.

(2) Bei einer Verteilung der Arbeitszeit auf 5 Tage je Woche sollen die zwei arbeitsfreien Tage zusammenhängend gewährt werden. Bei Vorliegen betrieblicher Erfordernisse kann davon abgewichen werden.

(3) Die Arbeitszeit nach Ziffer 1 braucht nicht an allen Tagen einer Woche gleich zu sein. Die Arbeitszeit muß jedoch aufgrund eines vereinbarten Planes an den gleichen Tagen jeder Woche gleich sein; damit soll jedoch die Möglichkeit einer unterschiedlichen Verteilung der Arbeitszeit über eine Woche hinaus nicht ausgeschlossen sein, soweit dies aufgrund eines Planes betrieblich vereinbart ist.

Bei jeder Art von ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit in einer Woche darf an keinem Tag die Höchst-arbeitszeit von 10 Stunden überschritten werden. In keinem Fall darf die ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit ohne besonderen Grund erfolgen.

§ 10 Überstunden

1. Überstunden sind solche Arbeitsstunden, die über die nach § 3 vereinbarte tägliche Arbeitszeit hinausgehen (1). Sie sind soweit es nur irgend angängig ist, durch Einstellen von Arbeitslosen oder durch Einlegen von Schichten nach Maßgabe der betrieblichen und technischen Möglichkeiten im Benehmen mit dem Betriebsrat zu vermeiden.

Für die Anordnung von Überstunden gilt § 87 Abs. 1 Ziffer 3 und Abs. 2 BetrVG (2).

Bei Teilzeitbeschäftigten gelten diejenigen Arbeitsstunden als Überstunden, welche über die für den Betrieb oder die betreffende Abteilung geltende regelmäßige tägliche Arbeitszeit hinausgehen (§ 3 Ziffer 1).

2. Überstunden sind möglichst wechselseitig von den betreffenden Arbeitnehmern zu leisten, falls nicht wichtige Gründe entgegenstehen.

3. Bei Kurzarbeit sind...

§ 12 Kündigung

2. Aushilfsarbeiten sollen mindestens 2 Wochen und dürfen nicht länger als 4 Wochen andauern. In diesem Rahmen können befristete Arbeitsverträge oder eine Befristung bis zum Fertigstellen einer bestimmten Arbeit vereinbart werden. Die Aushilfe kann vertraglich um höchstens 2 Wochen verlängert werden, sofern die bestimmte Arbeit noch nicht fertiggestellt ist (3) (5). Für Einstellung auf Probe gelten die gleichen Bestimmungen (3).

§ 3 Arbeitszeit

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. Ab 1. April 1985 beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 38,5 Stunden (1, 2).

Die wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf 5 Tage zu verteilen (3).

In Ausnahmefällen, in denen aus zwingenden Gründen (insbesondere wegen der Standort- oder Wettbewerbssituation) die Verteilung der Wochenarbeitszeit auf 5 Tage nicht möglich ist, kann die Arbeitszeit auch auf 6 Tage verteilt werden. Hierzu bedarf es einer Betriebsvereinbarung. Arbeitszeitverteilungspläne über mehrere Wochen sind zulässig (4).

Durchführungsbestimmungen zu § 3:

(1) unverändert

(2) Die durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit entstehende Freizeit ist auf der Basis einer Quartals, Halbjahres- oder Jahresplanung, die jeweils rechtzeitig durch Betriebsvereinbarung zu regeln ist, wie folgt zu verteilen:

a) Verteilung gleichmäßig (ergibt 38,5 Stunden pro Woche) oder

b) bezahlte Freistellung in Stunden, verteilt auf die Arbeitswochen des Quartals, Halbjahres oder Jahres oder

c) bezahlte Freistellung in Tagen, verteilt auf die Arbeitswochen des Quartals, Halbjahres oder Jahres oder

d) Kombination aus b) bis c).

Bei den Alternativen b) bis d) sind die Auftragslage und Beschäftigungssituation des Betriebes vorrangig zu berücksichtigen.

(3) frühere Durchführungsbestimmung von (2) unverändert.

(4) Arbeitszeitverteilungspläne mit ungleichmäßiger Verteilung der Tages- und/oder Wochenarbeitszeit sind aus betrieblichen Gründen zulässig.

Jede abweichende Arbeitszeitverteilung ist durch Betriebsvereinbarung festzulegen.

Bei ungleichmäßiger Verteilung der Arbeitszeit auf einzelne Tage innerhalb der Woche muß sie, sofern die Wochenarbeitszeit gleichbleibend vereinbart wird, an den gleichen Tagen jeder Woche gleich sein.

Wird die Arbeitszeit über mehrere Wochen unterschiedlich verteilt, so ist die über die tarifliche Wochenarbeitszeit hinausgehende Zeit vorrangig durch volle freie Tage auszugleichen.

Bei jeder Art der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit darf an keinem Tag die Höchstarbeitszeit von zehn Stunden überschritten werden.

§ 10 Überstunden

3. Überstunden können in Geld oder Freizeit abgegolten werden.

§ 12 Kündigung

1. unverändert

2. Aushilfsarbeiten sollen mindestens zwei Wochen und dürfen nicht länger als drei Monate andauern (3) (5).

Soweit Arbeitnehmer mit oder ohne entsprechendem Entgelt-Fortzahlungsanspruch freigestellt sind oder ihr Arbeitsverhältnis ruht (z.B. Mutterschutz, Wehrdienst, Zivildienst u.a.), kann für die Dauer einer entsprechenden Freistellung oder des Ruhens des Arbeitsverhältnisses ein fest befristetes Aushilfs-Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden.

3. Die Einstellung auf Probe soll für mindestens zwei Wochen erfolgen und darf nicht länger als vier Wochen andauern (3).

"DIE STARRE ARBEITSZEIT IST TOT ..."

kommentiert die Kapitalisten-Zeitung "aktiv" vom 10. Juli 84 den neuen Manteltarifvertrag für die Druckbranche. Welche Möglichkeiten zur Flexibilisierung sich die Druckereibetriebe so geschaffen haben, sei hier durch ihre eigene Stellungnahme zum MTV zitiert (aus "aktiv" vom 10.7. 84):

Beltz-Rübelmann: "Es ist bedeutsam, daß uns für die Druckindustrie die maßgeschneiderte Flexibilisierung gelungen ist. Gerade in unserer Branche mit ihren zumeist 'tagesfrischen' Produkten ist die betriebliche Beweglichkeit unerlässlich. Die Anpassungsfähigkeit an den Markt ist durch die neue Tarifvereinbarung erheblich verbessert worden."

Aus "aktiv", S. 6: "Damit kann die neue Arbeitszeit im Sinne einer wesentlich verbesserten Beweglichkeit unterschiedlich verteilt werden ... Ein Beispiel: Hat eine Druckerei wenig Aufträge, kann sie an 36 Stunden in der Woche arbeiten lassen. In der Hochsaison geht die Wochenarbeitszeit dann auf 41 Stunden rauf. Das macht im Durchschnitt 38,5 Stunden."

Jetzt können die Betriebe endlich auf den unterschiedlichen Auftragsbestand reagieren. Das macht die Unternehmen flexibel und anpassungsfähig. Denn viele Druckereien müssen sich mit dem 'Saisongeschäft' herumschlagen. Da laufen die Maschinen heiß, an anderen Tagen ist kaum was zu tun. Bisher war es so: Egal, wieviel oder wie wenig Arbeit da war, die Mitarbeiter traten zum starren 8-Stunden-Dienst an. Das ist jetzt Vergangenheit: Die starre Arbeitszeit ist tot.

Der Manteltarif sieht vor: Bei einer ungleichmäßigen Verteilung über mehrere Wochen muß die wöchentliche Arbeitszeit (38,5 Stunden) im Durchschnitt erreicht werden, sie kann aber von Woche zu Woche unterschiedlich sein. Die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden darf an keinem Tag überschritten werden.

Was passiert nun mit der zusätzlichen Freizeit? Sie kann so verteilt werden:

1. Auf Basis einer Viertel-, Halb- oder Ganzjahresplanung (das ist jeweils durch eine Betriebsvereinbarung zu regeln), kann die zusätzliche Freizeit gleichmäßig verteilt werden. 2. Es kann bezahlte Freistellungen in Stunden oder in Tagen geben. Bei allem aber ist die Auftragslage und die Beschäftigungssituation des Betriebes vorrangig zu berücksichtigen."

Gerade durch die zuletzt unterstrichene Festlegung wird es sehr schwer werden, durch Betriebsvereinbarung eine regelmäßige Verkürzung der Arbeitszeit in der Woche oder am Tag bei gleichbleibenden täglichen Arbeitszeiten durchzukämpfen.

Effektivlohnentwicklung Druckindustrie

KAPITALISTEN BEZAHLEN SCHWERE ARBEIT NACH WIE VOR SCHLECHT

Aus den in den Schaubildern und der Tabelle dargestellten Entwicklungen der Effektivlöhne und Beschäftigung in der Druckindustrie von 1973 bis 1983 geht hervor:

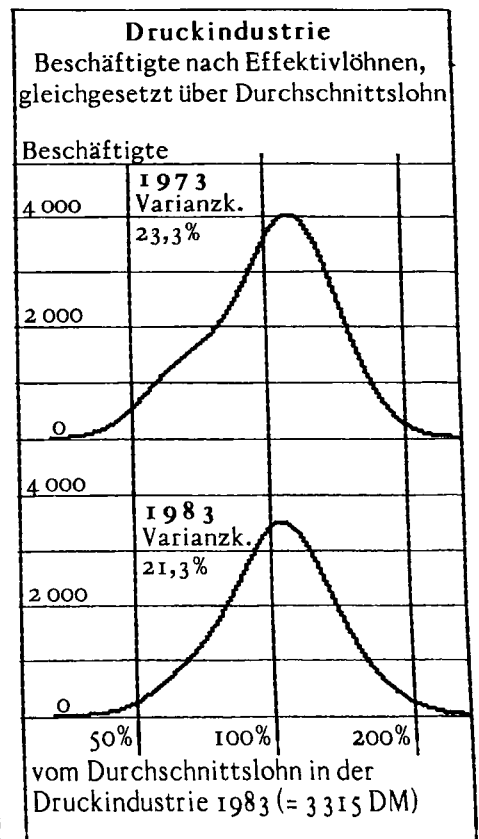
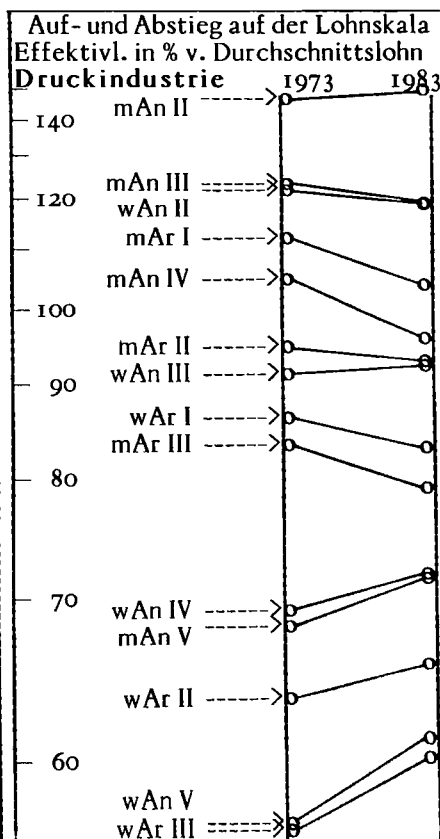
Die bedeutenden technischen Umwälzungen (Fotosatz etc.) haben die Kapitalisten veranlaßt, eine größere Zahl von qualifizierten Angestellten zu beschäftigen. Dagegen haben die Druckkapitalisten Facharbeiter ebenso wie ungelernte und angelernte Arbeiter in bedeutendem Umfang entlassen. Trotz der Versuche der IG Druck und Papier, die Stellung des männlichen Facharbeiters im oberen Bereich der Lohn- und Gehaltsskala zu sichern, konnten die Kapitalisten die Bezahlung dieser Arbeiter im Verhältnis zu den übrigen Arbeitern senken.

Die Lohnspreizung in der Druckindustrie scheint geringer geworden (der "Varianzkoeffizient" ist gesunken) und auch der Anteil der Beschäftigten, die weniger als 80% des Durchschnittslohns verdienen, ist von rd. 20% auf rd. 18% zurückgegangen. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, daß die IG Druck eine bedeutende Verbesserung der schlechtest

bezahlten Arbeiter hätte durchsetzen können, zumal die Elendslöhne für die wachsende Zahl von in Teilzeit oder unstet Beschäftigten gar nicht in die verwendete Statistik eingehen. Der Lohnabschluß - 3,3% ab 1.6. 1984 und 2% ab 1.4. 1985 - wird die Lage für die wenig verdienenden Arbeiter noch weiter verschlechtern. - (alk, nir)

Beschäftigte, Effektivlöhne

Leistungs- gruppe	Lohn 1973	Lohn 1983	Beschäftigte abs. 83	Ä. in %
mAn II	2 706	4 998	12 714	+14.6
mAn III	2 269	3 962	21 790	+26.3
wAn II	2 241	3 953	1 148	+18.7
mAr I	2 052	3 447	64 723	-25.2
mAn IV	1 915	3 182	3 523	-26.2
mAr II	1 736	3 083	26 315	-10.5
wAn III	1 670	3 064	8 700	+6.9
wAr I	1 580	2 758	3 402	+14.5
mAr III	1 528	2 624	5 708	-44.1
wAn IV	1 264	2 377	6 673	-24.2
mAn V	1 243	2 367	268	-46.9
wAr II	1 160	2 169	12 959	-37.8
wAn V	1 043	2 026	1 417	-22.8
wAr III	1 039	1 992	5 309	-55.7



Zur Erläuterung: m – männlich; w – weiblich; An – Angestellte: II, in verantwortlicher Tätigkeit; III, mit besonderen Fachkenntnissen; IV, einfache Tätigkeit mit Berufsausbildung; V, ungelernte Tätigkeit; Ar – Arbeiter: I, Facharbeiter; II angelernte; III ungelernte Arbeiter. – Quelle: Fachserie 16, 2.1. und 2.2. des Statistischen Bundesamtes.

"Böse" Reiche machen krumme Geschäfte, und "gute" Reiche?**"GEGEN JEDE
CHANCE"**

Wer kontrolliert halb Los Angeles? Die sagenhaft reiche und, wie der Zuschauer des Kinofilms "Gegen jede Chance" bald erfährt, auch ziemlich bösartige Familie Wyler. Diese Familie vermehrt ihren Reichtum insbesondere durch Grundstücksgeschäfte, nebenbei aber auch durch die Ausbeutung eines Footballspielervereins. Der auf "sympathisch" zurechtgemachte Terry, einer der Starspieler des Vereins, wird von den Wylers entlassen, weil seine Schulter hinüber und er folglich als Footballspieler nicht mehr zu gebrauchen ist. Bald muß Terry feststellen, daß auch sein früherer Anwalt ihm nicht mehr helfen will: er arbeitet jetzt für Miss Wyler. Da wird Terry eines Abends von einem gefährlich aussehenden Schwarzen aufgefordert, den zwielichtigen Barbesitzer Jack Wise aufzusuchen. Diesem Jack sieht man sofort an, was man von ihm zu halten hat: südländischer Typ, verkniffenes Gesicht, dazu humpelnd, weil ihm seine frühere Freundin Jessie mit dem Messer zwischen die Beine gestochen hat. Jack weiß, daß Terry in der Klemme sitzt, und bietet ihm 10.000 Dollar, wenn er sich auf die Suche nach eben dieser Jessie macht. Terry lehnt erst empört ab, macht sich dann aber nach doch auf die Suche. Irgendwo in Mexiko findet er Jessie. Beide verlieben sich ziemlich schnell ineinander. Terry tut gegenüber dem ständig anrufenden Jack so, als habe er Jessie immer noch nicht gefunden, und verbringt mit dieser fröhliche Wochen. Dabei erfährt der Zuschauer, als sei der tragischen Verwicklung noch nicht genug, daß Jessie nicht nur vor Jack, sondern auch vor ihrer Mutter geflohen ist (was sie freilich nicht davon abhält, sich von dieser den Aufenthalt in Mexiko finanzieren zu lassen). Die Mutter ist – Miss Wyler. Bis zu diesem Zeitpunkt ist schon ungefähr der halbe Film gelaufen, und was dann kommt, ist genauso blöde. Das Liebespaar



Der Familienboß der Wylers und einer seiner Handlanger auf dem Footballplatz

wird von einem Späher des mißtrauischen Jack aufgespürt, Jessie erschießt diesen und haut ab. Terry findet sie erst Wochen später – wieder in den Armen von Jack, der anscheinend weiß, daß sie seinen Späher umgebracht hat. Zusätzlich stellt sich noch heraus, daß Jack Buchmacher ist und sein Geld insbesondere durch Annahme von Wetten auf den Verein verdient hat, in dem Terry gespielt hat. Durch Bestechung der Spieler und des Trainers wußte Jack dabei stets zu gewinnen. Auch Terry hat einmal Geld genommen, so daß er nun kuschen muß und Jessie bei Jack bleibt. Irgendwie vermischt sich dieses Durcheinander wieder mit den Geschäften der Familie Wyler, bis sich am Ende herausstellt: Auch Jack arbeitet für die Familie Wyler! Diese Enthüllung gibt der Handlung endlich einen Sinn und einen dramatischen Schluß dazu. Terry entdeckt die Zusammenhänge, und bei einem Treffen zwischen ihm, Jessie, Jack, Boß Wyler

und dessen Leibwächter entscheidet sich Jessie endgültig für ihn und gegen Jack. Bei dieser Gelegenheit bringt sie Jack gleich auch noch um, selbstverständlich in höchster Not, als dieser nämlich Terry umlegen will. Bei einer Tochter aus so guter Familie machen aber auch zwei Morde nichts: Der Film endet mit einem hoffnungsvollen Austausch von Blicken zwischen Terry und Jessie, die nun "gute Anwälte" hat und also wohl bald in Terrys Armen sein wird.

Angekündigt wird diese sterbenslangweilige Geschichte als ein Film über "Sex, Macht und Moneten", eine Art Konsalik auf US-amerikanisch. Genauso ist auch die Charakterisierung der "Bösen". Diese sind deshalb böse, weil sie mit Bestechungen, Erpressungen usw. arbeiten, also krumme Geschäfte machen, statt sich, wie sich das gehört, an der Ausbeutung von Lohnarbeitern zu bereichern und damit zufrieden zu sein. – (rül)

**POLITISCHE
VERFOLGUNG**

Empfehlenswert ist das Buch, das von dem Rechtsanwalt Hannover und dem Schriftsteller Wallraff erarbeitet wurde. Im ersten Teil verfolgt Hannover Fälle, in denen Standrichter noch unmittelbar vor der militärischen Niederlage der deutschen Faschisten Todesurteile fällten. Er untersucht ihre ungebrochene Karriere in der BRD und dokumentiert, wie in den wenigen Fällen, in denen solche Blutrichter angeklagt wurden, die Prozesse mit der nochmaligen Verurteilung der Menschen, die Widerstand leisteten, und mit der Rechtfertigung ihrer Henker endeten. Er sucht nachzuweisen, daß der Justizapparat aufgrund der von Beamten geforderten Eigenschaften jeder Regierung, solange sie kapitalistisch ist, "jederzeit Gewähr" bietet, daß er ihre Politik ohne eigene Prüfung, was Recht und Unrecht ist, sichert. Im zweiten Teil klärt Wallraff über Fälle von Berufsverboten und von Kämpfen der Familien von Opfern des faschistischen Terrors auf. Anders als Hannover, der zu dem wohlherwogenen Schluß kommt, daß heute eine Sozialisierung nicht ohne Gewalt durchzuführen sei, stellt er bloß den Anspruch der Verfassung gegen die Verfassungswirklichkeit. (Heinrich Hannover/ Günter Wallraff, Die unheimliche Republik, Politische Verfolgung in der BRD, rororo 7836, 7,80 DM – anl)

**EIN SOLDAT
WIE IM BUCHE**

Die Biografie des General Oster, eines Offiziers aus bürgerlichem Hause, der als Offizier der Abwehr seit Mitte der 30er Jahre an Umsturzplänen gegen Hitler gearbeitet hat, gewährt Einsichten darin, was die Männer des sogenannten militärischen Widerstandes umgetrieben hat. Sie waren nicht gegen die gewaltsame Vergrößerung Deutschlands, vielmehr gegen den "Wahnsinn" Hitlers, nach den Erfahrungen des 1. Weltkrieges erneut einen Zweifrontenkrieg zu eröffnen. Das unsoldatische, bestialische

Wüten von SS und Sicherheitsdienst brachte sie weiter gegen das Regime auf. Nein, diesem für Deutschland verderblichen Treiben mußte ein Ende gesetzt werden. Berufen dazu war die "militärische Elite", also die Führung der Wehrmacht. Die verschiedenen Putschpläne zielten immer auf Übernahme der Macht durch das Militär, weshalb auch immer Befehlshaber gewonnen werden mußten, die mit "ihren" Divisionen bereitstanden. Die Umsturzchancen wechselten mit dem Kriegsverlauf: Vor abenteuerlichen Kriegszügen Hitlers, etwa der Westoffensive 1939, waren etliche Generäle für die Ausschaltung des Oberbefehlshabers, nach dem Blitzkrieg jedoch staunten sie nur. "Schlappe Generale" urteilten die Oster-Leute, die sich nicht von Anfangssiegen blenden ließen. Vom Hochverrat steigerte sich Oster schließlich zum Landesverrat, indem er den Feind vor drohenden Angriffen warnte. An den Vorbereitungen zum 20. Juli 1944 konnte er sich nicht mehr beteiligen, wurde aber dennoch verhaftet und hingerichtet. Was bleibt, ist das Bild eines mutigen, "unpolitischen" Offiziers, dem "Recht" und "Ordnung" über alles geht und der in seinem letzten Brief für den eigenen Sohn nur wünschen kann, er möge in Stalingrad einen "anständigen Helden" gestorben sein. (Graf von Thun-Hohenstein: Der Verschwörer, dtv 10291, 12,80 DM – jok)

DIE DEMAGOGIE DER FASCHISTEN

Reinhard Opitz hatte in einem 1983 veröffentlichten Aufsatz "Zur gegenwärtigen Diskussion um Faschismus und Neofaschismus" die Feststellung getroffen: "Nur wenn das faschistische Demagogiemuster geschichtlich und empirisch konkret rekonstruiert wird, kann es – wie die Entstehungsbedingungen und die Entwicklung des Faschismus als Bewegung – wirklich begriffen werden." Er wies daraufhin hin, daß die gering verbreitete Kenntnis der Entstehungs- und Frühgeschichte des deutschen Na-

tionalsozialismus zur Folge hatte, daß die vom internationalen Neofaschismus für den heutigen Gebrauch entwickelte Neuauflage der völkischen Ideologie kaum irgendwo in der Linken sofort als solche wiedererkannt wurde und sie mit ihren Zentralbegriffen in diesen Kreis eindringen konnte. In dem Band "Faschismus und Neofaschismus" zeichnet O. die Entwicklung und Organisation dieser "völkischen Sozialismusdemagogie" im Detail nach. Das Ziel dieser von Ideologen des deutschen Imperialismus ausgearbeiteten Demagogie war, Sozialdarwinismus, Rassismus und Antisemitismus in der Bevölkerung zu verbreiten, um politisch eine geschlossene Nation anzustreben, mit der im Innern die Feinde gegen die imperialistische Expansion und der äußere Feind vernichtet werden konnten. Gründung und Ausbau der NSDAP waren das Werk dieser Ideologen, insbesondere der "Thule-Gesellschaft". Opitz weist u.a. nach, daß der "sozialistische" Strasser-Flügel in der NSDAP eine Legende ist, mit der gerade heute "nationalrevolutionäre" Neonazis arbeiten, um Anhänger für einen "nationalen Sozialismus" besonders auch im Bereich der Grünen und Alternativen zu gewinnen. Dieser angeblich antikapitalistische Strasser-Flügel forderte "die weitgehende Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit ... unter Beibehaltung des privatwirtschaftlichen Betriebssystems ..." Vorgehen war eine Belegschaftsbeteiligung von 10% bei einem 49- bzw. 51%igen Unternehmeranteil und mehr als 30%igen Staatsanteil, des Staates der "nationalen Diktatur", den die Monopolkapitalisten zur Kriegsführung durchsetzen wollten. Opitz faßt zusammen: "Fliegenleimkonzept gerade der großen Konzerne, das die Arbeiter fest an sie binden soll." – Das Buch ist ein wichtiger Beitrag für die bessere Bekämpfung der Demagogie der Neofaschisten. (Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Verlag Marxistische Blätter, 1984, 16,80 DM – gba)

Zwillingsforschung

ERBBILOGISCHE RECHTFERTIGUNGEN FÜR RASSISMUS

Entscheidender Stützpfeiler der bürgerlichen Begabungstheorie ist seit den 20er Jahren die Zwillingsforschung. Beweisen soll sie, daß Intelligenz, "Begabung" genetisch bedingt ist, also fast ausschließlich (die Zahl von 80% kursiert in den meisten "Forschungen") vererbt wird. Der "Kampf ums Dasein" läßt angeblich nur die Tüchtigsten überleben. Der Einfluß äußerer Einflüsse (Umwelt) wird als gering behauptet.

Der faschistische Erbbiologe Lotze dazu 1937: Die Zwillingsforschung "führt aber unmittelbar an die Grundfrage alles Menschlichen heran, an die Frage, was und wieviel am Menschen durch die Kräfte des Erbgutes gegeben ist und was äußere Einflüsse an dem wesensmäßig gegebenen Kern formen können". Bevor überhaupt irgendwelche gesicherten Erkenntnisse der Zwillingsforschung vorhanden waren, war für diese Sorte Forscher schon wahr, daß das "Erbgut" "den" Menschen entscheidend prägt. Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft und zwischen einzelnen Völkern seien naturbedingt, d.h. fast ausschließlich genetisch bedingt.

Prof. Mohr (Universität Freiburg) stützt sich ebenfalls auf die Ergebnisse der Zwillingsforschung und zitiert zustimmend den reaktionären Begabungstheoretiker Jensen, der von einem "Mißbrauch der Vererbungslehre" durch den Faschismus spricht, gleichzeitig diesen "Mißbrauch" aber dadurch rechtfertigt, "daß historisches Unglück uns (nicht) von der Notwendigkeit abbringen sollte ... fest(zu)stellen, wie die Dinge sich tatsächlich verhalten", um dann "in der Praxis das beste daraus zu machen – das beste für den individuellen Menschen".

Die Zwillingsforschung dient Mohr als "Beweis", daß z.B. der Kampf für eine Verbesserung des Schulsystems "ein wahrhaft barbarisches Projekt mit dem Ziel einer geistig und seelisch eingeebneten, trostlosen Welt ohne die Akzente höherer Kultur" sei. "Ist das Prinzip der Chancengerechtigkeit noch gewahrt, wenn in einer Klasse von dreißig Schülern der begabte geduldig warten soll, bis die mittelmäßigen das Klassenziel erreicht haben?" Kein Mensch könne "über seinen genetischen Schatten springen". So liefert er erbbiologische Rechtfertigungen für dreigliedriges Schulsystem und Eliteschulen.

80% der Intelligenz seien vererbt, behauptet Mohr und führt die Zwillingsforschung an, die bei eineiigen Zwillingen (EZ) größere Übereinstimmungen als bei zweieiigen (ZZ) bezüglich des Intelligenzquotienten (IQ) erbracht hat. Diese Ergebnisse werden von ihm ausschließlich auf genetische Faktoren reduziert. Bewiesen ist aber, daß bei EZ nicht nur eine gleiche Erbstruktur vorliegt, sondern auch, daß die äußeren Lebensbedingungen (Umwelt) bei ZZ stets differenter sind als bei EZ. Untersuchungen von Schulleistungen haben wesentlich geringere Unterschiede des IQ bei EZ und ZZ ergeben. In den meisten Untersuchungen von Zwillingen tauchen nur grobe Klassifizierungen, "Globaldaten" auf; wie es zu den Ergebnissen kam, bleibt meist im Dunkeln. Kritische Untersuchungen von seit früherster Kindheit getrennt lebenden EZ haben ergeben, daß deren IQ erheblich höher ist als bei gemeinsam aufgewachsenen EZ: So wiesen z.B. die IQs einer Lehrerin und ihrer Zwillingschwester (Arbeiterin) ein Verhältnis von 116:92 auf.

Mohr stützt sich zudem vorwiegend auf den englischen Erbbiologen Burt, und zwar zu einem Zeitpunkt, als längst bewiesen war, daß dessen Forschungsergebnisse, die eine hohe Übereinstimmung des IQ von EZ aufwiesen, gefälscht waren; 80% der von ihm angeblich untersuchten EZ existierten gar nicht.

Die Zwillingsforschung erlaubt bis heute keine Aussagen über den Anteil von genetischen und Umweltfaktoren auf die Ausprägung bestimmter psychischer Merkmale; unbe-

streitbar ist, daß über Vererbung bestimmte Anlagen weitergegeben werden. Zudem behaupten alle Erbbiologen, daß sich Intelligenz usw. durchgängig von den Eltern auf die Kinder, auf deren Kinder usw. vererbt. Für solche Behauptungen gibt es keinerlei Beweise.

Welche praktischen Schlußfolgerungen Mohr zieht, sei noch an folgendem dargestellt: "Die Kriege ... führen zu einer künstlichen Selektion, die im allgemeinen als eine extrem negative Selektion, als eine Gegenauslese schlimmsten Ausmaßes, angesehen werden muß, weil in den modernen Kriegen häufig die besten Genkombinationen einer Population zugrunde gehen. Es sei nur daran erinnert, wie zu Beginn des ersten Weltkrieges große Teile der damaligen akademischen Jugend innerhalb einiger Monate sinnlos vernichtet wurden."

Also: Züchtung von Kreuzungen zwischen Affen und Menschen mit "minderwertigen Genen" zu Arbeitstieren, die auch für Kriege geeignet sind? Schaffung des "nordischen" Menschen durch Kreuzung von "starken" und "intelligenten" Genen?

Quellenhinweis: H. Mohr, Wissenschaft und menschliche Existenz, 1967; ders., Gleichheit und Ungleichheit – biologisch gesehen; ders., Erbgut und Umwelt, aus der Sicht des Entwicklungsbiologen; M. Billig, Die rassistische Internationale, 1980; W. Friedrich, Zur Kritik bürgerlicher Begabtheorien, 1980 – (ulb)

88. Deutscher Katholikentag

DIE AMTSKIRCHE SIEGT NICHT AUF GANZER LINIE

Während jeder Gegner der westdeutschen Regierungspolitik vermuten wird, daß die CDU-CSU-FDP-Regierung einem Berufskatholiken das Herz im Leibe lachen lassen müßte, geben sich die Organisatoren des 88. Katholikentages, der vom 4. bis 8. Juli in München stattfand, skeptisch. Skeptisch in der Einschätzung der Bewußtseinslage in Westdeutschland und skeptisch hinsichtlich des Einflusses, den der organisierte Katholizismus habe. Die Zeitschrift "Weltbild", eine Zweiwochenschrift, die in der Bischofsstadt Augsburg erscheint und katholischerseits ein Gegengewicht gegen den weltlichen Programmzeitschriften- und Illustriertenmarkt zu bieten versucht, hat zur Einstimmung auf den Kirchentag ein Interview mit führenden Berufskatholiken geführt. Thema: "Kirche ohne Zukunft?" Natürlich geht die Sache gut aus, man äußert sich zum Schluß des Gesprächs allgemein zuversichtlich. Aber vorher werden bemerkenswerte Ansichten geäußert.

So erklärt Karl Wuchterl, Präses des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend: "Wir haben immer noch nicht akzeptiert, daß die Christen in der Bundesrepublik eine Minderheit geworden sind." Der Jesuit Prof. Bleistein, Chefredakteur der Ordenszeitschrift "Stimmen der Zeit", gibt zu bedenken: "1977 wurde bei einer Umfrage festgestellt, daß nur noch 15 Prozent der Familien ihre Kinder in der überkommenen Weise religiös erziehen. Die alte Allianz zwischen Kirche und Familie existiert nicht mehr ... Wenn die früher gängige Allianz zwischen Kirche und Familie wieder funktionieren würde, wäre viel gewonnen." Man ist in dem Interview auch recht offen, daß die Ablehnung der Familienplanung durch den Heiligen Stuhl der Kirche den Einfluß auf viele Katholiken entzogen hätte. Da müsse was geschehen, und gute Prediger müsse man wieder haben, "die eine Kirche füllen" (Dr. Henrich, Leiter der Katholische Akademie in Bayern).

Damit scheint festzustehen, daß die katholische Kirche vor und nach dem Bonner Regierungswechsel keinen Rückenwind zu spüren bekommen hat. Die Hoffnungen der CSU- und CDU-Wähler sind eher weltlicher Natur, in schwarzen Zahlen ausdrückbar. Will der Klerus die Orientierung an überzeitlich-jenseitigen Werten verstärken,

muß er das selbst zustandebringen. Entsprechend wurde das Motto des diesjährigen Kirchentages gewählt: "Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt." Es ist ein Zitat von Pater Alfred Delp, der 1944 in München von der Gestapo verhaftet und getötet wurde. Damit hat das Katholikentagsmotto zunächst einmal eine moralische Autorität: in höchster irdischer Not hat einer auf Gott vertraut, also können das alle tun. So steht die Kirche zugleich als antifaschistische Kraft da, der sich insbesondere die kritische und besorgte Jugend getrost anvertrauen kann.

Auf diese Weise wurde der Boden geschaffen für die ideologische Ausrichtung der zahlreichen Katholikentagsbesucher und via Funk, Presse, Fernsehen der noch zahlreicheren Bevölkerung. Diese propagandistische Funktion ist die Hauptaufgabe des Katholikentags. Katholikentage werden seit 1848 als "Generalversammlungen der deutschen Katholiken" abgehalten. Sie wurden schnell zu "Protestaktionen gegen den kirchenfeindlichen Nationalismus und Abwehrveranstaltungen zur Erhaltung der christlichen Kultur" (Lexikon für Theologie und Kirche, Freiburg 1961). Sie sind Zentren des politischen Katholizismus, veranstaltet vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, nicht etwa von der Bischofskonferenz. Sie sind Treffpunkt der katholischen Verbände, auf denen diese Verbände auch den Vorsitzenden der "Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands" wählen.

Im Mittelpunkt der ideologischen Auseinandersetzung stand in München ein Streitpunkt, bei dem die Amtskirche unzufrieden mit der amtierenden Regierung ist: der § 218. Er stand nicht so sehr im Mittelpunkt der Veranstaltungen – das Programm war breit gefächert. Die Abtreibungsfrage wurde vielmehr vor allem in den Publikationen und Abschlusßerklärungen hervorgehoben. Einiges Material hierzu:

In der "Illustrierten zum 88. deutschen Katholikentag", auf der eine strahlende Mutter mit etwa halbjährigem Baby vor dem Bauch das Titelbild zierte, ist kein Artikel zum Thema Abtreibung enthalten, nur eine Reportage aus dem "Haus der Familie" in München mit einem "Hilfsprogramm für werdende Mütter und Väter". Auffällig sind aber vor allem Artikel zum Frieden, zu Afrika, zum antifaschistischen Widerstand, zu Computern.

In der Vorab-Broschüre des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die im Mai vertrieben wurde, heißt es in Punkt 4 u.a.: "Helft Leben fördern und schützen! Diese Botschaft ist sehr konkret. Sie richtet sich auf den Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens ... Es muß Schluß gemacht werden mit der skandalösen Praxis, daß Zehntausende von ungeborenen Kindern nach einer Notlagenindikation getötet werden, die nur zu oft Leben aus Beliebigkeitsgründen zur Disposition stellt. Dies ist ein Skandal für den sozialen Rechtsstaat. Dies ist auch beschämend für eine Kulturnation." Das ist einer von sieben Gliederungspunkten.

Bei der Hauptkundgebung am letzten Tag der Veranstaltung führt der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, sieben Interpretationen des Spruchs "Wähle das Leben" aus. Erstens fragt er: "Müssen nicht die Christen vorangehen, wenn es gilt, das angstvolle Abenteuer des Lebens zu bestehen und in Hoffnung zu verwandeln?" Zweitens verlangt er "ein neues Bewußtsein für unsere Umwelt". Drittens ruft er aus: "Wähle das Leben: das heißt besserer Schutz des ungeborenen Lebens, Einhaltung wenigstens der bestehenden Gesetze, auch wenn sie unzureichend sind, unbedingte Achtung vor der Unantastbarkeit des Lebens, großzügige Hilfen für Mütter und Kinder. Daß Jahr für Jahr Hunderttausende von ungeborenen Kindern in unserem Land getötet werden, ist ein Skandal. Ein Volk, das sich darüber nicht mehr empört, ist verloren. Diese Kinder sind – weiß Gott – die Schwächsten ... Nur wer diese Kinder nicht vergißt, darf über Robbenbabys schreien!" Seine weiteren Punkte behandeln Arbeitslosigkeit; Familie; ungerechte Gewalt in aller Welt; "Recht und Freiheit für unser eigenes Vaterland".

Man sieht, Unterschiede zum Vorab-Programm vom Fe-

bruar sind vorhanden. Die angegebene Zahl von Abtreibungen hat sich verzehnfacht, der Ton ist herzergreifend-pathetisch geworden; gleichzeitig ist die Forderung nach Gesetzesänderung verschwunden. Vorangegangen war auf dem Katholikentag, wie ja in der bürgerlichen Publizistik breit berichtet, der Angriff von Familienminister Geißler auf "Pro Familia" wegen deren mangelnder Begeisterung über die neue Bundesstiftung "Mutter und Kind". Geißler ist für "besseren Schutz des ungeborenen Lebens" eingetreten, auch in einer Fernsehdiskussion mit Pro Familia ein paar Tage später, ohne eine Gesetzesverschärfung in Aussicht zu stellen. Maier war's zufrieden, wie aus seiner Schlußerklärung hervorgeht.

So ist das Ergebnis erreicht, den Abtreibungsparagraphen erneut in die öffentliche Diskussion gebracht zu haben. Nicht erreicht ist das Ziel des politischen Katholizismus, die gesetzliche Regelung der sozialen Notlagenindikation zu revidieren. Zu dieser Schmälerung des politischen Erfolgs hat zum einen die Frauenbewegung beigetragen; zum andern, und teilweise in Verbindung mit ihr, hat auf dem Kirchentag selbst die Initiative "Kirche von unten" beigetragen, vertreten durch ihre Sprecherin Mariele Schulze-Berndt.

Diese Initiative arbeitet lose organisiert seit dem Katholikentag 1980 in Westberlin. Sie ist ein Zusammenschluß zahlreicher Gruppen, z.B. der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., der Christen für den Sozialismus ... Zur Vorbereitung des Katholikentages hat die Initiative "Kirche von unten" eine Broschüre herausgebracht mit einem Umfang von 90 eng bedruckten Seiten. Sie enthält Beschlüsse und Artikel und ermöglicht den teilnehmenden Gruppen sich vorzustellen. Neben einem Beschluß zu "Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem", in dem festgestellt wird, die Massenarbeitslosigkeit sei "das Ergebnis des kapitalistischen Systems selbst, in das die Bundesrepublik eingebettet ist", und einer "Information über die Kampagne gegen den Rüstungsexport der BRD" enthält die Broschüre eine scharfe Polemik gegen den Amtskirchenstandpunkt in

Sachen Paragraph 218, verfaßt vom Komitee Christenrechte in der Kirche, Tübingen.

Nach der Feststellung, daß es trotz der unzulänglichen derzeitigen Rechtslage "in der feministischen Szene merkwürdig ruhig um den § 218" geworden sei, wird die 1982 von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken gegründete Initiative "Wähle das Leben" angegriffen: "Was uns ... beunruhigt, ist die wachsende Tendenz, ungewollt schwangere Frauen, die sich nicht in der Lage sehen, die Verantwortung für ein Kind zu übernehmen, in erschreckendem Maße zu kriminalisieren. ... Das Wort vom Kinder-Holocaust macht die Runde ... Wie kann man eine Frau, die durch eine ungewollte Schwangerschaft in Not geraten ist, mit einem KZ-Scherzen vergleichen?" Als Beleg wird ein Artikel aus der "Münsteraner Kirchenzeitung" (23.1.1983) abgedruckt, in dem es heißt: "Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ich-Sucht wie etwa heute vielfach bei der Abtreibung."

In der katholischen Presse ist die Existenz der Initiative "Kirche von unten" nicht verschwiegen worden, in der weltlichen Presse ist teilweise bemängelt worden, daß sie nicht ins offizielle Veranstaltungsprogramm integriert wurde. Die katholische Nachrichtenagentur meldete am 7. Juli, die Initiative finde "nicht mehr die Aufmerksamkeit früherer Katholikentage, auch nicht in den Medien". Aber zu einer Abschlußdiskussion im Bayerischen Fernsehen wurde Frau Schulze-Berndt eingeladen, und um sie ging vor allem die Diskussion.

Es ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß sowohl von Seiten der reaktionären Amtskirche wie von Seiten kritisch-katholischer Gruppen Kritik am Regierungskurs besteht, daß die katholischen Verbände bei ihrer Wahl des Vorsitzenden den familienpolitischen Referenten im Bundesministerium für Familie und Gesundheit, Heinrich Sudmann, durchfallen ließen und statt seiner die Vizepräsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Resi König, wählten. Jedoch wurde Sudmann Vizepräsident. – (mfr, jüt, ulh)

FOTOGRAFIE



Kurdische Tanzgruppe auf der Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Stuttgart, 17.3.84 – hpk, Stuttgart.

Westdeutsche Politiker zum ersten Weltkrieg**VERSUCHE, DEN AGGRESSIVEN CHARAKTER DER EUROPA-PLÄNE DER BRD-IMPERIALISTEN ZU VERBERGEN**

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterand haben mitgeteilt, daß sie sich im Herbst dieses Jahres auf den Schlachtfeldern von Verdun treffen wollen, um "der Toten" des ersten Weltkrieges zu gedenken. Bundeskanzler Kohl nutzte die Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an den ehemaligen Bundespräsidenten Carstens, um zu erläutern, welche Geschichtslügen zumindest die westdeutsche Reaktion aus Anlaß dieses Gedenken verbreiten und festigen will:

"Es waren ja in Wahrheit europäische Bruderkriege, und wenn wir — ich empfinde dies als persönliches Glück — im Herbst dieses Jahres, der Präsident der Französischen Republik und der deutsche Bundeskanzler, uns in Verdun treffen, um der Toten dieser Kriege zu gedenken, dann mag dies symbolisch sein für die Überwindung von Haß und Zwietracht zwischen Deutschland und Frankreich, aber auch zwischen europäischen Völkern.

Der sicherste Weg, Geschichte, geschichtliche Lektionen zu begreifen, ist die Einigung Europas. Dafür setzen wir uns in Deutschland in der großen Mehrheit unseres Volkes seit 1945 mit unserer ganzen geistigen und moralischen, wirtschaftlichen und politischen Kraft ein." (1)

Kohl wiederholt die sattem bekannten Behauptungen, daß erstens die Vereinigung der europäischen Staaten in der EG eine der Grundbedingungen des "Friedens" in Europa sei und daß zweitens ernstzunehmende Maßnahmen für diese Einigung von seiten des deutschen Staates erst seit 1945 eingeleitet worden sind. Kohl behauptet, es gebe einen Bruch zwischen der aggressiven und expansiven europäischen Politik der deutschen Imperialisten und der Europa-Politik der westdeutschen Imperialisten. Zugleich bemüht er sich, jede Verantwortung für die verheerenden Folgen, die das Expansionsstreben der deutschen Imperialisten in zwei Weltkriegen für die Völker Europas hatte, von sich zu weisen. Mit der Kennzeichnung als "europäische Bruderkriege" teilt er zumindest allen Beteiligten gleiche Verantwortung zu und umgeht die Beantwortung der Frage, wer die kriegstreibenden Mächte mindestens in den letzten beiden Weltkriegen waren.

An anderer Stelle ist Kohl deutlicher, da leugnet er schlicht die Verantwortung des deutschen Reiches für den ersten Weltkrieg: Nach seiner Überzeugung gelte auf jeden Fall für

den ersten Weltkrieg, daß das Deutsche Reich keine "angreifende Macht" war. Während einer Pressekonferenz am 6. Juli 1983 in Moskau erklärte Kohl, die Geschichtsforschung sei über diese vereinfachte Fragestellung "längst hinweg". (2) Gestehen westdeutsche Politiker noch ein, daß der zweite Weltkrieg durch das Expansionsstreben, wenn schon nicht der deutschen Imperialisten, so doch zumindest des "Hitler-Faschismus" ausgelöst wurde, so ist die regierungsoffizielle Propaganda über den ersten Weltkrieg dadurch gekennzeichnet, daß die kriegstreibende Rolle des deutschen Reiches schlicht geleugnet wird.

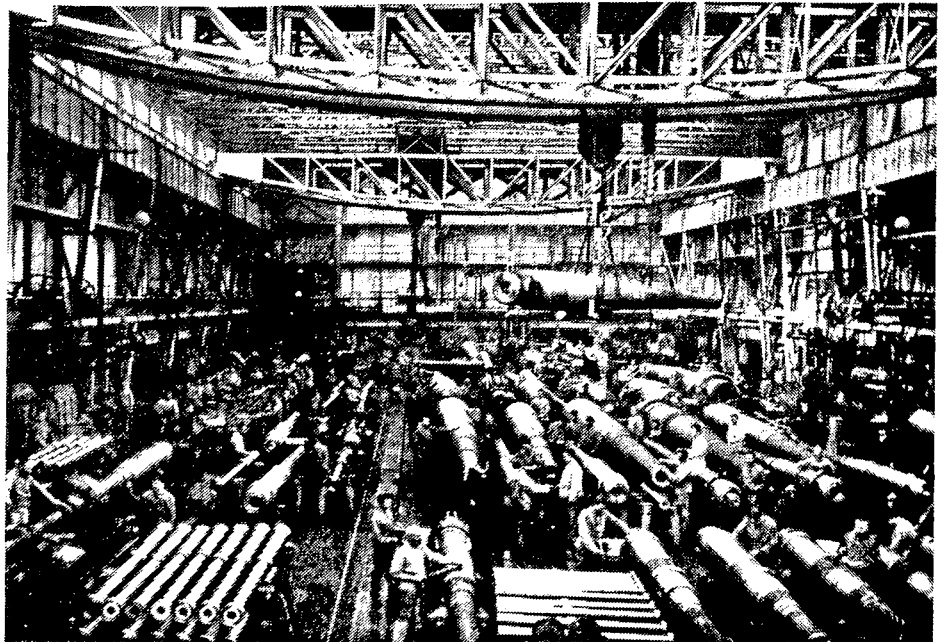
Die deutschen Imperialisten: "Rohstoffe, Absatzmärkte ..."

Tatsächlich unternahmen die deutschen Imperialisten mit dem ersten Weltkrieg den Versuch, Kontinental-Europa unter ihrer Vorherrschaft zu

aus diesen für sie beengenden Konkurrenzbedingungen sahen sie die Möglichkeit, ihre strategische Basis in Europa zu erweitern, um gegenüber den beiden Hauptkonkurrenten in der ganzen Welt aufzutumpfen zu können.

Im Januar 1912 faßte im "Berliner Börsen Courier" der dem Bund der Industriellen nahestehende Kurt von Mangoldt die Anforderungen der deutschen Kapitalisten an die "auswärtige Politik" wie folgt zusammen und begründete dort die Notwendigkeit eines "zentraleuropäischen Zollvereins":

"Was brauchen wir eigentlich? Wir brauchen wirtschaftlich den möglichst ungehinderten Bezug der notwendigen Rohstoffe und andererseits Absatzmärkte für unsere Fertigprodukte. In beiden Richtungen werden aber, so wenig man auch eigene koloniale Erwerbungen gering schätzen soll, für jede absehbare Zeit andere Länder doch weit wichtiger für uns sein ... Das, was vor al-



Kanonenproduktion bei Krupp im Jahre 1910. Mit einem großen Rüstungsprogramm bereiteten die deutschen Imperialisten ihren Feldzug vor.

einigen. Den deutschen Imperialisten war das Reich als Basis für weitere Expansion zu klein geworden. Vor dem ersten Weltkrieg hatten sie den zweiten Platz als Handelsmacht nach Großbritannien und vor den USA erobert, verfügten jedoch weder wie die USA über ein entsprechend großes eigenes Territorium noch wie Großbritannien über ein großes Kolonialreich. Bei ihren Expansionsbestrebungen mußten die deutschen Imperialisten in der ganzen Welt mit diesen beiden Mächten konkurrieren. Als Ausweg

lem zu erstreben wäre, wäre eine Zollunion mit Österreich-Ungarn ... An dieses große einheitliche Gebilde wären sodann nach Möglichkeiten die Balkanstaaten sowohl durch feste politische Bündnisse wie ebenfalls durch Zollunion anzugliedern, seine fernere Haupterweiterung aber hätte der Plan zu erfahren durch Hinzutritt der Türkei." Dazu gehören sollten zudem: Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland und die Schweiz. "Aus der so geschaffenen Gemeinsamkeit ergäbe sich eine

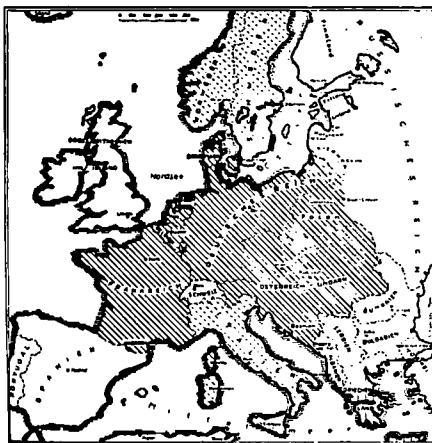
DIE FISCHER-KONTROVERSE UM DEN DEUTSCHEN "GRIFF NACH DER WELTMACHT"

Im Oktober 1961 veröffentlichte der Hamburger Historiker Fritz Fischer ein 900-Seiten starkes Buch mit dem Titel "Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914 – 1918". Auf bisher breiter Dokumentengrundlage trat er darin den Beweis an, daß das Deutsche Reich 1914 mit dem von ihm langfristig vorbereiteten und entfesselten Krieg den Versuch unternahm, die unbestrittene Hegemonialmacht Europas zu werden. Ausgehend von "der europäischen Basis eines erweiterten Deutschland – "Mitteleuropa" – gesichert mit einem Gürtel angelehnter Staaten" (Fischer, vgl. Karte) sollten deutsche Weltmachtpläne verwirklicht werden. Als Urheber dieser imperialistischen Gesamtkonzeption "Mitteleuropa" machte Fischer das deutsche Finanzkapital aktenmäßig dingfest: ab 1911 unter Federführung von AEG-Chef Rathenau und Deutsche Bank-Chef Gwinner. Schließlich dokumentierte er die auf dieser strategischen Europakonzeption beruhenden und dann während des Weltkrieges ständig aktualisierten geheimen Kriegszielprogramme der deutschen Regierung. Deren Urhebererschaft am Weltkrieg nachzuweisen, gelang Fischer bis in die Einzelheiten der deutschen "Regie des Kriegsausbruchs" (Admiral von Müller, Chef des Marinekabinetts 1906–1918). Mit einer zweiten großen Untersuchung "Krieg der Illusionen" (1969) rollte Fischer noch eingehender die deutsche Kriegsvorbereitung seit 1911 auf; bis derselbe Admiral von Müller zum geglückten deutschen Kriegsbeginn am 1. August 1914 notieren konnte:

"Stimmung in Berlin glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen."

Die Häupter der BRD-Historikergunft sahen in dem "Schandbuch" (Hermann Aubin) "schlicht Landesverrat" (P.E. Schramm) gegeben und "eine Herausforderung an die ganze deutsche Historikerschaft", wie allen voran Gerhard Ritter noch im Oktober 1961 u.a. den Herausgeber der "Historischen Zeitschrift" Theodor Schieder mobilisierte. Sahen sie doch nach zwei gescheiterten Weltkriegsanläufen ihre nationale Aufgabe darin, den neuerlichen Europastrategien des seit kurzem Neugerüsteten und neu (EWG/NATO-)verbündeten BRD-Imperialismus historisch den Rücken freizuhalten und wo möglich zu stärken. Fischer hatte dagegen noch die Stirn, in seinem Vorwort die "Kontinuität deutscher

Geschichte vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg" festzustellen. Die deutsche Historikergunft hatte vom Ende des ersten bis in den zweiten Weltkrieg hinein im Verbund mit dem Kriegsschuldreferat der Reichsregierung erfolgreich mißliebige Akten und Gutachten unterdrückt, um die nationale Sprachregelung von Deutschlands "Einkreisung" und "Kriegsunschuld" 1914 gleich auf ihrem 1. "Deutschen Historikertag" nach 1945 neu zu bekräftigen. 1951 wurden offizielle Schulbuchempfehlungen entsprechend



Deutsche Europastrategie 1914: Die Kriegsziele in Europa, wie sie Bethmann-Hollweg in seiner Denkschrift 1914 niederlegte.

formuliert. Im Zweifelsfall sollte die deutsche Regierung "wie alle beteiligten Mächte" in den Krieg "hineingeschlittert" sein.

Nun galt es gegen Fischers "Thesen", die Ritter in einer über dpa verbreiteten Stellungnahme als subversiv kennzeichnen ließ, ein mehrfach deutsch-national bewährtes Geschichtsbild zu retten. Schon für 1914 selbst hatte sich die (wiederverwendbare) Propaganda von den sich gegen feindliche "Einkreisung" und "russischen Despotismus" verteidigenden freiheits- und friedliebenden Deutschen als ideologisch entscheidend kriegsvorbereitend erwiesen. Doch war die altbewährte historische Aufbereitung gegenüber Fischers drückender Beweislast aktuell genug?

Trotz öffentlichkeitswirksamer Mobilisierung der ganzen konservativen Historikergarde, einer Rundfunkansprache des Bundespräsidenten Gerstenmaier mit anschließendem Bulletin der Bundesregierung brachte 1964 zum 50. Weltkriegsjubiläum der Historikertag in Westberlin, wo sich u.a. die Studentenbewegung schon kräftig regte, keinen durchschlagenden Erfolg über Fischers Forschungs-

ergebnisse und deren angewachsene Unterstützung durch einige junge Historiker. Allerdings war dafür gesorgt, daß diesen der Eingang in Schulbücher und Lehrpläne versperrt blieb. So wurde 1967 im vielverwendeten Schulbuch "Grundriß der Geschichte" als unumstößliche Wahrheit über "Deutschland" im Ersten Weltkrieg formuliert: "Wir wissen heute, daß es nicht an die Eroberung der Weltherrschaft oder die gewaltsame Erweiterung der deutschen Grenzen in Europa dachte" (vgl. heute z.B. "Grundwissen Geschichte", § 66).

Für die deutsche Zunft präziserte Ritter 1965 auf dem internationalen Historikertag in Wien die Aufgabe, gegen die gefährliche "politisch-historische Modeströmung" anzugehen, "der jede Form der deutschen Großmachtpolitik ... als schlechthin verwerflich erscheint". Die deutsch-national besonders bewährten Historiker Erdmann, Zechlin und Hillgruber begaben sich dazu an die vorderste politisch-historische Front. Fischers lästige Aktenbeweise über die imperialistischen Kriegsziele Deutschlands wurden für unerheblich und "widerlegt" erklärt.

Denn entscheidend sei "das Verstehen" (Erdmann) der Sorgen und tragischen Entscheidungsnot der handelnden deutschen Politiker, die vor allem anhand eines Tagebuchs Kurt Riezlers, persönlicher Referent des damaligen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, eindrucksvoll nachzulesen seien. Erdmann stützte sich auf das von ihm schließlich 1972 herausgegebene Riezler-Tagebuch, dessen Fälschung hinsichtlich der für zentral erklärten 15 Seiten zum Juli 1914 er sorgfältig kaschiert hat. Er findet darin seit 1964 bis heute immer wieder "bestätigt, was bisher von der Forschung durchweg angenommen, aber jüngstens bestritten worden ist, nämlich die Sorge vor der Isolierung Deutschlands als Grundmotiv Bethmann-Hollwegs, eine Sorge, die um so schwerer wiegt, wenn er Deutschland mit seinem östlichen Nachbarn vergleicht". Auf Basis genügender Einfühlung in einen Kanzler, der "zerquält ist in sittlicher Verantwortung", erklärt Erdmann den expansiven "Ausbau der Machtstellung Deutschlands" als "situationsbedingt" und unter vielfacher Beipflichtung von Hillgruber, Zechlin und anderen für "defensiv":

"Als Garantie dagegen, daß sich in Zukunft nicht noch einmal Ost und West mit Aussicht auf Erfolg verbünden, ist es wünschenswert, daß das Reich mit seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Sicherungen über die eigenen Grenzen hinausgreift."

gemeinsame oder wenigstens gleichgerichtete auswärtige Politik. Freiheit der Niederlassung, des Gewerbebetriebes und des Grundeigentumserwerbes für alle Angehörigen dieser vereinigten Staaten im ganzen Gebiete hätten die Gemeinsamkeit der Interessen und die Vorteile des neuen Zustandes zu vervollständigen. Alles aber hätte zu geschehen durchaus auf der Grundlage der Gleichberechtigung der einzelnen beteiligten Staaten und Völker, nicht auf der irgendwelcher Unterdrückung ..." (5)

Das von westdeutschen Politikern als großer Fortschritt nach 1945 angepriesene "europäische Einigungswerk" haben die deutschen Imperialisten betrieben, seit sie ökonomisch dazu in der Lage waren, und zwar bis zu den entwickelten Vorstellungen über die Formen des Unternehmens. Sie wollten die ihnen zur Verfügung stehende Rohstoffbasis erweitern, ihren Markt ausweiten, weitere Millionen Arbeiter ihrer Ausbeuterherrschaft unterwerfen. Neben der ökonomischen Expansion, dem verstärkten Kapitalexport in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, der Ausweitung des Handels mit den europäischen Staaten und den Kolonien ergriffen die Kapitalisten politische Maßnahmen, um ihre Pläne voranzutreiben.

Im Jahre 1904 gründeten deutsche Kapitalisten und Kapitalistenverbände den "Mittleuropäischen Wirtschaftsverein", dem sich bis 1909 Verbände aus Österreich-Ungarn und Belgien anschlossen. Aus dem Deutschen Reich gehörten dem Verein u.a. an: der Bund der Industriellen, der Verein zur Wahrung der chemischen Industrie, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik, die Südwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, also durchaus die Hauptverbände des deutschen Monopolkapitals. Der Ver-

ein behandelte alle Fragen der Einigung Europas. So erörterten z.B. ein internationaler Kongreß des Vereins im Frühjahr 1909 über die "Schaffung eines mitteleuropäischen Arbeitsvermittlungssystems", das nach Vorstellung der anwesenden Kapitalisten vollständig unter ihrer Kontrolle sein sollte.

Ein Kriegsziel: Mitteleuropa unter deutsche Vorherrschaft

Parallel zu diesen Maßnahmen führte das Deutsche Reich seit 1906 ein beschleunigtes Aufrüstungsprogramm durch. Wenn sich die Nachbarstaaten nicht "freiwillig" in die geforderte Allianz begeben wollten, dann sollten sie mit militärischen Mitteln hineingezwungen werden. Das Kalkül der deutschen Imperialisten war, die westlichen Staaten in einem Blitzkrieg zu überrennen und im Osten die Kriegsgeschäfte zunächst von Österreich-Ungarn erledigen zu lassen. Kurz nach Beginn des Krieges, im September 1914, skizzierte der damalige Reichskanzler Bethman-Hollweg als direktes Ziel des Feldzuges u.a.:

"4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren." (3)

Das Erzherzogtum Luxemburg, Teile Belgiens und Frankreichs (die Kohle- und Eisengruben enthaltenden Gebiete) sowie die baltischen Staaten an der Ostsee und Teile Polens sollten darüber hinaus direkt dem Deutschen Reich einverleibt werden.

POLITIKER VON CDU UND CSU ZUM 1. WELTKRIEG

Adenauer:

"Die beiden Weltkriege, der Krieg von 1914/18 und der Krieg von 1939/45 waren in Europa ausgebrochen. Sie hatten in der ganzen Welt zerstörende Wirkungen ausgelöst ... Der Krieg 1914/18 hatte nicht mit einer bedingungslosen Kapitulation der deutschen Armee geendet. Auch war die Regierungsgewalt in Deutschland nicht herrenlos geworden. Die Alliierten waren der Ansicht, nach dem Krieg 1914/18 dadurch einen Fehler gemacht zu haben, daß sie die Regierungsgewalt des besiegten Feindes nicht an sich gezogen hatten ... Darin sahen die Alliierten die Ursache dafür, daß der Vertrag von Versailles es Deutschland ermöglicht hatte, bereits nach kurzer Zeit wieder aufzurüsten und die Welt in den Zweiten Weltkrieg zu stürzen. (Erinnerungen 1945-53)

Strauß:

"Aber die Geschichte Europas ist auch eine Geschichte der Kriege, bis hin zu den beiden großen europäischen Bürgerkriegen, die zwischen 1914 und 1945, in 30 Jahren also, Europa von der stolzen Höhe seiner politisch-wirtschaftlich-militärisch-kulturellen Machtstellung in die Ohnmacht gestürzt haben. Auf den Schlachtfeldern und im Bombenhagel der beiden großen Kriege versank das alte Europa. Sein Ende schien gekommen, als sich im April 1945 die Soldaten der beiden Großmächte USA und UdSSR - nicht europäisch die eine, weniger als halbeuropäisch die andere - bei Torgau an der Elbe die Hand reichten." (Rede auf dem Europa-Forum der CSU, 7.4. 1979)

"Der Erste Weltkrieg, der ausgefochten worden war, die Welt für die Demokratie sicher zu machen ... führte dazu, daß die Diktatur ihr Haupt erhob." (Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1969)

Kohl:

"Die Staatsgründung von 1919 stand unter Lasten, die schwer zu bewältigen waren: Die unbegriffene Niederlage, die halbe Revolution, der bittere Friede, die Verarmung breiter Schichten durch Krieg und Nachkrieg ... Die Reichsverfassung von Weimar war der zweite Versuch demokratischer Reichsgründung; sie sollte das Erbe von 1848 und 1871 verbinden. Deutschland sollte dem Westen zugehören. Der Friedensvertrag von Versailles ist dieser Hoffnung mit schneidender Schärfe entgegengetreten." (Rede auf der Feierstunde "30. Januar 1933 - 30. Januar 1983" im Reichstagsgebäude in Berlin)



Der revolutionäre Kampf der russischen Arbeiter gegen den Zarismus befördert die Zersetzung der deutschen Armeen. Bild: Verbrüderung zwischen russischen und deutschen Soldaten an der Ostfront.

Dieser Plan des Reichskanzlers war die Zusammenfassung von Forderungen, die deutsche Kapitalisten wie Thyssen und Politiker wie Rathenau zuvor in Denkschriften an die Regierung niedergelegt hatten. Thyssen führte in seiner Denkschrift an die Reichsregierung aus, was sich die deutsche Monopolbourgeoisie von einer solchen Einigung Mitteleuropas erhoffte: die Errichtung eines Europa, das mit den Vereinigten Staaten von Amerika gleichziehen und diese überflügeln könnte. (4)

Die Unterwerfung der Völker der Balkanstaaten und der Türkei unter deutsche Vorherrschaft, die Eroberung von Kolonien in Asien und Afrika waren ein Ziel, das die deutsche Bourgeoisie in einem zweiten Anlauf, nach Errichtung des europäischen Wirtschaftsverbandes zu erreichen gedachte. Dieser Wirtschaftsverband sollte, so Thyssen, "eine starke Flotte" besitzen:

"Dass eine starke Flotte eine mächtige Stütze für einen ausgedehnten Welthandel bedeutet und für die Aufrechterhaltung desselben unumgänglich notwendig ist, liegt klar auf der Hand, und darum möchte ich doch der Meinung sein, dass der neue Zollverein eine starke, der englischen zumindest ebenbürtige, wenn nicht sogar überlegene Flotte unter keinen Umständen entbehren kann. — Da diese Flotte zum Schutze der Gesamtinteressen des Wirtschaftsverbandes bestimmt sein würde, so müßten auch die Kosten von der Gesamtheit getragen werden ..."

Thyssens Vorschläge für die Ausgestaltung des europäischen Wirtschaftsverbandes weisen bemerkenswerte Ähnlichkeit mit den neueren Plänen der in der EG zusammengeschlossenen Bourgeoisien auf. Als Beispiel sei nur eine Entschließung des Europa-Parlaments vom 16. April dieses Jahres angeführt, in der das Parlament die Regierungen der EG aufforderte, "daß sich die Gemeinschaft solidarisch an den entstehenden Kosten beteiligt", sollten Mitgliedsstaaten der EG Seestreitkräfte zum Eingreifen in den Krieg zwischen dem Iran und Irak entsenden.

Die deutsche Bourgeoisie hat zur Durchsetzung ihrer Pläne, einen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, in dem sie zumindest die führende Rolle spielt, nie fallengelassen und konnte sie schließlich nach zwei Weltkriegen, die sie beide um dieses Ziel geführt und verloren hat, verwirklichen. Heute sprechen ihre Regierungsvertreter davon, daß die EG einer der Garanten des Friedens in Europa sei und, damit diese Garantie noch stärker werde, nun auch die militär- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit gestärkt werden müsse. Die Umwandlung der WEU in ein brauchbares Militärbündnis der europäischen Imperialisten ist in vollem Gange. —

EXPANSIONSPÄNE VON INDUSTRIE UND GRUNDBESITZ

Die erste Ausarbeitung der imperialistischen Kriegsziele legte der Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 9.9. 1914 nieder. Mit den Kriegszielen der Schwächung Frankreichs und Zersplitterung Rußlands sowie der "Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes ... unter deutscher Führung" faßte er die Ansprüche aller Parteien der besitzenden Klassen zusammen.

Carl Anton Schaefer, ein national-liberaler Publizist, ließ noch vor Kriegsbeginn ein Buch erscheinen: "Das neudeutsche Ziel. Von der Nordsee bis zum Persischen Golf." Er rief zur Expansion auf dem Festland auf: "Eine Umbugung der Interessen Deutschlands nach Zentralafrika auf Kosten einer unentwegten Orientpolitik lehnen wir entschieden ab."

Ende August forderte der Alldeutsche Verband die Annexion Belgiens, die Angliederung Frankreichs bis zur Sommernündung einschließlich der Erzgebiete. Er verbündete sich mit den Großgrundbesitzern, indem er im Osten Siedlungsland "frei von Menschen" forderte. Auch Röchling im Saargebiet verlangte die Annexion der französischen Erzgebiete. Gleichzeitig präziserte Thyssen bereits seine Vorstellung von der Eroberung im Osten. Rußland sollte die baltischen Provinzen, Teile von Polen, das Dongebiet, die Krim und

Teile des Kaukasus abtreten, damit Deutschland eine Landbrücke nach Kleinasien und Persien bekäme. Mit einer "in sich geschlossenen mitteleuropäischen Erzeugungsgruppe" wollte er das britische Weltreich bekämpfen.

Hugenberg, Stinnes, Krupp von Bohlen-Halbach und Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, forderten Mitte August einen deutschen (!) Staatenbund, der Österreich-Ungarn, die Niederlande, die Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Italien, Bulgarien und Rumänien umfassen sollte. Claß rief auf: "Rußlands Gesicht muß ... gewaltsam wieder nach Osten umgewandt, und dazu muß es ... in die Grenzen vor Peters des Großen Zeit zurückgeworfen werden."



Kaiser Wilhelm II. und Gustav Krupp von Bohlen-Halbach

Im September 1914 versprach sich Thyssen von dem von ihm vorgeschlagenen "Wirtschaftsraum", daß er "eine sichere Gewährleistung für die dauernde Erhaltung des Friedens bieten" könnte. Die für Ausbeutung und Ausplünderung des eigenen Volkes wie fremder Völker nötige blutige Unterdrückung zählte er, ebenso wie die europäischen Bourgeoisien heute, zu den "friedlichen" Erscheinungen der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Außerdem sollte das Bündnis so stark sein, daß auch kleinere militärische Drohmanöver und Überfälle ausreichen würden, um die Expansionsvorhaben in den Kolonien zu sichern.

BRD-Politiker leugnen die deutschen Expansionspläne

Die deutschen Imperialisten hatten ihren ersten großen Waffengang um die Vorherrschaft in Europa in jahrelanger "friedlicher" wirtschaftlicher Expansion und mit einem grandiosen Rüstungsprogramm vorbereitet, er endete zunächst mit ihrer Niederlage und revolutionären Aufständen der Arbeiter im Reich. Daß ihre Niederlage nicht vollständig war, hatten sie vor allem den imperialistischen Siegermächten zu verdanken, die mit

dem Versailler Vertrag der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit eröffnet hatten, die Revolution im Inneren zu ersticken und neue Expansionszüge vorzubereiten. Heute behaupten westdeutsche Politiker, das Deutsche Reich sei in den ersten Weltkrieg "hineingeschlittert" und der Versailler Vertrag die Ursache für den zweiten Weltkrieg. Ihr Bemühen spricht vor allem davon, die lange Tradition der deutschen Europa-Pläne zu leugnen, um den aggressiven Charakter ihrer europäischen Politik zu verbergen und den imperialistischen Konkurrenten die Verantwortung für den nächsten Krieg zuzuschreiben, den das deutsche Reich 1939 begann.

(1) Bulletin der Bundesregierung v. 5. 6. 84; (2) zitiert nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/84; (3) R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, 1900 — 1945, Köln 1977, S. 215f; (4) Opitz, S. 221; (5) Opitz, S. 176; weiterer Quellenhinweis: Autorenkollektiv d. Deutschen Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte, Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1 bis 3, Berlin (DDR) 1968; Fritz Fischer, Krieg der Illusionen, Düsseldorf 1968 — (uld, anl, gou)



"Deutschland-Politik"

Die Bundesregierung will die Bürgerschaft für einen weiteren Kredit in Höhe von knapp 1 Mrd. DM übernehmen, den westdeutsche Banken an die DDR geben. Die DDR verpfändet dafür Gebühreneinnahmen, die BRD für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen der DDR für den Waren- und Personenverkehr nach Westberlin

zahlt. Bereits mit dem im letzten Jahr gewährten Kredit haben sich die BRD-Imperialisten zum Hauptgläubiger der DDR aufschwingen können. Sie wollen die DDR in eine solche Abhängigkeit zwingen, die ihnen jegliche Erpressung, vor allem Angriffe auf die Souveränität der DDR, ermöglicht. Das ist ihre Vorbereitung des Besuchs des DDR-Staatspräsidenten Honecker in der BRD.

Frankreich: KPF aus der Regierung ausgeschieden

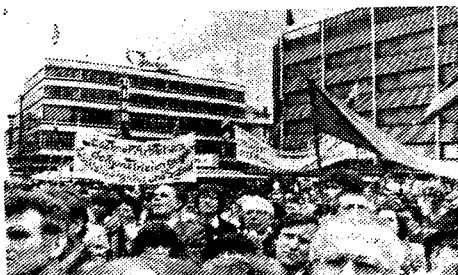
Die Bildung eines neuen Kabinetts der Mitte durch Staatspräsident Mitterand war für die KPF der letzte Anstoß, ihre vier Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Damit erscheint der Versuch einer Einheitsfrontpolitik, den die KPF in den letzten Jahren unternommen hatte, vorerst als gescheitert. Die KPF hat an Einfluß in der französischen Arbeiterbewegung verloren; trotz ihrer Regierungsbeteiligung konnte sie die Angriffe der französischen Reaktion auf die Lohnabhängigen, die über die Sozialistische Partei vorgetragen wurden, kaum verhindern. Wie bewertet die KPF ihre Politik in den letzten Jahren? Welchen Kurs wird sie jetzt gegenüber der Regierung Fabius verfolgen?



Sozialhilfe Ruhrgebiet

Folge der unter der Regierung Schmidt 1981 einsetzenden und unter der Regierung Kohl weitergetriebenen massiven Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ist eine steigende Zahl von Arbeitslosen, die von der Sozialhilfe leben müssen. Die Anzahl der Arbeitslosen, die sozialhilfeabhängig wurden, stieg

von 1981 auf 1982 um 128%. Von den 30000 Arbeitslosen in Essen erhalten heute 4182 Sozialhilfe, das sind 25,8% aller Sozialhilfeempfänger. Ein verheirateter Arbeitsloser muß vor der Arbeitslosigkeit einen Lohn von 2058 DM gehabt haben, um nicht auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Wie fristen Sozialhilfeempfänger ihr Leben unterhalb der niedrigsten Löhne?



BRD-Interessen bei der Süderweiterung der EG

1986 sollen Spanien und Portugal der EG beitreten. So jedenfalls wünschen es die BRD-Imperialisten, die seit langem den EG-Beitritt beider Länder betreiben. Mit beiden Ländern haben die BRD-Imperialisten "traditionell" enge Beziehungen. In den Beziehungen mit Spanien können sie auf die faschistische Intervention des Deutschen Reiches mit der "Legion Condor" (Bild) zurückblicken. Portugal gewährt der Bundeswehr Stützpunktrechte und erhielt schon in den sechziger Jahren westdeutsche Waffenhilfe für seinen Kolonialkrieg. Auch heute streben die BRD-Imperialisten über den EG-Beitritt Portugals einen Ausbau ihres Einflusses in Afrika an.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.